ember/Dezember **6/2019**

Internationalen sozialistischen organisation



ENDE DER GESCHICHTE?

die internationale

Klimabewegung	
Es braucht Verbote – und nicht nur das! Jakob Schäfer	3
Dossier Ende der Geschichte, Ein Dossier mit 7 Beiträgen	7
Ökologie Für einen kostenlosen Nahverkehr, Wojciech Kębłowski	19
BDS Zur Verunglimpfungs-kampagne des BDS-Aufrufs als antisemitisch, Walter Wiese	25
Theorie Ein Beitrag zur Klassenzugehörigkeit, Jakob Schäfer	31
inprekorr	
Bolivien Macht und Extraktivismus, Frédéric Thomas	39
Brasilien, Lateinamerika, Ökologie Ist die Regierung Bolsonaro faschistisch? Interview mit Michael Löwy	42
Ökonomie 45 Irgendwie geht alles schief, Michael Roberts	45
Frankreich Fließen die Proteste ineinander? Bernard Schmid	48
Frankreich Für eine permanente Koordination der kämpferischen Linken, Interview mit Olivier Besancenot	53
Ökologie Der Kapitalismus gegen den Kohlenstoffkreislauf, lan Angus	57
Kurdistan/Syrien Die Kurden als Spielball imperialer Interessen, Leila al-Shami	61
Register 2019	63

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz). die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Mattte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis V.i.S.d.P. Michael Weis Abonnements: ■ Einzelpreis:

□ Jahresabo: EUR 25,□ Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,□ Solidarabo: ab EUR 40,□ Sozialabo: EUR 15,□ Probeabo (3 Hefte): EUR 10,□ Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto: Neuer Kurs GmbH, Köln Postbank Frankfurt IBAN: DE97 5001 0060

IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

EUR 5,- die internationale

c/o ISO, Regentenstr. 57-59, 51063 Köln

Vertrieb:

internationale-vertrieb@intersoz.org

internationale-vertheb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

■ Deutschland:

ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln, iso@intersoz.org

■ Österreich:

SOAL, Sozialistische Alternative, office@soal.at

■ Schweiz:

BFS/MPS, info@bfs-zh.ch, https://sozialismus.ch/

ES BRAUCHT VERBOTE -**UND NICHT NUR DAS!**

Spätestens mit dem 20. September dürfte klar sein: Mit Fridays for Future ist nicht einfach nur eine zusätzliche Kraft im Kampf gegen den Klimawandel auf den Plan getreten. Hier ist eine neue Generation aktiv und zwar so massenhaft und so authentisch, dass inzwischen Menschen aller Altersgruppen in Scharen die entsprechenden Aktivitäten unterstützen.

■ Jakob Schäfer

Die Breite dieser Bewegung und die bisher schon unter Beweis gestellte Ausdauer - aber auch die Klarheit im öffentlichen Auftreten – setzen die Regierung gewaltig unter Druck.

Was ist neu an Fridays for Future?

Dies gelingt umso mehr, als sich die Aktivist*innen auf einen breit getragenen wissenschaftlichen Konsens stützen können und alle brauchbaren Expertisen gut belegen, dass die bisher diskutierten Maßnahmen der Regierenden nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Somit ist die Regierung in Sachen Klimawandel politisch zunehmend in der Defensive.

Noch ist die herrschende Klasse mit den bisherigen Aktivitäten nicht unter ökonomischem Druck geraten, aber die Regierung verliert zunehmend an Glaubwürdigkeit. Wahlpolitisch kann das zwar im Moment noch auf die Mühlen der Grünen gelenkt werden, aber das führt nicht zur Demobilisierung der Bewegung, auch deshalb nicht, weil die Forderungen der (in manchen Bundesländern mitregierenden) Grünen nicht substantiell über das Regierungsprogramm hinausgehen.

Zur Glaubwürdigkeit der Bewegung gehört, dass auch viele andere Fragen thematisiert werden. Das reicht vom

Fleischkonsum (und besonders der Massentierhaltung) über den Import von Palmöl, Tropenhölzern usw. bis zur massenhaften Verwendung von Plastik und vielen Wegwerfprodukten. Auch die unaufhörliche Ausdehnung der Warenproduktion wird zunehmend infrage gestellt. Damit steht in den Augen so mancher Aktivist*innen zunehmend die kapitalistische Produktionsweise auf der Anklagebank.

Da eine offene Repression der Bewegung gerade die systemkritischen Kräfte stärken würde, versucht man es vorläufig weiterhin (allerdings bislang erfolglos) mit Einbindung und gleichzeitig dem Beweis eigener Handlungsfähigkeit. Doch genau dies kann nicht gelingen, denn schließlich ist man seitens der Regierung den Interessen des Kapitals verbunden. Der Widerspruch ist mit kapitalistischer Politik einfach nicht aufzulösen.

Was noch nicht der Fall ist

Bei aller Freude über die gewaltige Breite und Anziehungskraft der Bewegung sowie ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung sollten wir über die noch bestehenden Defizite nicht hinwegsehen: Noch ist die Frage des Klimawandels und all der anderen thematisierten Übel für die Masse der Demonstrierenden keine Frage gegensätzlicher Klasseninteressen. Für solche Erkenntnisse fehlt vielen

der Demonstrierenden aufgrund ihres noch sehr kurzen Lebens einiges an politischer Erfahrung. Erst im Laufe der Zeit – wenn die Bewegung anhält und sich weiter politisiert – werden bedeutsamere Teile der Bewegung entsprechende Einsichten gewinnen können. Aber auch heute schon erkennen so manche, weshalb die Regierung nichts Wirksames tut. Viele selbst gemalte Pappen lassen die Erkenntnis vermuten: Die Reichen leben nach der Maxime: Wir selbst können uns ausreichend gegen die Folgen des Klimawandels schützen. Was kümmert uns die Nachwelt? Après moi le déluge (nach mir die Sintflut).

Nun geht es darum, möglichst breit zu vermitteln, dass das Kapital – bei Strafe des eigenen Untergangs – immer mehr produzieren muss, um immer mehr akkumulieren zu können. Und dass diejenigen, die von dieser mörderischen Produktionsweise profitieren, nicht freiwillig abtreten werden. Dabei kommt es darauf an, den viel zitierten System Change fassbarer zu machen, angefangen bei der Erläuterung der Klasseninteressen bis hin zum Skizzieren dessen, was eine menschliche Gesellschaftsordnung ausmacht.

Nach dem 20. September ist jedenfalls schon mal klar: Diese Bewegung wird nicht in wenigen Monaten erledigt sein, ganz gleich ob bei weiterer Fortdauer mit Einbindungsversuchen oder mit Repressionsmaßnahmen seitens der Herrschenden reagiert werden wird.

Die Grundzüge des Regierungsprogramms: Unwirksamkeit gepaart mit Kapitalfördermaßnahmen

Mit dem Argument, dass die Maßnahmen breit akzeptiert werden sollen und gleichzeitig die Wirtschaft nicht "abgewürgt" werden soll, wurden nur Maßnahmen beschlossen, die erstens wenig bewirken und zweitens für einige Kapitalsektoren zu richtigen Förderprogrammen geraten. Zahlen sollen unter dem Strich die Verbraucher*innen, aber in keinem Fall die Kapitaleigner. Oberstes Gebot der Regierung: Es geht darum, den Eindruck zu vermitteln, sie tue etwas. Damit soll der politische Druck gemildert werden.

Noch ganz abgesehen von der Tatsache, dass eine Besteuerung des CO2-Ausstoßes letztendlich auf die Verbraucher*innen abgewälzt wird und in keinem Fall ein sozialer Ausgleich zu erwarten ist: Mit einer nur als symbolisch zu bezeichnenden Bepreisung des CO2-Ausstoßes wird nicht mal im Ansatz eine Lenkungswirkung erzielt, sondern nur Geld eingenommen, das dann größtenteils in Form von Subventionen für die Entwicklung der äußerst

fragwürdigen Elektromobiliät (s. u.) wieder auf den Konten der Automobil- und anderer Konzerne landen wird.

Die zweite Achse liegt in der steuerlichen Förderung von neuen Heizungsanlagen oder etwa der Wärmedämmung von Häusern. Dies wirkt - vergleichbar der Verschrottungsprämie von Autos – als Konjunkturprogramm für bestimmte Wirtschaftszweige, aber damit wird keine Begrenzung des tatsächlichen CO2-Ausstoßes erreicht. Von Energieeinsparung oder einem wirksamen Ausbau alternativer Energien ist nichts zu lesen. Selbst die meisten bürgerlichen Institute lehnen das Maßnahmenpaket als völlig unzureichend ab. Auch die gewaltige Subventionierung von Elektroautos (Zuschüsse beim Kauf, Steuerersparnis, Aufbau von Ladestationen usw.) kostet nur viel Geld des Steuerzahlers, bringt aber in der Ökobilanz rein gar nichts. Ein Elektroauto muss mindestens acht Jahre im Betrieb sein, um eine leicht bessere Bilanz im CO2-Ausstoß vorweisen zu können, von den verheerenden Folgen von Abbau und Verbrauch wichtiger Rohstoffe oder der Entsorgung der Batterien noch ganz abgesehen. (mehr dazu unter: https://intersoz.org/die-orientierung-aufelektroautos-ein-verhaengnisvoller-irrweg/).

Stattdessen braucht es klare Gebote und vor allem Verbote

Die Mär von der Steuerungswirkung marktwirtschaftlicher Maßnahmen (die also nicht mal ansatzweise die Macht des Kapitals einschränken) ist verlogen. Hier seien nur ein paar Beispiele angeführt, mit denen *sofort* – und teilweise sogar äußerst wirksam – angefangen werden kann:

- Tempobeschränkung auf 100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h in den Städten. Dies würde viele Leben retten und hunderttausend Verletzungen vermeiden (von den Behandlungskosten, die wir als Gemeinschaft zu zahlen haben, noch ganz abgesehen) und den CO2-Ausstoß sofort deutlich senken.
- Verbannung von SUV aus den Innenstädten und sofortiger Produktionsstopp weiterer SUV!
- Stattdessen massiver Ausbau und kostenlose Nutzung des ÖPNV sowie massiver Ausbau der Radwege. Absoluter Vorrang für die "schwachen" Verkehrsteilnehmer*innen (Fußgänger*innen und Radfahrer*innen usw.); Stopp der Anschaffung akkugetriebener Elektro-Busse; stattdessen Umstellung auf Straßenbahnen, Trolleybusse, S-Bahnen usw.
- Verbot von Kurzstreckenflügen unter tausend Kilometern

- Weg mit der Umsatzsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden Flugverkehr und mit der Steuerbefreiung für Kerosin!
- Verbot sämtlicher Motorsportarten.
- Verbot neuer Ölheizungen spätestens ab 2021.
- Verbot der Braunkohleförderung sofort.
- Verbot jeglichen Kohleimports (also auch der Steinkohle aus Polen, Südamerika usw.)
- und und und ...

Kernstück eines wirklichen Umbaus der Wirtschaft: Konversion

Für die Energiewende zum Beispiel ist der sofortige Ausstieg aus der Kohleverstromung (also nicht nur der Braunkohle) unerlässlich. Sechs der zehn klimaschädlichsten Kohlekraftwerke in Europa stehen in Deutschland. Allein die Tatsache, dass die Regierung das grotesk späte Datum 2038 für den Ausstieg aus der Kohle nicht kippt, spricht schon Bände.

Außerdem: Ohne Konversion bedeutender weiterer Sektoren der Wirtschaft ist der Klimawandel nicht zu stoppen. Das betrifft in erster Linie und ganz massiv das Herzstück der Autogesellschaft, also die Herstellung von Fahrzeugen für den motorisierten Individualverkehr, aber nicht nur. Zu einer Verkehrswende gehört natürlich der massive Ausbau und die kostenlose Nutzung des ÖPNV, die Umstellung der Nahverkehrsfahrzeuge auf Straßenbahnen und Trolley-Busse (Oberleitungsbusse), der Ausbau der Flächenbahn, die Beendigung der Steuervergünstigungen für Diesel und Kerosin usw.

Nur ein paar weitere Beispiele: Zu einem konsequenten Kampf gegen den Klimawandel gehört es auch, sich für die Abschaffung der Bundeswehr zu engagieren, deren Auslandseinsätze natürlich schon allein aus friedenspolitischen und antiimperialistischen Gründen abzulehnen sind. Die Bundeswehr gehört zu den größten Umweltverschmutzern und Klimakillern in dieser Republik. So ist der Treibstoff-Verbrauch beispielsweise von Kriegsflugzeugen und Kriegsschiffen gewaltig. Ein Eurofighter ohne Nachbrennereinsatz verbraucht ca. 70-100 Liter Flugbenzin pro Minute! (eurofighter.airpower.at/technik-daten.htm). "Das US-Verteidigungsministerium ist mit einem Anteil von 77 bis 80 Prozent am gesamten Energieverbrauch der US-Regierung seit 2001 der größte Verbraucher fossiler Brennstoffe. (...) Im Jahr 2017 betrug der Ausstoß von Treibhausgasen im Pentagon über 59 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid-Äquivalent." (Mehr Details dazu unter: https://www.imi-online.de/2019/06/21/krieg-ist-dergroesste-klimakiller/) Weiter wird errechnet, dass das US-Militär, wenn es ein Land wäre, Platz 55 unter den größten Treibhausgasemittenten der Welt belegen würde, noch vor Portugal, Schweden oder Dänemark. (https://theconversation.com/the-defense-department-is-worried-aboutclimate-change-and-also-a-huge-carbon-emitter-118017)

Die Zementindustrie gehört zu den größten Klimasündern: Fast ein Zehntel (8%) aller globalen CO2-Emissionen entsteht bei der Herstellung von Zement. Wäre die Zementproduktion ein Land, wäre es der drittgrößte Treibhausgas-Verursacher der Welt.

Oder nehmen wir etwa die Massentierhaltung. Hier wird (v. a. bei der Rinderzucht) besonders viel Methan produziert. Der Methan-Anteil der Atmosphäre steigt heute sehr schnell. Methan ist mehr als zwanzig Mal wirksamer als CO2 pro Molekül. Ohne völlige Umstrukturierung der Landwirtschaft wird auch aus diesem Bereich kein substantieller Beitrag kommen.

Allein diese wenigen Beispiele zeigen, dass unter kapitalistischem Regime ein wirkliches Umsteigen nicht möglich ist.

Strategische Schlussfolgerung

Für ein tatsächliches Zusammengehen von kampfbereiten Belegschaften in den Betrieben bzw. kämpferischen Gewerkschaften mit der Umweltbewegung müssen noch dicke Bretter gebohrt werden. Am 20. September haben sich noch nicht Belegschaften gegen den Widerstand der jeweiligen Kapitaleigner am Streik beteiligt. Insofern ist der Begriff "Streik" nur sehr bedingt für die Aktivitäten (Demos und Blockaden) des 20. September die richtige Bezeichnung. Es wurde schließlich nicht die ökonomische Macht der Lohnabhängigen, nämlich die Arbeitsverweigerung und somit die Störung der Kapitalverwertung in die Waagschale geworfen, um Druck auf die Kapitaleigner und damit den Kern der bürgerlichen Klasse ausgeübt.

Dennoch war es vollkommen richtig, zum Streik aufzurufen, auch wenn viele, wenn nicht gar die Mehrheit der Aktiven nur eine diffuse Vorstellung von "Streik" hatten oder haben. Denn die mobilisierende Wirkung war gewaltig, zum Teil war dies vorhersehbar, aber in der Wirkung dann doch überraschend (insgesamt deutlich mehr als eine Million Teilnehmende allein in Deutschland).

Damit wurde ein ganz entscheidender Beitrag dazu geleistet, dass die am selben Tag von der Regierung verkündeten Maßnahmen als völlig unzureichend bis lächerlich erklärt werden konnten. Die Vertrauenskrise, unter der die Regierenden leiden, verschärft sich damit weiter und

es wächst in nennenswerten Teilen der Bevölkerung die Überzeugung, dass ganz andere, nämlich radikale Maßnahmen erforderlich sind, wenn überhaupt etwas erreicht werden soll.

Es treffen somit zwei Bedingungen für wichtige strategische Schlussfolgerungen zusammen, die es in dieser zugespitzten Form seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat:

Auf der *objektiven Ebene* wird die Zwangslage, in der die größten Teile der Menschheit stecken, immer dramatischer. Wenn nicht in allernächster Zukunft radikal umgesteuert wird, kommen schreckliche Folgen auf uns zu – und noch mehr auf die nächste Generation. Die Auswirkungen sind bekanntlich heute schon spürbar: heiße und trockene Sommer, verstärkte Taifune, vermehrt Klimaflüchtlinge, vermehrtes Artensterben usw. Mit kapitalistischer Politik ist dem definitiv nicht beizukommen.

Und auf der *subjektiven Ebene* wird zunehmend deutlich, dass all die Unzulänglichkeiten und Absurditäten der Regierungspolitik ins breitere Massenbewusstsein dringen. Bedeutende Teile der Bevölkerung werden sich so der Dringlichkeit eines radikalen Umsteuerns bewusst.

Damit sind zwei ganz wesentliche – im Prinzip die wichtigsten – Voraussetzungen für eine neue Aktualität von Übergangsforderungen erfüllt. Adäquat vermittelte Losungen nach entschädigungsloser Enteignung und Vergesellschaftung von wichtigen Betrieben oder ganzen Wirtschaftszweigen unter Kontrolle der Beschäftigten und Verbraucher*innen können damit auf eine ganz andere Zustimmung und Unterstützung treffen, als dies über Jahrzehnte der Fall war.

Eine dritte Voraussetzung ist heute weniger gut gegeben, nämlich eine erhöhte Kampfbereitschaft in den Betrieben. Noch ist die allgemeine Lage von der Defensive geprägt, aber nicht so sehr, weil die Menschen heute von dem kapitalistischen System besonders stark überzeugt sind (wie etwa in der Zeit nach dem Fall der Mauer), sondern weil die Prekarität stark verbreitet ist und weil aufgrund der schlechten Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt viele Menschen einen Absturz (eine Deklassierung) befürchten. Dies ist bekanntlich auch der Nährboden für das Verfangen nationalistischer und rassistischer Parolen und des Nach-unten-Tretens.

Aber nicht nur ändert sich die Arbeitsmarktlage in einigen Sektoren spürbar, etwa im Bereich der Bahnen und Busse, in der Pflege, im Schuldienst usw. Vor allem aber – das ist politisch so wichtig – darf man das Ausmaß der Angst vor Repressionen seitens der Chefs nicht als eine unveränderliche Größe ansehen. Die Empörung kann

auch in Wut umschlagen. Sicher sind wir zurzeit noch weit von der Kampfbereitschaft etwa der französischen Kolleg*innen und der Gelbwesten entfernt. Aber Bewusstseinsentwicklungen verlaufen längst nicht immer langsam und linear. Das kann sich auch in Sprüngen entwickeln. Auf keinen Fall ist der heutige Stand der Kampfbereitschaft in dem alles entscheidenden Bereich, nämlich in den Betrieben, als Hindernis für die Entwicklung und Propagierung von Übergangsforderungen anzusehen. Die beiden entscheidenden Voraussetzungen für das Vermitteln weiterreichender Perspektiven und der dafür notwendigen strategischen Orientierung (also die objektive Lage und das Bewusstsein, das Erkennen dieser Lage) sind gegeben. Das muss die Ausgangsbasis unserer politischen Arbeit in der nächsten Zeit sein.

Deswegen gilt es bestimmte Forderungen – z. B. nach Vergesellschaftung unter Kontrolle der Beschäftigten und der Verbraucher*innen – zu popularisieren und sie in ein Gesamtkonzept zu betten. Dies ist mit Schlagworten allein nicht zu bewerkstelligen. Dazu braucht es eine enge Verbindung zu den Kolleg*innen in den Betrieben, eine wirksame Zusammenarbeit mit anderen radikalen Kräften, theoretischen Ausarbeitungen usw. Und im Zusammenhang mit dem Kampf um Konversion (nicht nur der Autoindustrie) bekommt auch die Losung einer Arbeitszeitverkürzung bei ungekürztem Entgelt und Personalausgleich eine neue und dringende Aktualität. Hierfür in den Gewerkschaften zu argumentieren, wird eine unserer Hauptaufgaben in der nächsten Zeit sein.

Zunächst aber: Machen wir gemeinsam den nächsten Klimastreik – am 29. November – auch wieder zu einem Erfolg.

21. September 2019

ENDE DER **GESCHICHTE**

... so wurde der Zerfall des Ostblocks und der vermeintlich endgültige Sieg des (Neo)liberalismus bezeichnet. Dreißig Jahre nach dem Mauerfall gestatten wir uns einen Rückblick auf die Ära des "real existierenden Sozialismus" – aber auch auf die "dunklen Seiten" dieser historischen Wende.

Ein Dossier mit 7 Beiträgen

Ein Jahrhundert Der sowjetische Warum Berlin? Die Widerspri	ü- Revolution oder Der Osten wird Unsere Lehren
geht zu Ende Block SEITE 10 che des "reale	n Konterrevolu- kapitalistisch SEITE 16
SEITE 8 Sozialismus"	tion? SEITE 14
SEITE 11	SEITE 12

EIN JAHRHUN-DERT GEHT ZU ENDE

Julien Salingue

Am Abend des 9. November 1989 zerbrach ein Symbol des Kalten Krieges und der Unterdrückung der Völker des Sowjetblocks: Während Demonstrationen das ostdeutsche Regime erschütterten, attackierte die Bevölkerung in Berlin die im August 1961 errichtete Mauer und zerstörte sie. Die Jubel- und Verbrüderungsszenen zwischen den Menschen in Westberlin und Ostberlin verbreiteten sich über die ganze Welt und läuteten den Zusammenbruch des Sowjetblocks und das Ende des Kalten Krieges ein.

Der Fall der Berliner Mauer ist das Tat gewordene Symbol für das Ende eines Jahrhunderts, das 1917 durch die Russische Revolution und die Machtergreifung der Bolschewiki während des Ersten Weltkriegs eröffnet wurde und den Hintergrund für die Geburt des "kurzen 20. Jahrhunderts" bildete, das der britische Historiker Eric Hobsbawm in seinem Meisterwerk Das Zeitalter der Extreme (Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme - Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Hanser 1995) sezierte. Für Hobsbawm war "die Welt, die Ende der achtziger Jahre in Stücke brach, [...] eine Welt, die von den Auswirkungen der Russischen Revolution von 1917 geprägt worden war. Wir alle waren von ihr gezeichnet, etwa dergestalt, dass wir uns daran gewöhnt hatten, die moderne Industriegesellschaft in dem binären Gegensatzpaar von ›Kapitalismus und Sozialismus zu sehen; als sich gegenseitig ausschließende Alternativen, wobei die eine mit den nach dem Vorbild der UdSSR organisierten Volkswirtschaften und die andere mit dem Rest der Welt gleichgesetzt wurde."

Wenn auch in der Tat die immensen Hoffnungen, die durch die Oktoberrevolution geweckt worden waren, durch die bürokratische Konterrevolution des stalinistischen Thermidors längst zunichte gemacht worden waren, blieb doch die Existenz eines "anderen" nicht-kapitalistischen Systems ein Schlüssel zum Verständnis der Welt. Der Mauerfall war kein Donnerschlag am heiteren Himmel, aber er beschleunigte den Zusammenbruch der UdSSR und des gesamten Sowjetblocks. Einige verkündeten dar-

aufhin das "Ende der Geschichte" und sahen den absoluten und endgültigen Triumph des neoliberalen Kapitalismus bevorstehen. Dreißig Jahre später kann man angesichts der wiederholten Krisen des Kapitalismus und der Instabilität des Systems bloß sagen, dass diese Propheten falsch lagen und dass die Idee einer "anderen möglichen – wenn nicht gar notwendigen – Welt" überlebt hat. Insofern wollen wir heute auf diese Ereignisse, ihre Ursprünge, ihre Bedeutung und Auswirkungen zurückblicken, ohne dabei in Nostalgie, ebenso wenig jedoch in Resignation zu verfallen.

DER SOWJETISCHE BLOCK

Laurent Ripart

Der Begriff der "Blöcke" geht auf die Konferenz von Jalta zurück, wo die Sowjetunion, England und die USA Europa unter sich "aufteilten". Auf den sowjetischen Block entfielen dabei Länder, die im Krieg besiegt oder verwüstet worden waren und aus denen die UdSSR einen Sicherheitsgürtel schmieden wollte, der sie vor erneuten Aggressionen durch die kapitalistischen Mächte, die Westeuropa beherrschten, schützen sollte.

Eine Besatzungszone ...

Der Ostblock entstand aus den Ruinen besiegter und durch den Krieg traumatisierter Länder. Darunter waren Länder wie Rumänien, Ungarn und Bulgarien, die zuvor als Satellitenstaaten von Nazi-Deutschland fungiert hatten. Diese Länder mussten der UdSSR erhebliche Reparationszahlungen leisten, wurden ihrer Souveränität beraubt und unter die Verwaltung der Sowjetarmee gestellt, wo sie willkürlichen Strafmaßnahmen ausgesetzt waren. Andere Länder, wie die Tschechoslowakei oder Polen, waren von den deutschen Armeen verwüstet worden, bevor sie von den sowjetischen Armeen befreit wurden, die bei dieser Gelegenheit gleich einen großen Teil deren Territoriums annektierten und sie ihrer Herrschaft unterwarfen. Die DDR wiederum entstand aus der ehemaligen sowjetischen

Besatzungszone in Deutschland und unterlag einem besonders strengen Besetzungs- und Strafregime.

Der Sowjetblock war also zunächst und in erster Linie als eine Besatzungszone konzipiert, auf dem die Sowjetunion ihren imperialistischen Zugriff mit dem Kriegsrecht begründet hatte. Die Bildung kommunistischer Regierungen war daher nicht das Ergebnis einer sozialen Revolution, sondern des Willens Stalins, die Macht den Parteien anzuvertrauen, die er kontrollierte, und zwar umso mehr, als ihre Führung während des Krieges im Exil in Moskau gelebt hatte. Die sozialistischen Regime der östlichen Länder entstanden daher nicht aus einem revolutionären Prozess heraus, in dem sich die Arbeiterklasse der Produktionsmittel bemächtigt hatte, sondern durch die Auferlegung des stalinistischen Modells von oben: Überall wurden die Ländereien nach dem sowjetischen Modell kollektiviert, die Industrie nach den in der Sowjetunion geltenden Maßstäben organisiert und die Gesellschaft durch die Errichtung eines Polizeiterrorregimes gebrochen.

Die einzigen echten Ausnahmen von dieser Regel bildeten Jugoslawien und Albanien, wo es dem von den Kommunisten dominierten Widerstand gelungen war, sich selbst zu befreien, um dann einen stark nationalistisch geprägten Sozialismus zu etablieren. Dank dieser historischen Umstände konnten diese beiden Länder ihre Souveränität bewahren und mit Moskau – Jugoslawien 1948 und Albanien 1960 - brechen. Die anderen Länder des sozialistischen Blocks jedoch, deren Führer bedingungslose Loyalität gegenüber der UdSSR und Stalin geschworen hatten, der wiederum die "befreundeten" Parteien regelmäßig säuberte, um deren Führungen durch Terror an der Macht zu halten, hatten diese Möglichkeit nicht. Mit der Entstalinisierung wurde die sowjetische Herrschaft flexibler, wobei die Sowjets Polen beispielsweise erlaubten, fast alle landwirtschaftlichen Genossenschaften in den 1950er Jahren aufzulösen, oder Ungarn, in den 1970er und 1980er Jahren eine Wirtschaft zu entwickeln, die weitgehend auf dem Markt und kleinen Privatunternehmen basierte. In den wesentlichen Belangen jedoch gaben die Sowjets nie nach: Die Blockstaaten genossen nur eine begrenzte Souveränität, um somit die sowjetische Hegemonie nicht infrage zu stellen.

... im "sozialistischen" Gewand

Vor allem kam die sowjetische Hegemonie in der militärischen Integration der Blockstaaten zum Ausdruck, da deren Armeen im Rahmen des Warschauer Vertrages (1955) de facto dem sowjetischen Kommando unterstellt waren. Auch die Diplomatie wurde an den russischen Interessen

ausgerichtet, beispielsweise beim Abstimmungsverhalten in der UNO entlang der russischen Vorgaben. Das gleiche galt bei der wirtschaftlichen Integration: Durch den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, gegr. 1949) waren die östlichen Länder integraler Bestandteil der sowjetischen Planwirtschaft, in die sie durch ein eng an den russischen Interessen orientiertes Handelssystem eingebunden waren.

Dem Wirtschaftssystem nach waren die Ostblockstaaten daher sozialistisch, aber dieser Sozialismus bestand nur auf dem Papier. Statt im Besitz der Lohnabhängigen zu sein, befanden sich die großen Unternehmen faktisch in den Händen einer kleinen, bürokratischen Schicht, die die Wirtschaft unter der Kontrolle und zum Vorteile der UdSSR verwaltete. Hierbei ging es beileibe nicht um die Bedürfnisse der Bevölkerung. Der wirtschaftliche Schwerpunkt lag vielmehr in der Entwicklung der Schwerindustrie, was letztlich zu einer Mangelwirtschaft führte, in der die Bevölkerung weitgehend der grundlegenden Verbrauchsgüter beraubt war.

Massiver Widerstand unter den Lohnabhängigen

Die Bevölkerung dieser Länder hat sich nie damit abgefunden, wieder im Völkergefängnis zu sitzen, dessen Bestand nur durch polizeiliche Repression und v. a. regelmäßige Militärintervention seitens der Sowjets gesichert werden konnte, sobald sich die Bevölkerung gegen das eigene Regime erhob. So musste 1953 die Sowjetarmee in der DDR eingreifen, um den Aufstand des Berliner Proletariats blutig zu ersticken. 1956 wurde die ungarische Revolution unterdrückt und dabei die Führung der ungarischen KP liquidiert, weil sie den Erwartungen der Bevölkerung nicht entsprochen hätte. Und 1968 drangen die russischen Panzer in die Tschechoslowakei ein und installierten ein Besatzungsregime.

In der 40-jährigen Ära des Sowjetblocks leistete die Bevölkerung permanent Widerstand. Davon zeugt die Geschichte Polens, die von aufstandsartigen Massenstreiks durchzogen war (1956, 1970, 1980) und wo das Regime 1981 gar das Kriegsrecht ausrufen musste, um eine erneute sowjetische Intervention zu verhindern. Dieser Widerstand kam auch in den massiven Fluchtwellen zum Ausdruck. So sank die Einwohnerzahl der DDR durch "Republikflucht" trotz der damit verbundenen Gefahren zwischen 1950 und 1990 von 18,3 auf 16 Millionen.

Dieser Widerstand ging bezeichnenderweise vom Proletariat aus. Die Arbeiterklasse bildete das Rückgrat der Aufstände und ihre Handlungsfähigkeit war deswegen so groß, weil durch den Ausbau der Schwerindustrie starke

Arbeiterbastionen entstanden waren. Von der DDR bis nach Polen gab es Aufstände gegen die Sowjets, die von Arbeiterstreiks gegen den mörderischen Akkord und für die Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen, aber auch für das Recht auf Streiks und unabhängige Gewerkschaften ausgingen. Diese Konstellation hat die Marxist*innen stets vor ein theoretisches Problem gestellt, nämlich den gesellschaftlichen Charakter dieser Regime zu definieren, die zwar infolge der Führungsrolle der Kommunistischen Parteien ihren Ursprung im Proletariat hatten, dieses aber nicht weniger ausbeuteten als zuvor. Und darin liegt der Kern des Problems: Ihrer demokratischen Rechte beraubt und zu harter Arbeit bei Hungerlöhnen verdammt, hat sich die Arbeiterklasse praktisch überall gegen diese Regime gestellt, die ganz offensichtlich nicht die ihren waren.

WARUM BERLIN?

Cathy Billard

Woher kommt es, dass der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 das Ende eines Zeitalters markiert hat, viel mehr noch als der Zerfall der Sowjetunion am 26. Dezember 1991?

Berlin ist eine der Symbolstätten in der Geschichte des Imperialismus des 20. Jahrhunderts. Die Stadt verkörpert den Aufstieg des deutschen Imperialismus zu einer Macht, die die bestehenden Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Mächten infrage stellen konnte. Zugleich symbolisiert sie die Macht der Arbeiterrevolution, dem Kapitalismus einen entscheidenden Schlag zufügen zu können, sodass Lenin im März 1918 meinte: "Es ist eine absolute Wahrheit, daß wir ohne die deutsche Revolution verloren sind." Später verkörperte sie den Sieg des Faschismus und dessen irrsinnige Herrschaftsform sowie auch dessen spätere Niederlage. Zuletzt stand sie für den Kalten Krieg zwischen dem imperialistischen Block und der Sowjetunion.

Ein Symbol des Klassenkampfes in Deutschland

Anders als die meisten europäischen Hauptstädte kann Berlin nicht auf eine jahrhundertealte Geschichte zurückblicken. Erst 1870 wurde die Stadt zur Hauptstadt des aufkeimenden deutschen Reiches und dessen Industriebürgertums und vertrat dessen politische und geschäftliche Interessen auf nationaler und internationaler Ebene. Ab 1919 wurde Berlin zum Epizentrum der deutschen Revolution. Als erste sozialdemokratische Partei einer imperialistischen Bastion wurde dort die SPD durch eine Arbeiterrevolution an die Macht gehievt und zugleich mit dem Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als wichtigem Wendepunkt zu deren Totengräber.

Die Zerschlagung der Revolution zwischen 1919 und 1923 konnte den Klassenkampf jedoch nicht beenden, weswegen die deutsche Bourgeoisie ihr Heil letztendlich bei den Nazis suchen musste. Berlin wurde so ab 1933 zum Schaufenster des Regimes und zugleich zu einem mächtigen Industriezentrum, das von expansionistischen Ambitionen getragen wurde. Das Nazi-Regime hatte die Arbeiterorganisationen vernichtet und der Stalinismus vollendete die Eliminierung der Arbeiterführer, die der revolutionären Idee treu geblieben waren. Doch das Gespenst einer revolutionären Welle, die in Deutschland wieder auflebte, hat die Alliierten auf ihren internationalen Konferenzen wieder umgetrieben. Es war weniger die Furcht vor den wenigen Tausend überlebenden Kadern, die sie umtrieb, sondern davor, dass die jahrzehntelangen Erfahrungen im sozialen und politischen Kampf wieder ins Bewusstsein dringen könnten. Von Teheran bis Jalta versuchten die USA, die UdSSR, England und der gerade noch einmal davongekommene französische Imperialismus, das besiegte Deutschland und Berlin durch einen Vier-Mächte-Besatzungsplan unter ihre Kuratel zu stellen.

Im Rahmen dieser Vereinbarungen ließen die westlichen Armeen die sowjetische Armee, unterstützt durch westliche Bombardierungen, Berlin in ein Ruinenfeld mit 600 000 zerstörten Wohnungen verwandeln. Die 2,8 Millionen Berliner*innen, darunter zwei Millionen Frauen, wurden einer Welle von Gewalt ausgesetzt. In Berlin wurden Hunderttausende von Frauen vergewaltigt (nicht nur von Russen), wie Marta Hillers in ihren Tagebuchaufzeichnungen Eine Frau in Berlin berichtet. Die hungernde Bevölkerung wird zur Zwangsarbeit verpflichtet, zum einen als Kollektivstrafe für den Nationalsozialismus und zum andern, um alle Strukturen wirtschaftlicher und politischer Macht gründlich zu zerschlagen.

Sinnbild des Kalten Krieges

Aber die konterrevolutionäre Allianz aus Imperialismus und Stalinismus konnte nicht von Dauer sein. Nach der Niederlage Deutschlands wurde die Existenz der UdSSR für die imperialistischen Mächte wieder unerträglich. Und Berlin, aufgeteilt in vier Besatzungssektoren in der Mitte des sowjetisch besetzten Gebietes, wurde zum Schauplatz dieser Konfrontation, wobei eine Krise die andere ablöste und jeweils das Kräfteverhältnis zwischen den Mächten neu ausgelotet wurde, bis schließlich wieder ein deutscher Staat entstand.

Die Berlin-Blockade von Juni 1948 bis Mai 1949 geriet zum Auftakt eines bis dahin einmaligen Kalten Krieges. Im Gegenzug zu der Wirtschaftsoffensive der USA, die mit dem Marshall-Plan und der Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen wieder ein marktwirtschaftliches System unter US-Hegemonie etablieren wollte, beschlossen die Sowjets, alle Verbindungswege zwischen Westberlin und den westlichen Besatzungszonen zu unterbinden, um die Berliner Bevölkerung durch die Blockade der Lebensmittel- und Stromversorgung gegen die Westmächte aufzubringen. Mit Unterstützung Englands errichteten die USA eine Luftbrücke, um Westberlin zu versorgen: Alle drei Minuten landete ein Flugzeug, um Fracht auszuladen und die Kranken mitzunehmen etc. Angesichts einer möglichen Bedrohung durch US-Atomwaffen wurde kein Flugzeug durch das sowjetische Flaksystem attackiert und auch die westlichen Bodentruppen versuchten nie, die Blockade zu durchbrechen. In Anbetracht ihrer Ineffektivität beendete die UdSSR die Blockade. Somit geriet die Angelegenheit zu einem politischen Sieg für die imperialistischen Mächte.

Die Westmächte setzten ihre weitere Präsenz in Berlin sowie die Errichtung eines deutschen Bundesstaates durch, worauf die Sowjets mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik reagierten. Ein scharfer Konkurrenzkampf begann, um die Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft zu demonstrieren. Aber der von den Westmächten erwartete KO-Sieg wollte sich nicht einstellen. Im Gegenteil, am 16. Juni 1953 kam wieder das Gespenst der Arbeiterrevolution zum Vorschein, als die Bauarbeiter auf der Ostberliner Stalinallee gegen die von der bürokratischen Regierung verhängten höheren Arbeitsnormen protestierten. Der Streik nahm rasch politischen Charakter an und griff unter der Losung "für Brot und Freiheit". auf die Leuna-Werke und viele andere Fabriken über. Während der DDR-Regierung der Wind ins Gesicht pfiff und ihr die Verantwortung angelastet wurde, vermieden es die BRD-Regierung und die imperialistischen Mächte tunlichst, gegen die Intervention der sowjetischen Armee vorzugehen.

Einen politischen Sieg konnte der Imperialismus zwar nicht erringen, dafür aber punktete er durch seinen wirtschaftlichen Aufschwung. In Berlin wie auch im übrigen Westdeutschland zog die boomende Konsumgesellschaft immer mehr Ostdeutsche an. 1960 flohen mehr als 200 000 Deutsche aus der DDR nach Westberlin und im Juli 1961 lag die Zahl bei 30 000. Die DDR-Regierung und die Sowjetunion reagierten und ließen im August 1961 die Berliner Mauer errichten, die zum Symbol für die strikte Trennung und die Kasernierung der Ostdeutschen wurde. Die Mauer war eine politische Niederlage des Sowjetblocks, die letztlich nur die ideologische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Konkurrenz beförderte und das Wettrüsten, eine enorme Verschwendung von Material und Arbeitskräften, beschleunigte. Bis dann im November 1989 ...

DIE WIDERSPRÜCHE DES "REALEN SOZIALISMUS"

Catherine Samary

Nachdem sich in den Jahren 1930 bis 1940 die bürokratische Herrschaft in der Sowjetunion konsolidiert hatte, erklärte Stalin den Sozialismus auf der Grundlage einer staatlichen und zentralistischen Planwirtschaft und einer Zwangskollektivierung der Landwirtschaft für erreicht.

Der antifaschistische Bürgerkrieg innerhalb des Zweiten Weltkrieges führte zu einer "unorthodoxen" und so nicht vorgesehenen Konstellation. Wollte Stalin die bestehenden antifaschistischen Bündnisse in seine Diplomatie und sein Konstrukt vom "Sozialismus in einem Land" einbinden, entwickelte sich daraus vielmehr der Kalte Krieg zwischen den Systemen: Die USA verkündeten den Marshall-Plan und entfachten einen wütenden Antikommunismus, der in der McCarthy-Ära seinen Höhepunkt erreichte; in Jugoslawien, Albanien und China siegte die

Revolution; in Prag kam es zum "Februar-Umsturz", der zu einem kommunistischen Regime unter einer – freilich recht populären - Einheitspartei führte. Alle diese Ereignisse waren so im Abkommen von Jalta nicht vorgesehen.

Jugoslawiens Alleingang

Die erste große Spaltung innerhalb der kommunistischen Bewegung entstand aus der jugoslawischen Revolution, die auf eine sozialistische Konföderation des Balkans außerhalb der Kontrolle Stalins zusteuerte. Dies führte 1948 zur "Exkommunikation" der "Titoisten" durch den Kreml und zur Säuberung vieler kommunistischer Parteien in der Region. Unter Berufung auf Marx und die Pariser Kommune und gegen Stalin errichteten die jugoslawischen Führer per Gesetz Arbeiterräte in den Betrieben (Selbstverwaltung) und später in den öffentlichen Diensten und der Verwaltung und traten nach 1956 für die Blockfreiheit der antikolonialistischen Bewegungen ein. Nach Stalins Tod (1953) führte die "Entstalinisierung" auf dem 20. Kongress 1956 zu einer "reformistischen" Stabilisierung der Bürokratie, indem diese den Gulag und die zentralen stalinistischen Verbrechen kritisierte, eine stärkere Orientierung der Wirtschaft auf die Grundbedürfnisse vornahm und ein soziales Grundeinkommen und einen Arbeitsplatz garantierte, ohne jedoch die Einheitspartei infrage zu stellen.

Grenzen der bürokratischen Planwirtschaft

Bis in die 1970er Jahre hinein konnten durch das starke Wirtschaftswachstum die Entwicklungsunterschiede zu Westeuropa verringert werden. Zugleich hielten sich die "egalitären" Merkmale, die davon zeugten, dass au-Berhalb und innerhalb des bürokratischen Apparats ein ideologischer Druck und eine "kommunistische" Grundüberzeugung wirksam waren, die sich sowohl gegen die KP-Bürokraten als auch in den 1960er Jahren gegen den Imperialismus richteten. Aber in den 1960er Jahren versuchten alle sozialistischen Länder, Lösungen für die Probleme der bürokratischen Planwirtschaft zu entwickeln, die Qualität in der Produktion zu verbessern und deren Kosten zu senken.

Der soziale Widerstand (durch einen Teil des Apparats und der Arbeiter*innen) gegen die marktwirtschaftlichen Reformen führte ohne ein kohärentes, demokratischsozialistisches Programm dazu, dass sie gestoppt wurden. Die Substitution durch Importe führte in den 1970er Jahren zur Auslandsverschuldung mehrerer osteuropäischer Länder (nicht aber der UdSSR, die bis zu ihrem Untergang dem US-Boykott unterlag): Rumänien, Polen, Ungarn, Jugoslawien und die DDR. Dies erhöhte den externen Druck des IWF auf deren Regierungen, während die UdSSR durch das von Reagan initiierte Wettrüsten unter Druck geriet.

Vor diesem Hintergrund kam es zur Wende unter Gorbatschow (1985), mit der versucht wurde, die Rüstungsausgaben zu senken und westliche Kredite und Technologien für die Binnenreformen zu erhalten. Seine Annäherung an die BRD kam einem "Abrücken" vom Honecker-Regime in der DDR und letztlich der Hinnahme des Mauerfalls gleich. Das Ende des sowjetischen Interventionismus setzte letztlich bei einem Teil der bürokratischen Apparate auch die Tendenz frei, ihre Privilegien zu bewahren und in Eigentumsprivilegien auf kapitalistischer Basis zu überführen und somit eine neue bürgerliche Klasse zu bilden.

REVOLUTION ODER KONTER-**REVOLUTION?**

Laurent Ripart

"Champagner und Alka-Seltzer zugleich", mit diesen Worten umriss Daniel Bensaïd seinen ersten Eindruck von den Ereignissen von 1989, die in einem dazu führten, dass sich die Bevölkerung Osteuropas politisch und als Nation emanzipieren konnten und dass kapitalistische Produktionsverhältnisse wiederhergestellt wurden.

In dieser paradoxen Formel zeigte sich, wie perplex die internationale Arbeiterbewegung darauf reagierte und vor die Frage gestellt war, ob der Zerfall des Ostblocks eine Revolution oder Konterrevolution war.

"Samtene" Revolutionen

Auch wenn dieser Begriff nur für die tschechoslowakische Revolution gebraucht worden ist, lässt er sich doch auf nahezu alle Länder des Ostblocks übertragen, in denen der revolutionäre Prozess bemerkenswert friedlich verlaufen ist. Die Erklärung dafür liegt darin, dass kein gesellschaftlicher revolutionärer Umbruch stattgefunden hat, also

nicht die Massen die Macht übernommen haben, sondern die herrschende Kaste selbst in neuem Gewand die Grundfesten ihrer Herrschaft radikal umgestaltet hat.

In Polen und Ungarn, die den Umbruch angestoßen haben, vollzog sich die Revolution nahezu vollständig innerhalb der Kommunistischen Parteien, die sich durch den Verzicht ihrer Führungsrolle zur Selbstzerstörung entschlossen, um sich dann aufzulösen und als sozialdemokratische Parteien wiederzugründen. Das einzige Land, in dem der Prozess eine gewaltsame Wendung nahm, war Rumänien, aber dort ging der Umbruch auch nicht von einer Volksrevolution aus, sondern von einem Staatsstreich, in dem Nicolas Ceaușescu von der Armee und dem KP-Apparat gestürzt wurde und so die Partei und ihr Herrschaftssystem liquidiert wurden.

In der Systemkrise

Zumeist wurde dieser Prozess durch die Umstände erzwungen, die den Führungen de facto kaum eine Wahl ließen. So im Fall der DDR, die gleichwohl das einzige Land des Sowjetblocks war, in der die Wirtschaft halbwegs funktionierte: Nachdem Ungarn beschlossen hatte, die Grenzen zum Westen zu öffnen, und viele DDR-Bürger*innen daraufhin den Weg über Budapest zur Fluchtroute in die BRD erkoren hatten, blieb dem Regime nur die Wahl, entweder sämtliche Grenzen dichtzumachen - was unhaltbar war - oder eben alle zu öffnen, was zu seinem Untergang führte. So wie die Gorbatschow-Anhänger in Russland hatten die Staatsführungen inzwischen begriffen, dass das System nicht mehr reformierbar war und dass revolutionäre Umwälzungen unumgänglich waren.

Denn seit den frühen 1970er Jahren befand sich die Wirtschaft im Ostblock in einer Krise, die insofern unlösbar war, als sie systemisch war. Die Erträge in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften waren rückläufig, was auf die Unfähigkeit der Industrie, die notwendigen Maschinen zu liefern, den Verfall des Transportund Verteilungssystems, aber auch auf die unkontrollierte Entwicklung einer Schattenwirtschaft zurückzuführen war. Traditionelle Agrarländer wie Rumänien, Polen oder Ungarn konnten ihre Bevölkerung nicht mehr ernähren und mussten erhebliche Mengen an Lebensmitteln aus dem Westen importieren, die sie nur bezahlen konnten, indem sie sich über die Maßen verschuldeten.

Die Ursache des Problems war der Zusammenbruch des bürokratischen Planungssystems. Die großen Industriekomplexe produzierten riesige Mengen, deren Gebrauchswert nahezu Null war, da diese Produkte

größtenteils von unzureichender Qualität für die praktische Verwendung waren oder nicht den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprachen. Das Verkehrssystem war nahezu komplett heruntergekommen und die Wohnungen, die nicht instand gehalten wurden, befanden sich in einem unglaublich verwahrlosten und elenden Zustand. Diese Situation führte dazu, dass die Bevölkerung in einem Wirtschaftssystem permanenter Knappheit lebte und sehr viel Zeit damit vergeudete, auf dem Schwarzmarkt nach den Grundversorgungsmitteln zu suchen, was sich wiederum auf ihre Motivation am Arbeitsplatz auswirkte.

Die widerstandslose Restauration des Kapitalismus

Infolge dieser systemischen Krise gelangten die Führungen der kommunistischen Parteien zunehmend zu der Überzeugung, dass nur noch die Wiederherstellung einer Marktwirtschaft die Probleme lösen konnte. Ein Teil dieser Funktionäre tat sich mit der ehemaligen Bourgeoisie zusammen, die ihr 1945 beschlagnahmtes Eigentum zurückerhielt, und verwandelte sich in eine neue Kapitalistenklasse, wobei sie ihre Positionen im Staatsapparat ausnutzte, um sich öffentliches Eigentum anzueignen, das dann für einen Spottpreis privatisiert wurde. Da sie von dieser Mangelwirtschaft genug hatte und den herrschenden Regime zutiefst abhold war, leistete die Arbeiterklasse trotz ihrer erheblichen Macht keinen Widerstand gegen diese Entwicklung, die zu einer fast vollständigen Liquidation der gesamten alten Industrie führen sollte, mit dramatischen Folgen wie Massenarbeitslosigkeit und Verarmung.

Die Besonderheiten des revolutionären Prozesses von 1989 lassen sich somit durch die systemische Krise des stalinistischen Modells der bürokratischen Planwirtschaft erklären. Da die herrschende Bürokratie aus diesem abgewirtschafteten System keine Vorteile mehr schöpfen konnte, begab sie sich aus freien Stücken an die Wiederherstellung des Kapitalismus, in der Annahme, dass sie dabei mehr zu gewinnen als zu verlieren hatte. Da sie einem System, das nie ihr eigenes und obendrein nicht in der Lage gewesen war, ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu erfüllen, gleichgültig gegenüber stand, hatte die Arbeiterklasse kein objektives Interesse daran, es zu verteidigen. Da sich auch keinerlei politische Alternative anbot, gab es für sie nur noch die Lösung, die Entwicklung gleichgültig hinzunehmen oder ihr Heil im Nationalismus zu suchen, der hier auf ein fruchtbares Terrain stieß.

DER OSTEN WIRD KAPITALISTISCH

Catherine Samary

Da alle Augen auf den Fall der Berliner Mauer gerichtet waren, geriet eine konkrete Analyse der Modalitäten und Auswirkungen der kapitalistischen Transformation in Osteuropa aus dem Blickfeld.

Den Auftakt zu diesem Umbruch bildete die deutsche (Wieder-)Vereinigung, die weit bedeutsamer als der bloße Mauerfall und weit entfernt von einem Märchen mit Happy End war. Wir stehen noch immer vor einer Aufarbeitung der "dunklen Seiten" dieser historischen Wende von 1989, nämlich ihrer zutiefst undemokratischen Aspekte, durch die sie sämtliche Formen sozialer Absicherung zerstört hat, die nicht der Logik des Profits gehorchten.

Noch schlimmer als 1929

Selbst die falscher Sympathien gewiss unverdächtige Weltbank hat in ihrem Bericht von 2002 über die ersten zehn Jahre des "Übergangs zur Marktwirtschaft" (ein Euphemismus für die kapitalistische Restauration) in Osteuropa und der Ex-Sowjetunion geschrieben, dass alle davon betroffenen Länder ausnahmslos eine "tiefe Rezession über Jahre hinweg" erlitten haben, die als "System- oder Übergangskrise" bezeichnet werden kann. Hinsichtlich "ihres Ausmaßes und ihrer Dauer" war sie "mit der Großen Wirtschaftskrise der 1930er Jahre vergleichbar" und "für die meisten Länder sogar noch schlimmer". Der Rückgang des Wirtschaftswachstums hat in den ersten Jahren und sogar bis Ende der 90er Jahre alle Branchen betroffen und reichte von 6 % in Polen über 15 % in Mitteleuropa bis hin zu 40 % in den anderen Regionen. Es kam dabei zu einer bis dahin unbekannten strukturellen Arbeitslosigkeit und zu einem sprunghaften Anstieg sozialer Ungleichheit "in Ländern, die bis dahin die mithin egalitärsten Strukturen der Welt vorwiesen" – so die Weltbank.

Die dortige Bevölkerung hatte keine Ahnung davon, was "Privatisierungen" und "Markt" bedeuten, und sie kannte auch keine Arbeitslosigkeit. Nun durchlebten sie die bittere Erfahrung eines neoliberalen gesellschaftlichen Paradigmenwechsels bei den Parteien, die im Namen des politischen Pluralismus ab Beginn der 90er Jahre neu entstanden sind.

Demokratische Revolutionen?

Der britische Politologe Timothy Garton Ash bezeichnete den Umwälzungsprozess von 1989 mit dem Neologismus einer "Refo-lution", bei der von oben oktrovierte (und nicht von Massenbewegungen getragene) "Reformen" zusammenkamen, die auf strukturelle Veränderungen abzielten und insofern "revolutionärer" – de facto aber konterrevolutionärer Natur waren. Tatsächlich waren die Ziele des Restaurationsprozesses in allen betroffenen Ländern die gleichen, unabhängig davon, wie die jeweiligen "kommunistischen" Regime entstanden sind (ob auf revolutionärem Weg, wie in der UdSSR oder in Jugoslawien, oder als bürokratische "Ableitung" aus der Position, die die UdSSR bei den sozialen Polarisierungsprozessen und der politischen Radikalisierung im Zuge des antifaschistischen Kampfes während des Zweiten Weltkriegs innehatte). Denn ihre sozioökonomische und ideologische "Struktur" war nach demselben Modell gestaltet.

Man kann diese (weder kapitalistischen, noch sozialistischen) Gesellschaftssysteme besser einordnen, wenn man sie – so wie es die Bolschewiki in den 20er Jahren auf die UdSSR angewandt haben – als "Übergangsgesellschaften" charakterisiert, also von den Zielen und der sozialen Basis des Systems her als sozialistisch oder kommunistisch, in denen aber gegensätzliche Entwicklungstendenzen vorhanden sind. Diese können entlang der jeweiligen Umstände zu revolutionären, emanzipatorischen Weiterentwicklungen mit sozialistischer oder kommunistischer Orientierung führen oder aber prokapitalistische Tendenzen entfalten oder schließlich als Mittelding Bürokratien ausbilden, die zwischen den beiden Hauptklassen schwanken und mitunter ein Eigenleben entwickeln. Die kapitalistische Restauration setzt voraus, dass prokapitalistische Strömungen im Staatsapparat die Oberhand gewinnen und die sozialen Errungenschaften und internationalen Beziehungen entsprechend umge-

Insofern ist es wichtig, alle Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse zu kritisieren, auch wenn sie "nichtkapitalistisch" sind und die "Arbeiter"-Institutionen und Organisationen durchdringen. Der totalitäre Stalinismus war das Ergebnis eines Bürokratisierungsprozesses, in dem die Warenbeziehungen abgeschafft sind und zugleich die Arbeiter*innen im Namen des Sozialismus in die Staats-

und Parteiapparate kooptiert werden. Die stalinistische Sowjetunion trachtete danach, die politische Hegemonie über die internationale Arbeiterbewegung aufrecht zu erhalten. Dies führte dazu, dass alle neuen Regime, selbst wenn sie letztlich ihren Aufstieg dem Einfluss der Sowjetunion zu verdanken hatten, die Einparteienherrschaft unter den Arbeiter*innen zu stabilisieren und legitimieren und dabei deren Autonomiebestrebungen zu brechen versuchten, egal ob sie sich an das "sowjetische Modell" anlehnten, dessen Unterstützung sie genossen, oder ob sie in Konflikt mit dem Kreml gerieten.

Realer Sozialismus statt "Realsozialismus"

Aus diesen Gründen entstanden unter den Arbeiter*innen und Intellektuellen als sozialer Basis dieser Regime bis in die 1980er Jahre hinein große antibürokratische Demokratiebewegungen, die beileibe nicht antikommunistisch inspiriert waren, sondern den emanzipatorischen Gehalt des Marxismus und Sozialismus aufgriffen, um ihn gegen die bestehenden Unterdrückungsverhältnisse zu kehren. Dieser "Kommunismus", der sich gegen die bestehende Ordnung richtete, war in allen Institutionen von Partei und Staat, die im Namen der Arbeiter*innen regierten, aktiv und hatte zum Ziel, die Kluft zwischen den sozialistischen Ansprüchen und der Realität zu verringern. Dies galt für die Arbeiterräte in Polen und Ungarn 1956 bis hin zu den Selbstverwaltungsbestrebungen in Jugoslawien und den Arbeiterräten im Prager Frühling und auch später noch, als Solidarność 1980/81 in Polen für eine selbstverwaltete Republik eintrat und dabei Zehntausende von Mitgliedern der Staatsparteien und ihrer Gewerkschaften mobilisierte.

Um mit dem vom polnischen Regime verfolgten marxistischen Intellektuellen Karol Modzelewski zu sprechen, war die Massengewerkschaft Solidarność, in der er als Berater aktiv war, "ein Kind des Sozialismus". Ebenso waren die Arbeiterräte, die während und gegen die Intervention der russischen Panzer in der Tschechoslowakei im Herbst 1968 entstanden waren und um sich griffen und die dabei vom "Selbstverwaltungsflügel" innerhalb der KP und den Gewerkschaften unterstützt wurden, Ausdruck einer "revolutionär-politischen" Dynamik in dem Sinn, dass sie die bürokratische Herrschaft der KP infrage stellten.

Innerhalb dieser Partei- und Staatssysteme war "das Politische" zutiefst gesellschaftlich und die geringsten "Arbeitsunterbrechungen" entfalteten eine subversive "politische" Dynamik gegen die Spitzenfunktionäre, ohne dass diese Eigentumsrechte [an den Produktionsmitteln]

gehabt hätten. Die Massenbewegungen verfolgten das Ziel, die Kluft zwischen den "gesetzlichen" (vom System legitimierten) sozialistischen Errungenschaften und der bürokratischen und repressiven Praxis im Alltag zu verringern.

Was war an 1989 anders als zuvor?

Zum einen haben die "sowjetische Normalisierung" in der Tschechoslowakei und später, 1981, der Staatstreich von Jaruzelski gegen Solidarność dafür gesorgt, dass sich eine subversiv sozialistische Dynamik im Sowjetblock nicht weiter ausbreiten konnte. Und Jugoslawien verstrickte sich nach Titos Tod (1980) in widersprüchliche Reformen, Auslandsverschuldung und eine schwere Wirtschaftskrise, hatte aber keine kohärenten Lösungsvorschläge mit sozialistischer Orientierung parat, als Ende der 80er Jahre Tausende von Streiks ausbrachen. Stattdessen zerfiel das Land in blutigen Schlachten unter dem Ansturm von Nationalismus und Kapitalismus. Für Europa und in geostrategischer Hinsicht war entscheidend, was sich unter Gorbatschow in der Sowjetunion ereignete. Der setzte darauf, dass durch den Fall der Mauer eine Auflösung der beiden Militärbündnisse des Kalten Krieges (Nato und Warschauer Pakt) und ein Mehrparteiensystem eine wirklich "friedliche Koexistenz" der unterschiedlichen Systeme Einzug halten und ihm westliche Kredite einbringen würde.

Die deutsche Wiedervereinigung indes hatte rein gar nichts von einer "Koexistenz" an sich und die USA beschlossen, das vereinte Deutschland in die Nato zu integrieren und diese dann noch unter Zuhilfenahme der Krise in Jugoslawien zu erweitern, während der Warschauer Pakt 1991 aufgelöst wurde. Auch die Kredite des IWF flossen erst, nachdem Gorbatschow auf das Abstellgleis geschoben und die UdSSR durch Jelzins Radikalkur zerschlagen worden waren.

Strukturelle "Anpassungsmaßnahmen"

Nachdem die Strömungen und Oppositionsbewegungen der Arbeiterklasse, die (in Polen und der Tschechoslowakei) eine glaubwürdige sozialistische Alternative verkörperten, zerschlagen worden waren, konnte sich das Mehrparteiensystem in der UdSSR und allen osteuropäischen Ländern und Jugoslawien durchsetzen. Dabei warben die liberalen Strömungen anfangs unter den Arbeiter*innen (besonders den jüngeren) damit, dass sie denen angeblich die "Kontrollgewalt" wieder zurückgeben wollten, die ihnen unter der Staats- und Parteibürokratie genommen worden war. Aber es dauerte nicht lange, bis die so Verführten die wahren sozialen Folgen dieser "Strukturanpassungen" im Auftrag des IWF und der Wirtschaftsarchitekten des "Washington-Konsenses" zu spüren bekamen. Dabei ging es um durchgängige Privatisierungen im Eilverfahren, um die Vermarktung der Produktionsmittel oder die Abschaffung der Arbeitsschutzgesetze. Auch das Geld, das bisher als Zahlungsmittel gedient hatte, bekam eine ganz neue Funktion und konnte zur Kapitalakkumulation verwandt werden. "Egalitarismus" war nunmehr verpönt, wohingegen Unternehmenspleiten und Entlassungen erlaubt wurden.

Diese Maßnahmen betrafen keineswegs ein paar staatliche Unternehmen, sondern die gesamte Industrie dieser Länder und die große Mehrheit der Lohnabhängigen. Die großen Industrieunternehmen, in denen die kommunistischen Regime ihre soziale Basis hatten, galten bis dahin als der Inbegriff der sozialen Errungenschaften und der Daseinsfürsorge des Staates. Wer dort arbeitete, bekam eine Wohnung, einen Krippenplatz, Einkaufsmöglichkeiten und kostenlose Gesundheitsversorgung sowie andere Formen des "Sozialeinkommens", das nicht in Geld ausbezahlt wurde und in den letzten Jahren des Bestehens der UdSSR über 60 % des Einkommens der Arbeiter*innen ausgemacht hat.

Die Privatisierungsformen

Dass der Roll-back auf der Tagungsordnung stand, war klar, nicht jedoch die Akzeptanz der Maßnahmen unter der Bevölkerung und die tragenden Kräfte dieses Umbruchs. Die früheren Oppositionsbewegungen gegen die Einheitspartei oder die Mauer hatten nie ein gemeinsames Programm zur Veränderung der Gesellschaft vor Augen. Privatisierungen und Marktwirtschaft waren unter der Bevölkerung vielmehr abstrakte Begriffe. Der Roll-back jedoch zielte auf alles, was bis dahin nicht den Marktgesetzen unterworfen war und nicht der ursprünglichen Kapitalakkumulation, die es als solche in diesen nichtkapitalistischen Systemen gar nicht gab, unterlag.

Im unter der Ägide eines allgewaltigen und strikt neoliberal orientierten Kapitalismus wiedervereinigten Deutschland wurden derlei Probleme mit der Brechstange "gelöst". In den anderen Ländern gab es anfangs i. W. zwei verschiedene Varianten. In den baltischen Staaten oder in Ungarn gingen die lukrativen Unternehmen an ausländisches Kapital. In der großen Masse der anderen Länder jedoch gingen solche "Massenprivatisierungen" ohne Einwirkung von Kapital mit gewissen

Abweichungen wie folgt vonstatten. An die Beschäftigten wurden Gutscheine oder "Vouchers" ausgegeben, die sie in einen nennenswerten Anteil am gesamten "Aktienkapital" umtauschen konnten. Der Rest und damit die Mehrheit ging an den Staat, der damit "rechtlicher" Eigentümer wurde und auch das Recht auf Privatisierung bekam.

Viele Arbeiter*innen veräußerten ihre Gutscheine und führten ein prekäres Lohnabhängigendasein, was dann zu einer zweiten Phase der Umverteilungs- und Konzentrationsprozesses des gesellschaftlichen Eigentums führte und zugleich allen Ansätzen von Arbeiterräten und Selbstverwaltung die Grundlagen entzog. Die meisten unter den ehemaligen "kommunistischen" Apparatschiks versuchten ihre vormals bloß funktionellen Privilegien in Eigentumsprivilegien umzuwandeln. Viele von ihnen (wie Jelzin und die Mehrzahl der neuen Bourgeois in Osteuropa) wurden zu Kompradorenbourgeois, die ihr Wissen über die Systemabläufe an das Auslandskapital verkauften, um dann eine subalterne Position innerhalb der globalen Neuordnung einzunehmen. Andere, etwa in China, zogen rasch die Konsequenzen aus diesem Unterwerfungsprozess und wehrten sich erfolgreich dagegen, um sich schließlich als neue Großmacht innerhalb des globalisierten Kapitalismus zu etablieren. Ein Vorbild, dem Putin später nacheifern sollte.

UNSERE LEHREN

Henri Wilno

Bis zum Fall der Berliner Mauer und dem Ende der Sowjetunion hatten die revolutionären Marxist*innen ein weitgehend gemeinsames Verständnis von der Weltlage und ihren Aufgaben darin, das sich grob in der Perspektive zusammenfassen ließ, dass die "drei Sektoren der Weltrevolution" zusammenwachsen würden.

In den kolonial oder neokolonial beherrschten Ländern bestand die unmittelbare Aufgabe in der nationaldemokratischen Revolution - einem Prozess, in dem dem städtischen und ländlichen Proletariat eine vorantreibende Funktion zukommen sollte und die eigenen Interessen verteidigt werden sollten, um so den Sozialismus zu erreichen. In den bürokratischen Staaten stand eine politische

Revolution auf der Tagesordnung, die den Herrschaftsapparat der Bürokratie niederringen und den Übergang zu einem wirklichen Sozialismus bewerkstelligen sollte. In den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern schließlich zielte die Perspektive auf die sozialistische Revolution. Also waren die unmittelbaren Aufgaben zwar unterschiedlich, aber das Zusammenwachsen der Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten galt als eine objektive Tatsache und unmittelbare Perspektive.

Unser roter Leitfaden

Daniel Bensaïd verwies 2007 darauf, dass "diese Sichtweise in den 60er Jahren durchaus durch die Faktenlage gestützt wurde: die von der chinesischen Revolution ausgehenden Impulse, die siegreiche Revolution in Kuba und die Befreiungskämpfe in Algerien, Indochina und den portugiesischen Kolonien; der antibürokratische Aufstand in Budapest 1956, der Prager Frühling 1968 und die antibürokratischen Kämpfe in Polen; das Wiedererwachen sozialer Kämpfe und großer Streikbewegungen in Frankreich, Italien und Großbritannien in den 60er Jahren und der Sturz der Diktaturen in Spanien und Portugal".

Er fügte aber auch hinzu: "Infolge der Abwürgung der portugiesischen Revolution 1975, des institutionellen Übergangs (transición) in Spanien, der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Vietnam und Kambodscha, des neoliberalen Schwenks der institutionellen Linken in Europa, des Normalisierungsprozesses in der Tschechoslowakei und dann des Staatsstreichs in Polen hatte sich der Wind gedreht und die "drei Sektoren" hatten sich auseinander entwickelt, statt einander harmonisch zu stützen. Die Zentrifugalkräfte überwogen ... "Er schreibt, dass die iranische Revolution 1979, die tatsächlich vom Volk getragen wurde und in der die Arbeiter*innen und besonders diejenigen in der Ölindustrie eine wichtige Rolle gespielt haben, symptomatisch für die geänderte Lage war. Allerdings gab es 1979 auch die sandinistische Revolution in Nicaragua, die das Schema der "drei Sektoren" zu bestätigen schien.

Der Vorzug dieser Konzeption lag nicht nur darin, den revolutionären Marxist*innen einen Rahmen für ihre Aufgaben auf internationaler Ebene zu liefern, sondern auch einen roten Faden zum Verständnis der komplexen Weltlage. Dies war weit entfernt von der von den dogmatischen Strömungen gepflegten Phraseologie der bedingungslosen und ewiggültigen Einheit des Weltproletariats, das einzig und allein die Welt wirklich ändern könne.

Mochten die sozialen und antiimperialistischen Kämpfe auch verschiedene Wege verfolgen, so schienen sie doch unausweichlich in dieselbe Richtung zu tendieren.

Ein gewaltiger Dämpfer für den revolutionären **Optimismus**

Aber dieses Schema vom weltweiten Zusammenwachsen der Kämpfe und überhaupt der revolutionäre Optimismus haben einen gewaltigen Dämpfer erlitten durch den Untergang der UdSSR und ihrer osteuropäischen Satelliten, ohne dass es dort auch nur im Geringsten ein Anzeichen für eine "politische Revolution" im Sinne eines Sturzes der Bürokratie durch eine gleichzeitige Bewegung für eine wahrhaft sozialistische Transformation gegeben hätte. Obwohl der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer anderen Gesellschaft objektiv immer dringlicher erscheinen angesichts der weltweit zunehmenden Verwerfungen mit Massenarbeitslosigkeit, Missachtung der elementaren Bedürfnisse, wachsende Ungleichheit, Flüchtlingshetze, Ressourcenverschwendung, Klimawandel, drohende Kriege etc. Der Niedergang oder gar Zerfall der Parteien, die nach wie vor dem "real existierenden Sozialismus" mehr oder weniger die Stange halten, oder die Verwandlung der regierenden KPen (besonders in China) in aktive Betreiber der kapitalistischen Transformation ihrer Länder, die jeweils zugleich auch die Gewerkschaften in den Abwärtsstrudel mitgerissen haben, ohne dass andererseits die revolutionären Strömungen davon profitieren konnten – diese Prozesse werfen etliche Fragen auf. Zumal im Gefolge auch die antikolonialistischen und antiimperialistischen Strömungen, besonders in Lateinamerika und der arabischen Welt, einen Dämpfer erlitten haben.

Der Kampf beginnt täglich aufs Neue

Angesichts der vorherrschenden Demoralisierung werden sich die herrschenden Klassen an ihre Privilegien klammern und dabei im Zweifelsfall auch bestimmte bürgerlich-demokratische Rechte opfern, und es werden Abenteurer an die Macht gelangen, die die Klaviatur des Fremdenhasses und alle Arten reaktionärer Phantasien (namentlich gegen die Rechte der Frauen) bedienen.

Sicherlich wächst das Proletariat zahlenmäßig beständig. Und in allen frisch industrialisierten Ländern, besonders in Asien (Vietnam, Kambodscha, Bangladesh etc.) kämpfen die Arbeiter*innen allen Widrigkeiten und Repressionen zum Trotz für ihre Rechte. Dasselbe gilt für China und die Türkei, und auch in Russland erwacht die Arbeiterbewegung wieder.

Zwischen "ökonomistischen" Kämpfen, auch wenn sie konsequent geführt werden, einerseits und solchen für eine Veränderung der Gesellschaft, die Überwindung der Zersplitterung und einen Internationalismus andererseits können Welten liegen. Der objektiv antikapitalistische Charakter einer sozialen Bewegung (wie der gegen den Klimawandel) führt nicht automatisch dazu, dass sich die Beteiligten auch subjektiv als antikapitalistisch und solidarisch mit den anderen Kämpfen verstehen.

Schon Daniel Bensaïd verwies darauf, dass "der Zusammenschluss der Kräfte, die Widerstand leisten und die vom Kapital errichtete Ordnung untergraben, beileibe nicht automatisch aus der Entwicklung des Kapitalismus folgt, sondern täglich aufs Neue erkämpft werden muss und niemals sicheren Bestand haben wird."

Der Zerfall der UdSSR bedeutet nicht, dass die Revolution und der Sozialismus (und somit international organisierte revolutionäre Parteien als unabdingbares Instrument hierfür) als Ziel obsolet geworden wären, sondern lediglich, dass die Gewissheiten über deren unvermeidliches Auftreten überholt sind. Die Krise der politischen Vertretung und der alltäglichen Organisation eines Proletariats, das einem tiefen Wandel unterworfen ist, und – darüber hinaus – all derer "von unten" als politisch handlungsfähiger Kraft lässt sich nicht auf das Fehlen einer revolutionären Führung reduzieren. Vielmehr muss eine Einheitsfront auf allen Ebenen aufgebaut werden. Oder wir werden nicht den katastrophalen Folgen eines Systems entrinnen, das stets die schlimmsten Wege wählen wird, wenn wir ihm nicht in den Arm fallen. Die Alternative lautet: Sozialismus oder Barbarei!

■ Übersetzung des Dossiers MiWe

Neu bei ISP



Daniel Bensaïd

Der unzeitgemäße

Glanz und Elend eines kritischen Abenteuers im 19. und 20. Jahrhundert

424 Seiten, Hardcover, 29,80 Euro 2019, ISBN 3-89900-154-9 erscheint September 2019

Der unzeitgemäße Marx ist eine Herausforderung: 1995 erschienen, will Daniel Bensaïd nach dem Ende des Realsozialismus Marx von seinen dogmatischen und orthodoxen Gespenstern befreien. Er legt die theoretische Kohärenz seines kritischen Denkens frei und macht seine Aktualität deutlich: denn hat der Warenfetischismus nicht den ganzen Planeten erfasst? Bensaïd geht mit einer negativen Dialektik vor und analysiert zunächst, was das Marx'sche Denken nicht darstellt: keine Philosophie vom Ende der Geschichte, noch eine empirische Klassensoziologie, die den unwiderruflichen Sieg des Proletariats ankündigt, noch eine Wissenschaft des Fortschritts. Marx' drei Kritiken: der historischen Vernunft, der ökonomischen Vernunft und des wissenschaftlichen Positivismus gehen aufeinander ein und ergänzen sich.

Der Autor liest Marx neu und interpretiert seine Theorie als Antworten auf gegenwärtige Fragen über den Sinn der Geschichte, die Repräsentation der Zeit, das Verhältnis zwischen den sozialen Widersprüchen und anderen Konflikten wie Gender, Nationalismus, Religion.

Der philosophisch-literarische Text misst die zeitgenössische Marx-Rezeption an Marx' Theorie.

> Neuer ISP Verlag GmbH Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe Tel.: (0721) 3 11 83 neuer.isp.verlag@t-online.de

> > www.neuerispverlag.de

FÜR EINEN KOSTENLOSEN NAHVERKEHR

Genauso wenig, wie wir Münzen in Straßenlaternen einwerfen oder für den Aufenthalt in öffentlichen Parks bezahlen, können Fahrscheine in den U-Bahnen und Bussen bald der Vergangenheit angehören, so wie es in über 100 Städten bereits der Fall ist.

■ Wojciech Kębłowski

Wenn wir den Verkehrsexperten und -betreibern glauben wollen, kommt die Abschaffung kostenpflichtiger Fahrscheine für alle Passagiere für die Betreibergesellschaften überhaupt nicht infrage. So meint etwa Alan Flausch, der ehemalige Chef der Brüsseler Verkehrsbetriebe STIB und jetzige Generalsekretär der Internationalen Vereinigung des Öffentlichen Verkehrs, dass "ein kostenloser öffentlicher Personenverkehr als Beitrag zur Mobilität absurd ist". Für Vincent Kauffmann, Universitätsprofessor in Lausanne und einer der prominentesten Experten für nachhaltige Mobilität, "macht ein kostenloser ÖPNV keinen Sinn".² Das Fahrscheinsystem in den öffentlichen Verkehrsmitteln abzuschaffen, wird als "irrational", "unrentabel" und "nicht nachhaltig" qualifiziert.

Wenden wir uns jedoch Beobachtern außerhalb des Transportgewerbes zu, kommt eine radikal andere Sicht auf die Abschaffung des kostenpflichtigen Fahrscheins zum Vorschein. Die Sozialwissenschaftler*innen, Journalist*innen und Beamt*innen, die überwiegend aus Städten kommen, in denen die Fahrscheinpflicht abgeschafft worden ist, verteidigen diese Maßnahme mit Verve. Für Judith Dellheim, Forscherin in der RLS (Rosa-Luxemburg-Stiftung) Berlin, ist der kostenlose Zugang zum öffentlichen Verkehr in Europa "der erste Schritt zu einer sozialökologischen Wende".3 Michiel Van Hulten, einer

der ersten Verfechter*innen des kostenlosen ÖPNV in Europa meint, man müsse der Bevölkerung zurückgeben, was ihr gehört. 4 Naomi Klein schließlich, die bekannte Polit- und Umweltaktivistin, hält dies für die genau richtige Maßnahme, die alle Städte auf der Welt befolgen sollten: "Um sich der Klimakrise wirklich zu stellen, muss der ÖPNV kostenlos werden".5

Kurzer geschichtlicher Abriss des kostenlosen ÖPNV

Trotz der offensichtlich kontroversen Positionen zum kostenlosen ÖPNV (FFPT für Free-fare public transport) wird er in einer steigenden Zahl von Städten praktiziert. Waren es 1980 erst sechs Städte, belief sich die Zahl 2000 auf 56 und mittlerweile auf weltweit 96 Städte und Gemeinden, in denen der ÖPNV komplett kostenlos ist. Komplett kostenlos heißt in diesem Zusammenhang, dass der ÖPNV auf den allermeisten Strecken und Verkehrsmitteln für die große Mehrheit der Nutzer*innen zumeist kostenlos ist. In ein paar hundert weiteren Städten ist der ÖPNV teilweise kostenlos, sei es in bestimmten Stadtgebieten oder für bestimmte Verkehrsmittel oder zu bestimmten Tages- oder Jahreszeiten.

Die USA spielten die Vorreiterrolle für einen komplett kostenlosen ÖPNV, nämlich 1962 in der Stadt Commerce bei Los Angeles, worauf in den 1970er, 80er und 90er Jahren weitere Pilotprojekte folgten. Damals beriefen sich die Befürworter*innen dieser Maßnahme in Nordamerika auf soziale und politische Argumente, indem sie auf die daraus zu erwartenden sozialen Vorteile hinwiesen und argumentierten, dass dadurch der ÖPNV besser ausgelastet würde und die hohen Investitionen in die Automobilinfrastruktur entfielen. [...] Mittlerweile gilt der kostenlose ÖPNV an 27 Orten in den USA. [...]

In Europa wurde dies erstmals 1971 in dem Toulouser Vorort Colomiers eingeführt, Rom und Bologna folgten nach. Am bekanntesten hierfür wurde Hasselt in Belgien, wo der Bürgermeister angesichts der hohen Verkehrsbelastung 1996 erklärte, dass "wir keine neuen Straßen, sondern neue Konzepte brauchen".6 Hasselt ließ die Pläne für den Bau einer neuen Umgehungsstraße fallen, schaffte stattdessen die Fahrscheinpflicht ab und baute vorrangig das öffentliche Verkehrsnetz aus. Steigende Betriebskosten und neue politische Mehrheiten im Stadtrat haben später dazu geführt, dass die Tariffreiheit 2014 aufgehoben wurde.

In Europa ist in den letzten Jahren in etlichen weiteren Städten und Regionen (insgesamt 56) die Ticketpflicht abgeschafft und damit die Spitzenrolle erreicht worden. Besonders viele von ihnen liegen in Polen (21, die alle seit 2010 entstanden sind) und Frankreich (20). Viele europäische Kommunen sehen im Nulltarif eine Strategie zur Reduzierung der PKW-Nutzung (z. B. Avesta, Schweden; Belchatów, Polen) und der damit verbundenen Luftverschmutzung und Lärmbelästigung (Tórshavn auf den Färöer-Inseln). In vielen Städten werden gesellschaftspolitische Argumente genannt: Der Nulltarif wird ausdrücklich als Sozialpolitik begriffen, die darauf abzielt, benachteiligte Schichten zu unterstützen (wie in Lubin, Polen; Colomiers und Compiègne, Frankreich), oder als Versuch, den öffentlichen Verkehr als Gemeinschaftsgut neu aufzustellen (Aubagne, Frankreich; Mława, Polen).

Geographisch betrifft der Nulltarif somit kleine oder mittlere Städte mit weniger als hunderttausend Einwohnern. Die meisten von ihnen schaffen es selten in die Nachrichten – oder hat man jemals von Kościerzyna oder Vitré, Hallstahammar oder Lugoj, Velenje oder Akureyri gehört? Eine wichtige Ausnahme jedoch bildet Tallinn, die estnische Hauptstadt, die mit 440 000 Einwohnern die größte Stadt ist, die derzeit einen kostenlosen ÖPNV anbietet, was beweist, dass der Nulltarif auch in größeren Stadtgebieten funktionieren kann.

Dennoch scheinen die Verkehrsexpert*innen davon überzeugt zu sein, dass der Nulltarif irrational, nutzlos und unverantwortlich ist. Warum gibt es ihn dann aber

trotzdem in fast weltweit hundert Städten? Im Folgenden will ich anhand von Beispielen aus Tallinn (Estland) und Aubagne (Frankreich) auf die kontroversen Standpunkte in der Debatte eingehen. Die Wahl dieser Städte ist kein Zufall, da beide für das Verständnis der Materie bedeutsam sind. Das im Umkreis von Marseille gelegene Aubagne gehört zu den am häufigsten diskutierten und bedeutsamsten Modellversuchen in Frankreich. Tallinn wiederum gilt als "Hauptstadt des kostenlosen ÖPNV" und vertritt diese Maßnahme aktiv im In- und Ausland.

Schädlich und irrational?

Die meisten Verkehrsexpert*innen und -betreiber*innen bezeichnen den Nulltarif als nutzlos, ineffizient und nicht wachstumsfördernd. Die Abschaffung der Fahrscheine wird kritisiert, weil sie die Finanzierbarkeit der öffentlichen Verkehrsnetze gefährde. Die kostenlose Nutzung von Bussen und Straßenbahnen schwäche das Budget und erhöhe gleichzeitig die Kosten für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und für die Bewältigung der steigenden Nutzerzahlen. Wie ein Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe in Montpellier (Frankreich) erklärt, sei die Abschaffung der Ticketpflicht eine Maßnahme einer Politik, die "dem öffentlichen Verkehr die für seinen Ausbau erforderlichen Ressourcen entzieht".7 Darüber hinaus sollte der öffentliche Verkehr nach Ansicht vieler Verkehrsingenieur*innen und Ökonom*innen als eigenfinanzierter oder gewinnorientierter Betrieb funktionieren, der den Marktmechanismen unterliegt.

Insofern sei der Nulltarif eine "gut gemeinte, aber falsche Idee"8, die suggeriert, dass "es kostenlose Güter oder Dienstleistungen gibt". Die Verkehrswirtschaftler berufen sich gerne auf die "freie Marktwirtschaft" und drücken dies so aus, dass der Nulltarif die Dienstleistung sowohl für die Betreiber als auch für die Nutzer und Passagiere entwerte. Zudem wird der Nulltarif oft als irrational bezeichnet. Angeblich sind die Fahrscheine nicht nur eine Einnahmequelle, sondern auch ein Mechanismus, der das Verhalten der Passagiere steuert. Ohne Tickets würden die Fahrgäste Fahrten unternehmen, die von den Verkehrsplanern als nebensächlich, "unproduktiv"10 oder gar "nutzlos"11 eingestuft werden. Einfacher ausgedrückt, würden sich die Passagiere wie Verrückte benehmen, wenn es keine Fahrscheine gäbe.

Einige Beobachter¹² verweisen indessen darauf, dass der Nulltarif dazu beitragen kann, Material- und Personalkosten zu senken. Die Abschaffung der verschiedenen Geräte und Apparate, mit denen Tickets verkauft, abge-

stempelt und kontrolliert werden, spart Geld. Es muss kein Geld für sichere Cash-Management-Systeme ausgegeben werden, die Fahrkartenschalter, Kameras und Fahrgastkontrollen umfassen. Außerdem entfallen die Kosten für den Verkauf von Tickets durch Dritte, die Herstellung von Papier- oder elektronischen Fahrscheinen und die Buchhaltung.

Gleichzeitig machen die entgangenen Einnahmen aus dem Fahrscheinverkauf in der Regel nur einen Teil des gesamten Budgets des öffentlichen Verkehrs aus. Das bedeutet, dass die tatsächlichen Kosten für den Betrieb und die Investitionen in das öffentliche Verkehrssystem nie vollständig von den Fahrgästen getragen werden, sondern die öffentlichen Subventionen wiegen hierbei weit mehr.

Diese Argumente werden durch die Erfahrungen in Tallinn und Aubagne gestützt. Vor der Umstellung auf einen Nulltarif wurde nur ein Drittel der Betriebskosten des öffentlichen Verkehrsnetzes durch Einnahmen aus den Fahrscheinen gedeckt, während die restlichen zwei Drittel durch einen direkten kommunalen Zuschuss getragen wurden. Dabei muss auch bedacht werden, dass der Nulltarif nur für gemeldete Einwohner*innen der Stadt gilt.

Zwischen Mai 2012 (sieben Monate vor der Einführung des Nulltarifs) und Mai 2016 stieg die Zahl der Einwohner von Tallinn von 415 000 auf 440 000, sicherlich auch infolge der Attraktivität des kostenlosen ÖPNV. Da estnische Kommunen das Recht haben, einen Teil der Einkommenssteuer ihrer Einwohner einzuziehen, und der durchschnittliche Steuerbetrag pro Einwohner bei 1 600 € pro Jahr liegt, bedeuten 25 000 zusätzliche Einwohner, dass 40 Mio. € zusätzliche Einnahmen pro Jahr erzielt wurden. Damit wurden nicht nur die entgangenen Einnahmen aus dem Fahrscheinverkauf (12,2 Mio. €) und die zusätzlichen Investitionen durch die gestiegene Nachfrage (11,7 Mio. €) weitgehend gedeckt, sondern Tallinn erzielte Mehreinnahmen von 16,1 Millionen Euro pro Jahr.

In Aubagne waren die Einnahmen aus den Fahrscheinen noch geringer (8,6 Prozent der Betriebskosten) und Schwarzfahren war üblich. Durch den Umstieg auf den Nulltarif konnten die kommunalen Behörden die Verkehrsabgabe erhöhen – eine Steuer, die französische Gemeinden von ortsansässigen Unternehmen mit mehr als elf Beschäftigten erheben können. Nach französischem Recht könnte die Steuer von 1,05 % auf 1,8 % angehoben werden, wenn sich Aubagne zum Bau einer Straßenbahnlinie verpflichtet - ein Meilenstein auf dem Weg zu einem kostenlosen ÖPNV und zugleich eine grundlegende Umgestaltung und Verbesserung des öffentlichen

Verkehrswesens. Durch die Erhöhung der Verkehrsabgabe stiegen die Einnahmen um 5,7 Mio. €, die zusammen mit den Einsparungen im Betrieb (160 000 €) die Kosten für die Abschaffung des Fahrscheins (1,57 Mio. €) mehr als wett machten.

Nicht nachhaltig?

Ein anderer Argumentationsstrang gegen den Nulltarif betrifft die Frage, ob er in der Lage ist, zu einer "nachhaltigen" Mobilität beizutragen. Das Verkehrswesen gilt dabei als Schlüsselkomponente einer "lebenswerten Stadt", die nicht nur wirtschaftlich gesund, sondern auch sozialen Zusammenhalt und Vielfalt sowie Umweltfreundlichkeit, Gesundheit und Teilhabe gewährleistet. Um die "Lebensqualität" und "Bewohnbarkeit" der Städte zu steigern, konzentrieren sich die Befürworter*innen einer nachhaltigen Mobilität auf die Herausforderung, den Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel und "weiche" Verkehrsmittel wie Radfahren und Gehen zu erleichtern.

Um eine solche nachhaltige Mobilität zu erzielen behaupten die Forscher*innen, dass die Abschreckung von der Nutzung des Autos durch Eingriffe in Parkplätze, Mautgebühren bei Verkehrsspitzen oder höhere Benzinsteuern bei der Regulierung des Autoverkehrs effektiver sei als der Nulltarif im öffentlichen Verkehr. Außerdem wird unterstellt, dass "Umsteiger", die vom Nulltarif angezogen werden, zuvor überwiegend Fußgänger oder Radfahrer und keine Autofahrer waren. Insofern stünde der Nulltarif in den Augen vieler öffentlicher Verkehrsbetriebe im Widerspruch zu ihren Bemühungen, die Qualität ihrer Dienstleistungen zu erhöhen.¹³

Diese Anschuldigungen sind gegenstandslos, wenn man die Daten der Städte heranzieht, wo der Nulltarif praktiziert wird. Erstens belegen all diese Beispiele offensichtlich einen deutlichen Anstieg der Fahrgastzahlen. In Tallinn stieg die Zahl der Passagiere innerhalb von drei Jahren nach der Einführung des Nulltarifs um 14 %.14 In Aubagne, wo das öffentliche Verkehrswesen deutlich unter der Auslastungskapazität lag, stieg die Zahl der Passagiere im gleichen Zeitraum um beachtliche 135,8 Prozent. Kann ein solcher Anstieg der Fahrgäste - egal ob sie nun früher mit Auto, Fahrrad oder zu Fuß unterwegs waren - negativ gewertet werden?

Obwohl das sicherlich nicht das Hauptanliegen der Politiker war, veranlasste der Nulltarif doch einige Autofahrer zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel. In Tallinn stieg der Anteil des öffentlichen Verkehrs um 9 %, während der der Autos um 3 % sank. Für Aubagne gibt

es zwar keine genauen Daten, aber Fahrgastbefragungen zeigen eine – geringere – Verlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel: 20 % der neuen Nutzer*innen, die früher mit dem Auto gefahren sind, geben an, wegen des Nulltarifs umgestiegen zu sein. Auch wenn in Tallinn wie auch in Aubagne die Qualität des öffentlichen Verkehrs bereits vor der Einführung des Nulltarifs deutlich gestiegen war, so hat sich dies weiter fortgesetzt, und zwar nicht trotz, sondern gerade wegen des Nulltarifs. Die kostenlose Beförderung der Fahrgäste bewirkte eine noch stärkere politische Unterstützung für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der in beiden Städten im Mittelpunkt der politischen Agenda steht.

Sozial gerecht und systemüberwindend?

Ein dritter Argumentationsstrang in der Debatte über den Nulltarif bewertet diese Maßnahme nicht hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit oder ihres Beitrags zu einer nachhaltigen Entwicklung. Stattdessen geht es darum, ob durch den Nulltarif eine tiefgreifende und langfristige soziale und politische Transformation ermöglicht wird. Beim Nulltarif geht es in erster Linie darum, die öffentlichen Verkehrsmittel einfacher nutzen zu können: Jeder Bewohner und jede Bewohnerin sollen sie jederzeit in Anspruch nehmen können. Der Nulltarif wird insofern nicht als Ware betrachtet, sondern als ein "Gemeingut", so wie viele andere öffentliche Dienste wie Sozialsicherung, Bildungs- und Erziehungswesen, Parks, Straßen, Gehwege, Radwege, Straßenlaternen, Bibliotheken, Schulen, Kindergärten oder Spielplätze.

Wie bei diesen Dienstleistungen liegt es durchaus auf der Hand, dass auch die öffentlichen Verkehrsmittel durchgängig kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollen. Schließlich muss man auch keine Münzen in die Straßenlaternen einwerfen, um nachts im Hellen nachhause zu gelangen oder für jede Minute Aufenthalt in einem Park oder einer Bibliothek bezahlen.

In diesem Sinne schafft der Nulltarif eine andere Logik im Transportwesen: Weg von der marktbasierten Ausrichtung auf Profitabilität und Schaffung künstlicher Nachfrage. Stattdessen wird ein marktwirtschaftliches Dogma unmittelbar in Frage gestellt, wonach "eine Infrastruktur, nämlich das öffentliche Verkehrswesen, nur gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt wird".15

Manche Kommunalpolitiker sehen in einem öffentlichen, allgemein zugänglichen und erschwinglichen Verkehrswesen bereits einen richtigen Schritt auf dem Weg zum Sozialismus. Andere verfolgen eine radikalere Sicht

und sehen darin eine antikapitalistische Maßnahme, mit der Gemeingüter und Dienstleistungen dekommodifiziert werden (d. h. nicht mehr als Waren funktionieren) und die Nutzer nicht mehr als Kunden, sondern als "Staatsbürger" betrachtet werden.

Die Abschaffung der kostenpflichtigen Fahrscheine lässt sich auch als oppositioneller Akt gegen die biopolitische Kontrolle begreifen, die auf die Passagiere durch personengebundene Tickets und Fahrscheinkontrollen ausgeübt wird, zumal diese Kontrollen oft unter dem Aspekt stattfinden, "illegale" Einwander*innen auszulesen.

Außerdem können durch die bedingungslose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel soziale Ausgrenzung, Ungleichheit und eingeschränkte Mobilität direkt angegangen werden. Einkommensschwachen Fahrgästen eine bessere Mobilität zu gewährleisten, bedeutet, ein sozial gerechteres Verkehrssystem zu schaffen. Ein kostenfreies Verkehrsnetz "zeugt von Solidarität mit den Schwächsten, mit denen, die sich kein Auto leisten können und auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind und die von deren Unzulänglichkeiten besonders betroffen sind".16

In Tallinn sieht man deutlich, zu welchen Ergebnissen der Nulltarif geführt hat. Unter den Arbeitslosen hat die Zahl der Nutzer*innen um 32 % zugenommen und unter den einkommensschwachen Bewohnern mit weniger als 300 Euro Monatseinkommen um 26 %. Der Zuwachs liegt bei 21 % unter den Einwohnern in (Mutterschafts)urlaub und bei 17 % unter den Rentner*innen. Alle Altersgruppen sind beteiligt, vor allem jedoch die jüngeren (unter 19 J.) und die älteren Leute.

In den nach der Unabhängigkeit entstandenen Wohnsiedlungen, in denen ein Großteil der russischsprachigen Einwohner Tallinns wohnt, hat die Nutzung des ÖPNV zugenommen. Was deren Integration erleichtert. Aber auch in den Stadtvierteln, in denen die Mittelschicht wohnt, ist die Nutzerzahl gestiegen, was belegt, dass der Nulltarif nicht nur für die Armen attraktiv ist.

Dennoch ist klar, dass der Nulltarif "nicht alle unsere Probleme lösen wird, sondern dass er bloß einen ersten Schritt darstellt"¹⁷ auf dem Weg zu einer breiteren Umwälzung der Kräfteverhältnisse und damit der Verkehrsgestaltung. Im Gegensatz zu den Verkehrsexperten, die behaupten, dass es den Fahrgästen mehr um Sicherheit, Taktfrequenz, Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit im ÖPNV geht, setzt sich ein breites Spektrum an Organisationen und Bewegungen für die Abschaffung der Fahrscheine ein.

Eines der zahlreichen Beispiele ist der Movimento Passe Livre (freie Mobilität"), der beim Weltsozialforum 2005 in Brasilien entstanden ist und sich bei den Protesten gegen eine Erhöhung der Fahrpreise im Rahmen der Fussball-WM und der Olympischen Spiele 2014 bzw. 2016 über das ganze Land ausgedehnt hat. Die gestiegenen Fahrpreise fallen erheblich ins Gewicht angesichts der enormen Ungleichheit zwischen den mit ihren Autos hochmobilen Stadtbewohnern und den Armen dort, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind. Die Forderung nach einem Nulltarif ist auch zu einem aufrüttelnden Appell gegen die fortschreitende Kommodifizierung [Umwandlung in Waren] öffentlicher Dienstleistungen und deren Unterordnung unter rein wirtschaftliche, "rationale" und "nachhaltige" Aspekte.

Die Auswirkungen auf die Beschäftigten

Bei dem Thema Nulltarif geht es außer den obigen Aspekten auch um die Position der Beschäftigten im Verkehrswesen. Welche Auswirkungen hat die Einführung eines Nulltarifs auf sie? In vielen Städten, darunter Tallinn und Aubagne, wurde er von den Schaffner*innen begrüßt, weil sich dadurch ihre Arbeitsbedingungen gebessert hätten. Zwar sind Arbeitszeiten und Gehälter gleich geblieben, aber die Fahrer müssen keine Tickets mehr verkaufen und kontrollieren, was früher ein erheblicher Stressfaktor war.

Die Umstellung auf den Nulltarif bedeutet auch, dass die Schaffner am Ende ihres Arbeitstages nicht mehr die Einnahmen zählen müssen. In Aubagne sagte mir einer, dass der Nulltarif "wunderbar ist. Kein Stress mehr ... wegen Schwarzfahren und Fahrscheinkontrollen. ... Stattdessen können sich die Fahrer auf das Lenken und den Einstieg der Fahrgäste konzentrieren, das ist alles." Die Umstellung "hat den Job des Busfahrers verändert: Er muss sich jetzt nur noch darum kümmern, seinen Bus richtig zu fahren".

Die Umstellung war jedoch nicht für alle Beschäftigten von Vorteil. In Tallinn sind 70 von 80 Kontrolleur*innen entlassen worden. In Aubagne wurden sie stattdessen mit der Aufrechterhaltung der Sicherheit an Bord der Fahrzeuge betraut, weil anfänglich viele Leute Angst hatten, dass mit der Abschaffung der Fahrscheine der Vandalismus einkehren würde. Nachdem sich diese Bedenken schnell zerstreut hatten, trug man den Kontrolleuren an, das Verhalten und die Arbeitsleistung der Fahrer zu überwachen, statt der Passagiere kontrollieren sie also nunmehr die Fahrer*innen.

Dass unter dem Nulltarif weniger Aufgaben von den Fahrern erledigt werden müssen, hat deren Position in den jeweiligen Verkehrsbetrieben allerdings eher geschwächt.

In Tallinn können Fahrer zwar einer Gewerkschaft beitreten, aber ihr tatsächlicher Status bei Tarifverhandlungen ist weiterhin eingeschränkt, da individuelle Gehaltszulagen nicht an Beschäftigte vergeben werden, die gegen die Unternehmensführung aufmucken. Wie mir ein Fahrer anvertraute: "Ob mit oder ohne Fahrscheine. Die Zulage wird jeden Monat neu festgelegt: Wenn man pünktlich fährt, gibt es eine Zulage, aber wenn man sich beschwert, kann die Zulage gekürzt werden."

In Aubagne wurde der Nulltarif im Rahmen der Übertragung von einem Familienunternehmen auf ein privates Netz eingeführt, das von einem lokalen Ableger von Veolia, einem französischen Multi, betrieben wird. Für einen dortigen Gewerkschafter gibt es "einen großen Widerspruch zwischen der Abschaffung der Fahrscheinpflicht und dem Betrieb durch ein Privatunternehmen ...". Obwohl Veolia sich an den Nulltarif gehalten und angepasst hat, hat der Konzern gleichzeitig eine Reihe von Maßnahmen zur "Rationalisierung" des öffentlichen Transportnetzes umgesetzt. So wird beispielsweise die individuelle Pünktlichkeit der Fahrer mit einem GPS-System gemessen, und ihre Rechte und Kompetenzen innerhalb des Unternehmens wurden zunehmend abgebaut. Die Einführung des Nulltarifs verkomplizierte ihre Situation, anstatt sie in ihrem Kampf zu stärken, einer Gewerkschaft ihrer Wahl beitreten und ihre Meinung über die Unternehmensführung frei äußern zu können.

Es geht nicht nur um eine Verkehrswende ...

Die Kontroverse um den Nulltarif zeigt, dass es bei der Konzeption und Analyse des städtischen Verkehrs um ein breiteres Problem geht. Denn die Debatte über den Verkehr wird offensichtlich auf technische und wirtschaftliche Aspekte reduziert, während die explizit sozialen und politischen Dimensionen der Mobilität oft ausgeklammert werden. Wenn man die Frage des Nulltarifs bloß unter dem verkehrspolitischen Aspekt angeht, erzeugt man eine Reihe von Mythen und Missverständnissen, die nicht durch die realen Gegebenheiten tatsächlich existierender Nulltarifzonen untermauert werden. Obwohl es allgemein heißt, dass der Nulltarif ruinös sei, kann er in Wirklichkeit dazu beitragen, neue Einnahmen zu generieren, indem er neue steuerpflichtige Einwohner*innen anzieht (Tallinn) oder die lokalen Steuereinnahmen erhöht (Aubagne).

Und obwohl ihm unterstellt wird, die Städte nicht nachhaltiger und lebenswerter zu machen, zeigt er, dass kostenlose Fahrscheine auch für Autofahrer bis zu einem gewissen Grad attraktiv sein und so dazu beitragen können, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu erhöhen, was wiederum weniger Luftverschmutzung und Lärmbelästigung bedeutet. Die Qualität kostenloser Verkehrsbetriebe ist nicht unbedingt schlechter als bei den kostenpflichtigen. Somit kann der Nulltarif mit Fug und Recht für sich beanspruchen, den öffentlichen Personenverkehr politisch zu stärken.

Mit anderen Worten, bei der Verkehrspolitik geht es nicht (nur) um den Verkehr. Wenn wir den Nulltarif weniger als verkehrspolitische Maßnahme, sondern mehr als Teil der Urbanität betrachten, können wir verstehen, welche Ansprüche und Auswirkungen damit verbunden sind. Dies erfordert, dass das Problem nicht als eine endlose Abfolge mathematischer Modellrechnungen oder von Analysen der Verkehrsströme angegangen wird, sondern im spezifischen Kontext der Region, an dem der Nulltarif entworfen und umgesetzt wird – mit Unterstützung durch die Kräfteverhältnisse und politische Kämpfe, in Interaktion mit dem räumlichen und sozialen Umfeld und mit den Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Das bedeutet, dass die Politik des Nulltarifs im öffentlichen Verkehr zwar natürlich mit dem Verkehrssektor eng zusammenhängt, aber nicht als reine Verkehrspolitik verstanden werden kann.

Wojciech Kębłowski ist Forscher an der Freien Universität Brüssel. In seiner Dissertationsschrift liefert er eine kritische Perspektive auf den kostenlosen öffentlichen Verkehr.

- Übersetzung aus lavamedia.be: MiWe
- **1** Flausch, A.: *Der kostenlose ÖPNV ist eine Absurdität*, Vortrag auf einer Konferenz mit dem Titel *Kostenloser ÖPNV als Beitrag für eine nachhaltige* Zukunft, Europäisches Parlament in Brüssel am 27.9.2017
- **2** CERTU (Forschungszentrum zu Mobilität und Verkehr), Le débat : la gratuité des transports collectifs urbains ?, Transflash: Bulletin d'information des déplacements urbains départementaux et régionaux, 352, April 2010.
- **3** Dellheim, J., https://www.rosalux.de/publikation/id/9101/nulltarif-per-dekret-versus-transformationsprojekt/
- **4** Van Hulten, M., Return to the « commons ". Vortrag auf einer Konferenz mit dem Titel *Kostenloser ÖPNV als Beitrag für eine nachhaltige* Zukunft, Europäisches Parlament in Brüssel am 27.9.2017
- **5** E. Laystary, Peut-on vraiment lutter contre la pollution via la gratuité des transports ?, 24. April 2015.
- **6** V. Doumayrou, Gratuité : le rôle pilote des villes moyennes, Le Monde diplomatique, Oktober 2012.
- 7 CERTU, op. cit.
- 8 FNAUT (Bund der Fahrgastverbände), Un florilège des

fausses bonnes idées dans le secteur des transports, Pressekonferenz, Paris, 16. September 2011.

- 9 CERTU, op. cit.
- **10** Cats, O., Susilo, Y. O., Reimal, T., « *The prospects of fare-free public transport: evidence from Tallinn* ". Transportation, 2016.
- **11** Duhamel, Y., Gratuité des transports publics urbains et répartition modale. Retour sur rapport final. PR EDIT, ADEME, 2004.
- **12** Michael Brie und Mario Candeias, GERECHTE MOBILITÄT, Postfossile Konversion und kostenloser öffentlicher Nahverkehr, RLS, August 2012
- 13 FNAUT, op.cit.
- 14 Cats, O., Susilo, Y. O., et Reimal, T., op. cit.
- 15 Cosse, E.: Feu vert. Vacarme. 50, 42, 2010.
- **16** Cosse, E.: Feu vert. Vacarme. 50, 42, 2010.
- **17** Dellheim, J., op.cit., 1

ZUR VERUNGLIMPFUNGS-KAMPAGNE DES BDS-AUFRUFS ALS ANTISEMITISCH

Der Bundestag hat im Mai 2019 gemäß dem Antrag aller dort vertretenen Parteien – mit Ausnahme der AfD¹ – einen Beschluss "Der BDS-Kampagne entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen" gefasst.²

■ Walter Wiese

Helmut Dahmer: Ethnische Zugehörigkeit ist eine Frage des Blutes – und des Blutvergießens. Divergenzen

In dem Antrag wird ein Antisemitismus festgestellt, der größtenteils rechtsextrem motiviert ist, und dann heißt es: "Neu tritt durch Zuwanderung ein verstärkter Antisemitismus aus den Ländern Nordafrikas, dem Nahen und Mittleren Osten hinzu". Die Bundesregierung wird aufgefordert, der weltweiten Bewegung "Boycott, Divestment, Sanctions" entschlossen entgegenzutreten.

Die Diffamierung der BDS-Kampagne als antisemitisch überrascht niemanden, der die Israel-Unterstützung der Bundesregierung und Israels Bemühungen zur Verbesserung seines Rufes (Ilan Pappe nennt es auf engl. ,brand') besonders in letzter Zeit verfolgt hat. Der Beschluss ist ein vorläufiger Höhepunkt der BDS-Diffamierung in Deutschland. Er ist aber als grundsätzlich anzusehen: Kritik an Israel wird mit ihrer Aufnahme in die Antisemitismus-Definition der IHR A³ als Antisemitismus geächtet. Es geht offensichtlich darum, Kritik an der Politik Israels zu verhindern.

Wie kam dieser Beschluss zustande? Haben sich die Abstimmenden über die BDS-Kampagne informiert, was man von Bundestagsabgeordneten bezüglich ihres Abstimmungsgegenstandes erwarten könnte? Oder ist er ein bloßer Reflex auf die deutsche Staatsräson bezüglich Israel? Und: Wer legt fest, was Antisemitismus ist?

Der BDS-Aufruf vom 9.7.2005

Boykott war immer eine Sache der Schwachen zur Abwehr von folgenschweren Angriffen. Der historisch belegte und Namen gebende Boykott kam aus Irland, als Ende des 19. Jahrhunderts Bauern aus politischen Gründen einen Verpächter ,boykottierten', als sie sich anders nicht zu helfen wussten: gewaltfrei, gegen den Übermächtigen. So ist das Verhältnis heute im Palästinakonflikt: die militärisch chancenlosen Palästinenser gegen Israel mit seiner zu den modernsten der Welt zählenden Armee.

Zur Erinnerung: Mitte 2002 fing Israel mit dem Bau der Sperrmauer an. Sie stand nicht nur auf israelischem

Gebiet, sondern auch (und mit dem Weiterbau sogar noch mehr) auf palästinensischem Gebiet, jenseits der "grünen Linie" also. In dem Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft vom 9. Juli 2005" wird auf das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshof ein Jahr zuvor verwiesen, das diesen Mauerbau für illegal erklärt hatte. Israel stoppte nicht nur nicht den Mauerbau, sondern setzte seine Kolonialpolitik mit weiterem illegalem Siedlungsbau fort. Weiter heißt es im Aufruf:

- Angesichts Israels anhaltender Verstöße gegen internationales Recht; und aufgrund der Tatsache, dass seit 1948 mehrere UN Resolutionen die koloniale und diskriminierende Politik Israels als illegal verurteilt und sofortige, adäquate und effektive Maßnahmen gefordert haben; und
- aufgrund der Tatsache, dass sämtliche internationalen Interventionen und Friedensbestrebungen nicht in der Lage waren, Israel zu überzeugen oder zu zwingen, den Konventionen des Humanitären Rechts Genüge zu leisten, die grundlegenden Menschenrechte anzuerkennen und die Besatzung und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung zu beenden; und
- in Anbetracht der Tatsache, dass in der Geschichte aufrichtige Menschen in der internationalen Gemeinschaft immer wieder die moralische Pflicht übernommen haben, gegen Unterdrückung zu kämpfen, wie es im Kampf gegen Apartheid in Südafrika die verschiedenen Formen von Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gezeigt haben;
- inspiriert vom Kampf der Südafrikaner*innen gegen die Apartheid, und im Sinne der internationalen Solidarität, moralischen Standfestigkeit und des Widerstands gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung

rufen wir, Repräsentant*innen der palästinensischen Zivilgesellschaft, internationale Organisationen und alle rechtschaffenen Menschen auf der ganzen Welt dazu auf, weitgreifend Boykott und Investitionsentzug gegen Israel durchzusetzen, ähnlich der Maßnahmen gegen Südafrika während der Apartheid. Wir appellieren an Sie, Druck auf Ihren jeweiligen Staat auszuüben, um Embargos und Sanktionen gegen Israel zu erreichen. Wir laden ebenfalls gewissenhafte Israelis dazu ein, diesen Aufruf zu unterstützen, um der Gerechtigkeit und eines echten Friedens willen.

Diese gewaltlosen Strafmaßnahmen müssen solange aufrecht erhalten bleiben, bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, den Palästinenser*innen das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen, das zur Gänze den Maßstäben internationalen Rechts entspricht, indem es:

- 1. die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt:
- 2. das Grundrecht der arabisch-palästinensischen Bürger*innen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt; und 3. die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert,

schützt und fördert.

Wer aus diesen Worten die Absicht der Aufrufenden und Unterstützer herausliest, sie wollten Israel zerstören, fantasiert absichtsvoll und kann nicht ernsthaft behaupten, er habe den Aufruf gelesen bzw. sich damit auseinandergesetzt. Wer die absurde Behauptung, wie sie im Beschluss des Bundestags zum Ausdruck kommt, unterstützt, handelt konsequent im Sinne des rechtsextremen Netanyahu und dessen rassistischer Politik.

Was wird unter Antisemitismus verstanden?

Die Bundesregierung gab hinsichtlich ihres Verständnisses von Antisemitismus auf einer Pressekonferenz vom 20.9.2017 folgende Auskunft:

"Das Kabinett hat heute die von der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken verabschiedete Arbeitsdefinition von Antisemitismus in einer erweiterten Form zur Kenntnis genommen. Die Verabschiedung dieser Arbeitsdefinition im Plenum der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken im Mai 2016 geht auf eine deutschrumänische Initiative zurück.

Die Definition lautet in der erweiterten Form wie folgt: ,Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein."

Mit der Kabinettsbefassung verfolgt die Bundesregierung das Ziel, erneut die Verantwortung Deutschlands bei der Bekämpfung von Antisemitismus zu betonen. Darüber hinaus soll sie gegenüber unseren Partnern und internationalen Organisationen der außenpolitischen Glaubwürdigkeit noch stärker Gewicht verleihen.

Die Arbeitsdefinition in der erweiterten Form soll in der Schul- und Erwachsenenbildung sowie in den Bereichen Justiz und Exekutive berücksichtigt werden, soweit dies nicht sowieso schon in dieser oder ähnlicher Form der Fall ist."

Der Wortlaut der IHRA-Definition ist rechtlich in keiner Weise bindend. Die IHRA ist eine Institution mit Sitz in Berlin.

Die israelische Politik (mit Unterstützung durch den "Westen", nicht zuletzt Deutschlands) ist ständiger Quell palästinensischen Leidens. Die permanente Landokkupation, wenn für nötig erachtet verbunden mit Häuserzerstörung, Gefangennahme sich wehrender Angegriffener, Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen (Olivenbaumbestände) und Vertreibung der einheimischen Landbevölkerung sind so alltäglich, dass sie in der hiesigen bürgerlichen Presse ganz selten Erwähnung finden, wohl auch aus Gründen der Staatsräson. Diese ist ihr wohl wichtiger als die Achtung von Menschenrechten.

Praktisch soll in Deutschland jede Kritik an diesem Alltag mittels Staatsräson verhindert werden. Sie hat nicht nur eine Kritikverhinderung zur Folge, sondern in ihrer Logik auch staatliche Institutionen hervorgebracht, die auf die Einhaltung dieser Räson hinwirken sollen. Der Antisemitismusbeauftragte des Bundes mit seinen auf Länderebene arbeitenden Kollegen könnten so was wie ein Blockwartsystem entwickeln, das bis hin zu Denunzierung abweichender Haltungen tendiert. Damit sollen Veranstaltungen im öffentlichen Raum mit israelkritischer Tendenz verhindert werden. So werden zunehmend Auseinandersetzungen mit diesem Thema nicht mehr möglich sein, geschweige denn eine unterstützende Solidarität für die unterdrückte palästinensische Bevölkerung. Hierunter fallen auch Aktionen oder Veranstaltungen zum Thema BDS. Beispiele gibt es bereits: Frankfurt, München, Köln, Göttingen⁴ usw. Infolgedessen sind auch durchaus Denkverhinderungen' und -tabus möglich: Das ist dann Nährstoff für tatsächlichen Antisemitismus.

Nationalstaatsgesetz

Israels Bemühungen, nach außen rechtsstaatlich zu wirken, sind grotesk. So soll z. B. das Nationalstaatsgesetz⁵ künftiges völkerrechtswidriges Handeln Israels den Schein von Legalität geben. Hier kommt schlicht die Macht des Stärkeren zum Ausdruck.

Das Gesetz "Israel – Der Nationalstaat des jüdischen Volkes", allgemein bezeichnet als Nationalstaatsgesetz, auch Nationalgesetz oder Nationalitätengesetz, ist ein Gesetz des Staates Israel, das den jüdischen Charakter des Staates festschreibt und die nationalen Werte des Staates Israel rechtsverbindlich verankert. Es hat verfassungsähnlichen Rang. Darin wird festgeschrieben, dass Israel die "nationale Heimstätte des jüdischen Volkes" und das

vereinte Jerusalem die Hauptstadt ist. Hebräisch wird zur alleinigen Nationalsprache erklärt, während Arabisch, das in Israel bisher ebenfalls offizielle Sprache war, nur einen nicht näher definierten Sonderstatus erhielt. Betont wird auch, dass jüdische Siedlungen in Israel im Interesse des Nationalstaates seien. Das Gesetz wurde am 19. Juli 2018 nach achtstündiger Debatte mit 62 Stimmen bei 55 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen in der Knesset verabschiedet. Dem ging eine jahrelange Debatte voraus. Für Ministerpräsident Netanjahu ist die Verabschiedung des Gesetzes ein "Schlüsselmoment in der Geschichte des Zionismus und des Staates Israel". Israel sei der Staat des jüdischen Volkes, der zugleich die Bürgerrechte aller Einwohner respektiere. Arabische Abgeordnete hingegen verurteilten das Gesetz.

Ein paar wesentliche Merkmale dieses Gesetzes:

"Das Land Israel, in dem der Staat Israel gegründet wurde, ist die historische Heimat des jüdischen Volkes. Dieser Staat Israel ist die nationale Heimstätte des jüdischen Volkes, in der es sein Recht auf nationale, kulturelle, historische und religiöse Selbstbestimmung ausübt.

Die Hauptstadt des Staates Israel ist das ganze und vereinigte Jerusalem. [...] Die Amtssprache des Staates Israel ist Hebräisch. Arabisch hat in Israel einen Sonderstatus; der Gebrauch des Arabischen in Behörden wird von Einzelgesetzen geregelt. Der bisherige Gebrauch des Arabischen wird durch dieses Gesetz nicht eingeschränkt.

Es ist ein Staatsziel, die Sicherheit aller Mitglieder des jüdischen Volkes zu gewährleisten, die wegen ihres Judeseins oder wegen ihrer Staatsangehörigkeit in Gefahr oder in Gefangenschaft sind. Der Staat Israel vertieft die Beziehungen zur jüdischen Diaspora. Er bewahrt das kulturelle, historische und religiöse Erbe der Diaspora.

Der Staat Israel sieht im jüdischen Siedlungsbau [im Westjordanland] einen nationalen Wert. Er ermutigt und unterstützt den Bau und die Konsolidierung jüdischer Siedlungen."

Hinsichtlich des Grundrechts der arabisch-palästinensischen Bürger Israels hat sich mit dem Staatsgesetz vom 19.7.2018 die Situation erheblich verschlechtert. Zudem sind alle nicht jüdischen Menschen, die im von Israel als Staatsgebiet beanspruchten Gebiet leben, nur noch Anwesende. Staatlicher Schutz, so ist dem zu entnehmen, steht ihnen nicht zu.

Das angebliche Rückkehrrecht der Jüdinnen und Juden nach Palästina, abgeleitet aus ihrer Religion, ist für Israel Staatsräson und gehört zu den Gründungsmythen;

demgegenüber gilt international das Rückkehrrecht der Palästinenser*innen als anerkanntes Menschenrecht, wird aber von Israel geleugnet.

Shir Hever schreibt in der Sozialistischen Zeitung (SOZ)vom September 2018 u.a.: "Israel ist kein Nationalstaat." "2013 befand der Oberste Israelische Gerichtshof, dass es keine "israelische Nationalität" gäbe. Und in der Tat: Nichtjuden können in den Genuss einiger elementarer Bürgerrechte gelangen – etwa das Recht auf Ausbildung bis zum 16. Lebensjahr, das Recht auf Krankenversicherung, Wahlrecht bei lokalen und nationalen Wahlen sowie Zugang zu öffentlichen Diensten (Gerichtshöfen, Sozialversicherung usw.). Aber umfassende Staatsbürgerrechte wie die Achtung der eigenen Sprache und Religion, das Recht auf Vertretung bei den Behörden (vor Gericht, bei Polizei und Armee) oder das Recht, Kundgebungen und Demonstrationen anmelden zu dürfen, werden ausschließlich Juden zuerkannt."

Shlomo Sand (Hochschullehrer in Tel Aviv) hat sich vor etwa einem Jahr in diesem Zusammenhang sarkastisch über "die plötzliche Aufregung über Rassismus" im Zusammenhang mit dem Nationalstaatsgesetz geäu-Bert. Er stellte die Frage, "ob das zionistische Unternehmen ohne eine ethnozentrische Politik, die bei Journalisten und der Allgemeinheit als Rassismus bekannt ist, überhaupt durchführbar gewesen wäre? Nicht nur wurden von früh an nur ausschließlich jüdische Siedlungen befürwortet, sondern auch den Neuankömmlingen immer noch mehr Land zugewiesen, das den Einheimischen gehörte. [...] Die Siedlungsbewegung hat den Traum der zionistischen Linken von zwei Staaten, einem israelischen und einem palästinensischen, von der Tagesordnung verdrängt. Die Lösung, die nunmehr am Horizont sichtbar wird, läuft darauf hinaus, das in den besetzten Gebieten schon seit 50 Jahren eingeführte Apartheidregime auszuweiten und auf den gesamten

EIN APPELL AUS ISRAEL AN MEINE DEUTSCHEN FREUNDE

Oft habe ich wohlmeinende deutsche Freunde sagen hören, dass sie meine Kritik an der Politik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern verstehen. Manchmal gaben sie sogar zu, sie zu unterstützen. Laut sagen wollten sie das aber nicht. Ihr eigenes Zögern bei der Äußerung von Kritik ist mir verständlich. Die Last der Geschichte kann nicht abgewaschen werden.

Es gibt jedoch Zeiten, in denen der Preis für ein solches Verhalten zu hoch und seine Aufrechterhaltung gefährlich wird, in denen das Versagen, zwischen Antisemitismus und legitimer Kritik zu unterscheiden, zu moralischer und intellektueller Bequemlichkeit, ja Faulheit wird. Wir erleben jetzt solche Zeiten.

Benjamin Netanjahu kündigt Annexion großer Teile der Westbank an

Benjamin Netanjahu hat die völkerrechtswidrige Annexion großer Teile der Westbank angekündigt. Israels Verkehrsminister Bezalel Smotrich hat angedeutet, dass Apartheid die Lösung des Konflikts mit den Palästinensern sein sollte. Bildungsminister Rafi Perez äußerte sich ähnlich.

Es sind aber nicht nur Juden und Palästinenser im Nahen Osten, die den Preis für Passivität zahlen. Die Deutschen bezahlen auch selbst. Mit Hunderten von jüdischen und israelischen Gelehrten beobachte ich, wie das politische System in Deutschland rapide die freie Rede erodiert, wenn es um Israel und Palästina geht, und wie der öffentliche Diskurs in Diffamierung und Rufmord abgleitet.

Bundestag setzt BDS mit Antisemitismus gleich

Ein Katalysator dafür war der Bundestagsbeschluss, der die Bewegung für einen Boykott. Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) gegen Israel mit Antisemitismus gleichsetzte und damit praktisch aus dem öffentlichen Raum verbannte, obwohl viele, wenn nicht die meisten Antisemitismusforscher, darunter die Professoren Wolfgang Benz und Moshe Zimmerman, geltend machen, dass BDS als solches nicht antisemitisch sei. Wie ich, unterstützen beide nicht BDS.

Die schwerwiegenden Folgen des Beschlusses treten bereits zutage. Die deutsche Bank für Sozialwirtschaft kündigte der Organisation "Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost" das Konto, weil sie zu dem Schluss kam, dass diese Juden wegen ihrer Unterstützung von BDS eigentlich selbst Antisemiten seien.

240 jüdische und israelische Wissenschaftler wenden sich an den Bundestag

Der Leiter des Jüdischen Museums Berlin, Professor Peter Schäfer, einer der weltweit angesehensten Judaisten, musste zurücktreten, nachdem die israelische Botschaft und Vorsitzende jüdi-

Staat Israel anzuwenden, wenn sich der Konflikt intensivieren sollte" (Der Semit vom 7. 8. 2018).

Die Arroganz der Enkel

Die Beurteilung Israels durch einen Israeli (Shlomo Sand oder Moshe Zuckermann usw.) wird wohl von den hiesigen Israelfreunden als Ausdruck von "jüdischem Selbsthass" angesehen: Der Jude hasst sich, weil er Jude ist; in einen Juden projizierter - eigener? - Judenhass. Eine solche Arroganz sucht ihresgleichen. Die Enkel der Täter schreiben den Enkeln der Opfer vor, wie sie die Welt - und hier deren Zuhause - zu sehen haben.

Solch ein Verhalten ruft Empörung bei humanistisch orientierten Israeli hervor. In der Tat erscheint es grotesk, wenn die Enkel der Judenmörder den Enkeln der Überlebenden Antisemitismus, die Triebfeder der Shoa, vorwerfen. So ist die Empörung von Nirit Sommerfeld berechtigt, die sich gegen den Vorwurf des Antisemitismus, der der

Organisation Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost gemacht wurde, in einem offenen Brief wandte. Sie deckt die eigentliche Absicht auf, nämlich Kritik an einer "rechtsgerichteten, rassistischen, kriegsführenden Regierung" – zu verhindern, "mundtot zu machen".

In ihrer Laudatio an die o.g. Organisation anlässlich der Überreichung des diesjährigen Friedenspreises wendet sie sich gegen den Oberbürgermeister von Göttingen, die Präsidentin der Universität Göttingen und den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Göttingen, die die Preisverleihung in Räumen der Universität verhinderten und verweist auf die Vorgehensweise der - ansonsten die Preisverleihung unterstützenden – Sparkasse: Diese wandte sich – quasi Gutachten suchend – an den Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung nach seiner Einstufung der "Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost". Er schlug deren Befragung vor, die diese aber ablehnte.6

scher Organisationen, flankiert von israelischen Medien und deutschen Publizisten, ihm vorgeworfen hatten, "antijüdisch" zu sein. Das Museum hatte gewagt, auf den Aufruf von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftlern an die Regierung hinzuweisen, dem Bundestagsbeschluss nicht zu folgen. Ich war einer der Initiatoren des Aufrufs und bin entsetzt darüber, wie mit Professor Schäfer verfahren worden ist.

Dies ist die Spitze des Eisbergs. Palästinensern ist es verboten zu protestieren, Wissenschaftler, die im Verdacht stehen, mit BDS zu sympathisieren, werden nicht zu Konferenzen eingeladen, und der renommierte Historiker David N. Myers, der sich öffentlich gegen BDS gestellt hat, wird nicht in den Beirat des Jüdischen Museums Berlin aufgenommen, weil er dem New Israel Fund vorsteht, der auch kritische israelische NGOs unterstützt und dabei keinerlei Verbindung zu BDS hat.

Deutschlands Politik sollte nicht der Ungarns, Polens und Israels ähneln

Ich warne meine Freunde in Deutschland wegen unserer Erfahrungen in Israel: Es steht noch mehr Ärger bevor, falls Sie die Grundsätze der Demokratie, die Meinungsfreiheit und eine prinzipientreue Außenpolitik nicht energisch verteidigen. Wenn Sie nicht für diese Werte kämpfen, gerade auch im Kontext sensibler Themen, könnte sich Deutschland in fünf oder zehn Jahren in ein weiteres illiberales Bollwerk verwandeln. Seine Politik könnte dann der Israels, Ungarns und Polens ähneln.

Es ist schwer vorstellbar, wie schnell solche Verschiebungen stattfinden. Wenn Sie es merken, werden Sie sie nicht mehr rückgängig machen können. Sie werden dann verstehen, dass einer der Meilensteine auf dem Weg zum Abgleiten darin bestand, dass Sie es in einem Klima des um sich greifenden Populismus politischen Akteuren erlaubten, "Antisemitismus" zynisch oder arglos zu nutzen und Deutschland von seiner mühsam errungenen demokratischen und liberalen politischen Kultur wegzulenken.

Die Demokratie benötigt aktive Bürger

Die Geschichte lehrt uns, dass der Schutz einer Demokratie des Mutes aktiver Bürger bedarf, denn wenn zu viele anständige Menschen davon absehen, die ihr zugrundeliegenden Prinzipien und Regeln zu verteidigen, wankt oder fällt sie.

Deutsche, die diese Werte schätzen und sich um die Integrität Israels sorgen, müssen jetzt ihr ängstliches Zögern überwinden und sich dem israelischen und jüdischen demokratischen Lager anschließen. Sie müssen die Energie aufbringen, zwischen Antisemitismus und Manipulationen zu unterscheiden, die Israel vor der legitimen Kritik an seinen Rechtsbrüchen schützen sollen. Dazu gehört auch, die Verantwortung für jüdisches Leben in Deutschland von Versuchen zur Verzerrung des demokratischen Systems zu unterscheiden. Amos Goldberg

Amos Goldberg ist Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem und Spezialist für die Erforschung des Holocausts.

Die Existenz solcher Beauftragten und ihre Unterbeauftragten auf Länderebene zeigt das Problem der Antisemitismusverfolgung. Diese Beauftragten arbeiten bedingungslos für Israel und unterscheiden nicht Kritik von Diffamierung. Die deutsche Staatsräson legt das so fest. Das schlechte Gewissen der Holocaustwiedergutmacher macht sie blind für das Leiden der vom Staat Israel täglich gedemütigten, verdrängten und gequälten einheimischen Bevölkerung. Kritisieren Israelis ihre Regierung wegen deren Politik, werden sie als selbsthassende Juden bezeichnet. Offensichtlicher kann sich diese Form von Antisemitismus gar nicht ausdrücken.

Der Beschluss des Bundestages und die jahrzehntelange Politik der Bundesregierung sind Ausdruck einer unbedingten Einheitsfront für das zionistische Israel. Das Ganze ist Teil der deutschen geopolitischen Ausrichtung, nämlich mit der Unterstützung des Kettenhundes des Imperialismus (so bezeichnete die Zeitung Haaretz schon 1951 Israel) einen Stachel im Fleisch der Staaten des Nahen Ostens zu bewahren.

Umfragen zeigen seit geraumer Zeit eindeutig Sympathieverluste Israels und ansteigende Sympathiewerte für die Palästinenser*innen. Das könnte auf Einzelpersonen Einfluss ausüben, dürfte aber insgesamt – zumindest vorläufig - ohne positive Konsequenzen bleiben.

Der Aufruf "Befreit euch, indem ihr Palästina befreit" von Seiten des ehemaligen Erzbischofs Tutu (Südafrika) hat emanzipatorisches Handeln im Sinn, wenn er Israelis und Palästinenser drängt, jenseits ihrer Staatsführer nach einer nachhaltigen Lösung der Krise zu suchen.⁷

Es bleibt dabei: Der Konflikt in Israel-Palästina kann nur dort und gemeinsam von den Betroffenen gelöst werden. Die Überwindung des kolonialistischen Regimes Zionismus ist eine entscheidende Aufgabe, der sich die israelische Bevölkerung zu stellen hat. Hat sie Erfolg, wird auch die Zwei-Staaten-Lösung und erst recht der heutige Apartheid-Staat vom Tisch sein und endlich ein gemeinsames Zusammenleben möglich werden.

Bis dahin ist es noch weit. Wir können von hier aus nur die humanistischen, solidarisch orientierten Kräfte unterstützen. Aufrufe dazu gibt es genug. Nicht nur der BDS-Aufruf, sondern auch jüngst von 240 israelischen Wissenschaftlicher*innen und von Amos Goldberg (der Semit vom 25.7.2019)

August 2019

- **1** Der AfD-Antrag ging noch weiter.
- 2 (http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19102.pdf).
- 3 Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA, Internationale Allianz zum Holocaustgedenken) ist eine 1998 gegründete zwischenstaatliche Einrichtung.
- 4 https://palaestina-nachrichten.de/2019/03/10/goettingerfriedenspreis-2019-schneiden-sie-von-ihrer-zivilcourage-einpaar-scheiben-ab-und-verteilen-sie-sie-in-der-stadt/
- 5 Nationalstaatsgesetz (Israel): https://de.wikipedia.org/wiki/ Nationalstaatsgesetz_(Israel) /12.01.19-1835
- 6 https://palaestina-nachrichten.de/2019/03/10/goettingerfriedenspreis-2019-schneiden-sie-von-ihrer-zivilcourage-einpaar-scheiben-ab-und-verteilen-sie-sie-in-der-stadt/
- 7 Zeitschrift 4/2014 der Informationsstelle Südliches Afrika (issa), Bonn

EIN BEITRAG ZUR KLASSENZUGEHÖRIGKEIT

Die folgenden Ausführungen setzen sich mit der Frage auseinander: Wer hat ein objektives Interesse an einer radikalen Umwälzung der herrschenden Gesellschaftsordnung? Der erste Teil geht kritisch auf einen Beitrag von Thomas Goes ein.¹ Im zweiten Teil soll positiv dargestellt werden, wie eine Klassenanalyse aussehen könnte. Im dritten Teil werden einige daraus abzuleitende Schlussfolgerungen zur Diskussion gestellt.²

■ Jakob Schäfer

Trotz einiger Änderungen im Verlauf der letzten zwei Jahre ist Thomas Goes' Konzeption einer Klassenanalyse nur vor dem Hintergrund zu verstehen, den er in der Einleitung zu seinem neuesten Beitrag folgendermaßen umreißt: "Und schließlich, drittens, die Vertreter*innen einer populistischen Klassenpolitik, die sich auf linkspopulistische Strategien beziehen. Theoretischer Bezugspunkt sind dabei für einige die popular zugänglicheren Arbeiten des Postmarxismus, nicht zuletzt von Chantal Mouffe, für andere eine an Gramsci und Poulantzas orientierte Gesellschaftsanalyse (Goes/ Bock 2017)."3

I. Kritische Betrachtung des Beitrags von Thomas Goes

Vor allem nach der Lektüre des Beitrags in Candeias/ Dörre/Goes stellt sich die Frage nach der Zielsetzung. Goes formuliert es so: "Wie mobilisieren sich Klassen, ausgehend von den Klassenstrukturen? Über welche Ressourcen verfügen sie, welche Rolle spielen ideologische Vergesellschaftung und subjektive Verarbeitungsweisen? Diese Fragen bewegen sich an der Schnittstelle zu der Frage nach Potenzialen für eine verbindende Klassenpolitik."4 Es drängt sich allerdings der Verdacht auf, dass

es bei seinen Einteilungen in verschiedene "populare Klassen" um eine theoretische Rechtfertigung für die politische Strategie des Linkspopulismus geht, die er zusammen mit Violetta Bock in ihrem gemeinsam geschriebenen Buch dargelegt hatte und auf die ich bereits kritisch eingegangen bin.⁵

Wir wollen uns hier auf den Beitrag für die Zeitschrift Z konzentrieren und die Frage stellen, ob der Versuch "verbindender Klassenpolitik" überhaupt Sinn macht, wenn man vorher die Klasse analytisch auseinandergeris-

Goes' besagter Beitrag hat gegenüber so manchen anderen Artikeln der letzten Zeit den unzweifelhaften Vorzug, dass er sich nicht an nur einem Kriterium zur Bestimmung der Klassenzugehörigkeit festhält. Dennoch sind gravierende Einwände vorzubringen.

Goes unterscheidet das traditionelle Kleinbürgertum (Kleinunternehmer und Handwerker, Kleinhändler ...) vom "neuen Kleinbürgertum". Zu letzterem rechnet er die "Soloselbständigen". "Sie besitzen Produktionsmittel, arbeiten selbst und beschäftigen nur ergänzend sehr wenige Arbeitskräfte. Zu unterscheiden ist davon das Kleinkapital, das regulär mehrere Arbeitskräfte beschäftigt." (Goes, in Z, a. a. O. S. 116)

Hier nun aber klärt Goes nicht ausreichend, wo denn die Grenzen verlaufen, etwa auf der einen Seite zu den Scheinselbständigen und auf der anderen Seite gegenüber dem traditionellen Kleinbürger, also beispielsweise dem kleinen Handwerker, der ständig Beschäftigte hat, aber eben nur zwei oder drei.

Beim "neuen Kleinbürgertum" wäre der Begriff der Zwischenklasse (m. E. besser: Zwischenschicht) in gewisser Weise berechtigt, denn es ist nicht von vornherein ausgemacht, wohin diese Gruppe von Menschen (wenn wir sie denn mal klarer abgegrenzt haben) soziologisch tendiert. Genau genommen, trifft dies aber auch auf große Teile des "alten" Kleinbürgertums zu, weshalb es durchaus genügen würde, innerhalb des Kleinbürgertums zwischen alten (traditionellen) Schichten und neuen Schichten zu unterscheiden.

Hilft die Kategorie der "Zwischenklasse" weiter?

Wenig hilfreich und eher irreführend ist meines Erachtens die Begrifflichkeit der "lohnabhängigen Zwischenklasse", die Thomas Goes für unterschiedliche Schichten benutzt, die er - entlang seiner Kriterien - weder der Bourgeoisie noch der Arbeiter*innenklasse noch dem alten oder dem neuen Kleinbürgertum zurechnet.

Schon bei der Begründung für diese Einteilung kann ich nur zum Teil mitgehen. Er schreibt: "Zur Arbeiter*innenklasse gehört man nicht aufgrund einer bestimmten Einkommenshöhe, aufgrund von Qualifikation bzw. Bildungsabschlüssen (und auch nicht aufgrund der schieren Lohnabhängigkeit) [soweit ist dies noch völlig unstrittig], sondern aufgrund einer grundsätzlich konflikthaften Beziehung zum Kapital, die mit sozioökonomischer Verwundbarkeit, Ausbeutung und Disziplinierung der Arbeitskraft verbunden ist (Moody 2014, 7)6."⁷

Er erläutert sodann: "Entscheidend für die Klassenzugehörigkeit ist die Stellung innerhalb der gesamten gesellschaftlichen Arbeitsteilung (Dörre a. a. O. S. 44). Dazu gehört neben einer ökonomischen auch eine politische und ideologische Arbeitsteilung (Poulantzas 1975, 14)⁸ Wie oben bereits angedeutet wurde, liegt sie der Herausbildung von Apparaten zugrunde, die Herrschaft über und Integration der Arbeiter*innenklasse organisieren und so zur Reproduktion der Klassenverhältnisse beitragen. Das sind zum einen bürokratische Apparate innerhalb der Unternehmen und damit Teile des 'Gesamtarbeiters', die bürokratische Kontrolle ausüben und aufgrund der geistigen Arbeitsteilung Wissen monopolisieren. Beides trägt zur Beherrschung der enteigneten unmittelbaren Produzent*innen

bei. Zum anderen sind es die ideologischen und repressiven Apparate, des Staates [....]" (Goes in Z 118, S. 117).

Und weiter: "Angehörige der lohnabhängigen Zwischenklasse arbeiten in diesen Apparaten [....]" Dann zitiert er Milios/Economakis9: "Sie [die Angehörigen der Apparate] üben folgende Funktionen aus: Sie sichern die Extraktion des Mehrwerts, z. B. indem sie den Produktionsprozess überwachen und kontrollieren (Techniker, Ingenieure). Sie sichern die Kohäsion der kapitalistischen Macht (staatliche Verwaltung, Justizapparat, Militär usw.) sowie die Systematisierung und Verbreitung der herrschenden Ideologie, etwa durch das Erziehungswesen." (Goes a. a. O. S. 117 f)

Da wird nun plötzlich die Berufsausübung und der Arbeitsplatz - wenn er Teil des Beherrschungs- und Unterdrückungsapparats ist - so entscheidend, dass die Frage der materiellen Lage der Betroffenen für die Klassenzugehörigkeit plötzlich gar keine bedeutende Rolle mehr spielt. Und da man diese Menschen nicht dem Bürgertum zuordnen kann, erklärt Goes sie zur "Zwischenklasse", und zwar völlig unabhängig von den großen Unterschieden materieller Absicherung innerhalb dieser Personengruppe, von den konkreten Arbeitsinhalten noch ganz abgesehen!

Um es etwas plastischer zu machen: Gemäß dieser Analysemethode wechselt z. B. ein Ingenieur mit einem Jahreseinkommen von beispielsweise 45 000 € mit seinem Arbeitsplatz (innerhalb desselben Unternehmens) von einer beaufsichtigenden Tätigkeit zu einer rein technischen Tätigkeit - wenn er z. B. ins Konstruktionsbüro (an eine CAD-Anlage) versetzt wird – nicht nur den konkreten Arbeitslatz (das Büro), sondern auch seine Klassenzugehörigkeit. Vorher war er Teil der "lohnabhängigen Zwischenklasse" und jetzt ist er Teil der Arbeiter*innenklasse. Und all dies, obwohl er nicht abgruppiert wurde, keine Änderungskündigung bekommen hat, er die ganze Sache auch nicht als Disziplinierung versteht, ja vielleicht als Aufstieg und Chance auf künftige Einkommenssteigerungen usw. Trotzdem befindet er sich nach seiner Versetzung (und möglicherweise materiellen Besserstellung) näher am Proletariat als vorher? Oder gehört er jetzt immer noch zu lohnabhängigen Zwischenklasse, weil er ja über Wissen verfügt? Würden in dem Fall nicht zig Millionen Beschäftigter zur lohnabhängigen Zwischenklasse gehören?

So muss die Kategorie der "lohnabhängigen Zwischenklasse" doch als eine willkürliche erscheinen.

Nicht auf den Status kommt es an

Ganz bestimmt ist die konkrete Funktion eines beim Staat oder einem Unternehmen Beschäftigten von nicht

unerheblicher Bedeutung. Aber dies macht sich nicht jedenfalls nicht ausreichend oder gar erschöpfend - an dem Status oder dem Arbeitsplatz fest. Thomas Goes schlägt (neben den Ingenieuren, Technikern usw.) ganz einfach alle "1,8 Mio. Beamte, Richter*innen und Soldat*innen" der "lohnabhängigen Zwischenklasse" zu. Was ist z. B. mit den einfachen Postbeamt*innen oder Bahnbeamt*innen, die es ja immer noch gibt? Oder mit vielen Landesbeamt*innen, die nur begrenzte (oder gar keine) hoheitlichen Tätigkeiten ausüben? Mit wem haben sie real mehr gemeinsam: mit dem Facharbeiter beim Daimler oder mit einem Vertreter des Kleinbürgertums bzw. des Bürgertums? Anderes Beispiel: Ist ein Scheinselbständiger, der zwar einen eigenen Lkw hat, der aber von den Transportaufträgen eines Großunternehmens abhängig ist, nun ein Kleinbürger oder ist er nicht doch sinnvollerweise faktisch der Arbeiter*innenklasse zuzurechnen? Was spielt die größere Rolle, die formale Unabhängigkeit oder die tatsächliche Abhängigkeit von den Verwertungsinteressen der auftraggebenden Großunternehmen?

In dem 2017 zusammen mit Violetta Bock veröffentlichten Buch und deutlicher noch in der Erwiderung auf die Kritik an ihrem Buch¹⁰ hatten Thomas Goes und Violetta Bock die Staatsbediensteten (zusammen mit anderen "nicht-produktiv" Beschäftigten) dem nicht mehrwertproduzierenden "lohnabhängigen Kleinbürgertum" zugerechnet.11

Nun (in ZNr. 118) nennt Thomas Goes diese Personengruppen "lohnabhängige Zwischenklasse". An den Verwirrung stiftenden Kriterien hat das aber leider nichts wirklich geändert. Deswegen können wir zu der grundsätzlichen Frage Lutz Getzschmann zitieren: "Nun hat die stürmische Entwicklung der Produktivität wie auch die Ausweitung und Umstrukturierung des Staates und der diversen Dienstleistungs- und Reproduktionsformen der Klasse und der Produktionsverhältnisse dafür gesorgt, dass in der Tat ein erheblicher Teil der Lohnarbeiter*innenklasse nicht mehr unmittelbar an der Mehrwerterzeugung beteiligt ist, dafür aber daran, die Reproduktion der Ware Arbeitskraft zu gewährleisten, namentlich im Erziehungs-, Bildungs- und Sozialbereich sowie in den Gesundheitsberufen. Und selbstverständlich gehören, allen Illusionen der Betroffenen zum Trotz, auch diese Gruppen, wie Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Lehrer*innen zwar nicht zum unmittelbar mehrwerterzeugenden Kern der Lohnarbeiter*innenklasse, aber durchaus zur Lohnarbeiter*innenklasse als solcher.

Die Bedingungen, unter denen sie an der Reproduktion der Ware Arbeitskraft arbeiten, unterscheiden sich sicherlich von Land zu Land. Anders als in Deutschland sind etwa die Lehrer*innen in den meisten Ländern weder verbeamtet noch besonders gut bezahlt und stellen in den Arbeiter*innenbewegungen dort häufig einen recht militanten und organisierten Teil der Klassenavantgarde dar."12

Und: "Dieses Spektrum umfasst ferner das Krankenpflegepersonal und das reguläre ärztliche Personal in den Krankenhäusern, die für die gesundheitliche Wiederherstellung der Arbeitskraft zuständig sind, bis hin zu Sozialarbeiter*innen, deren Aufgabe um die soziale und psychologische Einhegung der aus dem teilweise oder ganz, temporär oder dauerhaft aus dem Verwertungsprozess für das Kapital herausgefallenen Lohnarbeiter*innen kreist und deren Tätigkeitsfeld zum Teil auf die Wiedereingliederung der Betroffenen in den Arbeitsprozess, teilweise auf die Verminderung der sozialen Folgekosten für Staat und Kapital abzielt, sind all diese Beschäftigten mit unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen, Qualifikationsprofilen und Arbeitsbedingungen als unproduktive Arbeiter*innen anzusehen, deren Kosten für Arbeitsmittel, Löhne und benötigte Infrastruktur über Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge in die Gesamtrechnung des Werts der Ware Arbeitskraft eingehen."¹³

"Oder um ein anderes Beispiel zu nennen: Die Beschäftigten in einem privatisierten Krankenhaus, etwa des Asklepius-Konzerns, mit deren Arbeit Mehrwert erzeugt wird und die der direkten Marktkonkurrenz unterworfen sind, sind in keiner anderen Weise lohnabhängig als die Beschäftigten eines öffentlich-rechtlichen Kreiskrankenhauses und auch klassenmäßig nicht anderes zu fassen. Alles andere wäre absurd. [...] Worin soll eigentlich hinsichtlich des Arbeitsinhalts und ihrer Funktion für das Kapital und den ideellen Gesamtkapitalisten - der Unterschied zwischen einer verbeamteten und einer angestellten Lehrkraft, einer prekären Honorarlehrkraft des Staates und einer solchen bei einem privaten Bildungsträger bestehen?"14

In der Zwischenzeit (zumindest mit dem Artikel in Z Nr. 118 vom Juni 2019) erkennt Goes sehr wohl die Rolle des "Gesamtarbeiters", wie Marx ihn nennt, an. Aber mit der Heraussonderung der Faktoren "Wissen" und "Macht" als entscheidende Kriterien ordnet er einen bedeutenden Teil der Arbeiter*innenklasse zwar jetzt nicht mehr dem Kleinbürgertum zu, aber der "lohnabhängigen Zwischenklasse", was weiterhin nicht überzeugen kann.

In ähnlicher Form verfährt Goes auch in seinem Beitrag in Candeias/Goes/Dörre (a. a. O.) und führt hier zum ersten Mal auch eine Grafik an, in der die verschiedenen Schichten und Klassen mit Prozentzahlen versehen sind (a. a. O. S. 89). Leider wird überhaupt nicht ersichtlich, auf welche Weise er zu diesen Prozentzahlen kommt. Schlimmer noch: In der Tabelle auf der gleichen Seite ist z. B. in der Spalte "Lohnabhängig" (die andere Spalte ist mit Besitzer*innen von Produktionsmitteln" überschrieben) – nach der Kategorie "Klasse der Arbeiter*innen" und der Kategorie der "lohnabhängigen Zwischenklasse" in der letzten Zeile folgende Kategorie aufgeführt: "Bürgertum – leitende Manager*innen und Staatsspitzen." Ihm fällt gar nicht auf, dass hier der Begriff "Lohnabhängigkeit" jeglichen materiellen Inhalts beraubt ist.

II. Zur positiven Bestimmung einiger Elemente für eine Klassenanalyse.

1. Die auf der Warenproduktion basierende Wirtschaftsordnung ist die Grundlage für die Klassenspaltung, für die daraus resultierenden gegensätzlichen Interessen und für die sich daraus ergebenden destruktiven gesellschaftlichen Auswirkungen. Negativ betroffen ist die große Mehrheit der Bevölkerung.

Die Untersuchung der Klassenspaltung ist deshalb keine selbstgenügsame soziologische Betrachtung von Statistiken oder Statusunterschieden. Es muss dabei immer darum gehen, herauszufinden, wer in der warenproduzierenden Gesellschaftsordnung welche objektiven Interessen hat, um daraus ableitend ein Programm zu entwickeln, das auf eine Überwindung nicht nur der existierenden Klassenspaltung, sondern der Klassengesellschaft überhaupt abzielt.

Meinungen und aktuelle Bewusstseinsstände dürfen nur die Vermittlung des Programms beeinflussen (an welchem Punkt setzt man am günstigsten an und wie bringt man die Argumente am besten "rüber"), nicht aber die strategische Orientierung.

Für die Entwicklung eines solchen Programms, das nicht am Schreibtisch zu entwerfen ist (!), wofür aber der "organische Intellektuelle" (Gramsci) wichtige Beiträge liefern sollte, tun sich folgende Schwierigkeiten auf:

Die Herrschenden sind bestrebt (und dabei auch großenteils erfolgreich), die Klassenspaltung entweder als nicht gegeben oder zumindest als naturgegeben erscheinen zu lassen. Dies wird heute ganz besonders durch Statuszuschreibungen oder Selbstzuschreibungen be-

fördert, die genau von dieser Klassenspaltung ablenken. Dazu zählen solch willkürlichen Unterscheidungen wie Arbeiter – Angestellte oder Mittelschicht – Unterschicht usw. Auch die Zuschreibungen "oben" und "unten" sind für die kollektive Ausarbeitung eines umstürzlerischen Programms durch die Betroffenen nicht hilfreich. Sie sollten bestenfalls eine Auswirkung auf den Anknüpfungspunkt für die Diskussion haben. Zentrales Anliegen klassenkämpferischer Kräfte muss es sein, dieses "Oben" und dieses "Unten" zu konkretisieren und begrifflich wie auch inhaltlich *zu korrigieren*, weil sonst eine vorwärtstreibende Diskussion verbaut bleibt.

Die Unterschiede bei Entgelt und Arbeitsbedingungen sind innerhalb des Bereichs, den man früher als den "Arbeiterbereich" bezeichnete, viel bedeutsamer als der Unterschied zwischen einer Facharbeiterin einer Stammbelegschaft und einem Angestellten in der gleichen Belegschaft.

Denn die Fragmentierung und Segmentierung durch-

zieht alle Bereiche. Von Befristungen, Leiharbeitsverhältnissen usw. sind auch Angestellte betroffen. Die Prekarisierung erfasst heute mehr als ein Drittel der abhängig Beschäftigten. Auch der Trend zur 'prekären Vollerwerbsgesellschaft' hat sich auf hohem Niveau weiter stabilisiert. 2. Die unterschiedlichen Teilinteressen und die gemeinsamen Gesamtinteressen sind nicht davon abhängig, welches gerade das aktuelle Bewusstsein ist. Es ist auch nicht davon abhängig, welche Kämpfe gerade stattfinden. Der Zerfall der "traditionellen" Arbeiter*innenbewegung ist ein Produkt, aber auch ein Produzent des in weiten Teilen verschwundenen Klassenbewusstseins. Da sich aber der Klassenkampf von oben fortsetzt und die Lage für große Teile der Lohnabhängigen sich nicht gerade verbessert und heute die Klasse zum Glück nicht atomisiert ist -, wird es auch in Zukunft Gegenwehr geben. Der Kampf ist die

Zu den Kriterien

wusstseins.

Was sind nun maßgebliche Kriterien für die Zuordnung von Personengruppen zu der einen oder zur anderen Klasse?

materielle Grundlage für einen Anstieg des Klassenbe-

1. Das Direktionsrecht: Wer bestimmt über Inhalt und Form der Arbeit? Wer legt fest, was und wie (unter welchen Bedingungen) gearbeitet wird? Allein der Blick auf dieses Kriterium macht schon deutlich, wie mächtig und tatsächlich unabhängig eine angestellte (oder verbeamtete) Person ist.

2. Wer "profitiert" von dieser Arbeit? Tauscht sich diese Arbeit gegen Kapital aus oder erfolgt sie auf "eigene Rechnung"?

Nicht entscheidend ist, ob mit der Arbeit materielle Güter oder Dienstleistungen erzeugt werden. Schon bei Marx geht es um den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter und keineswegs nur um diejenigen, die in der materiellen Produktion ihre Arbeitskraft verkaufen. 15 Ausschlaggebend für Marx ist die Verwertung des Kapitals, ganz gleich, wo dieses angelegt ist, ob im Bankgeschäft, im Handel oder im Dienstleistungssektor.

Schon im I. Band des Kapitals liefert Marx einen entscheidenden Hinweis: "... erlaubt die außerordentlich erhöhte Produktivität in der Sphäre der großen Industrie, begleitet, wie sie ist, von intensiv und extensiv gesteigerter Ausbeutung der Arbeitskraft in allen übrigen Produktionssphären, einen stets größren Teil der Arbeiterklasse unproduktiv zu verwenden und so namentlich die alten Haussklaven unter dem Namen der 'dienenden Klasse', wie Bediente, Mägde, Lakaien usw. stets massenhafter zur reproduzieren." (MEW 23: 469)

- 3. Das dritte, ganz wesentliche Kriterium ist die wirkliche Abhängigkeit vom Verkauf der Ware Arbeitskraft. Auch und ganz besonders hier geht es nicht um das formale Beschäftigungsverhältnis, sondern einzig und allein darum, ob jemand auf das Anbieten seiner Ware Arbeitskraft (und sei es, um als Erwerbsloser Transferzahlungen zu erhalten) verzichten kann, ohne im Lebensstandard gewaltig abzusinken. Ein(e) Manager*in also, der /die mit einem Jahresgehalt von einer Million Euro schon nach wenigen Jahren so viel auf die Seite legen konnte, dass er/sie nicht mehr arbeiten muss, kann logischerweise nicht zur Arbeiter*innenklasse gerechnet werden. Auf der anderen Seite aber eine Trennung in der Klassenzugehörigkeit vornehmen zu wollen zwischen einem in der Industrie Beschäftigten und einem einfachen Postbeamten ist nicht nur eine formale Willkürlichkeit (der beamtete Lokführer verdient weniger als viele abhängig Beschäftigte in der Industrie), es wird auch der realen Ausbeutungssituation nicht gerecht, von der Entfremdung und anderen Faktoren noch ganz zu schweigen.
- **4.** Für einen Teil der Erwerbstätigen kommt ein weiteres wesentliches Moment zur Bestimmung ihrer Interessenlage hinzu: Wie stark ist ihre Tätigkeit und ist ihre Macht institutionell mit den Strukturen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung verbunden? Dies betrifft in erster Linie die jeweilige Stellung im Staatsapparat, kann aber

auch in Privatunternehmen als herausragendes und dann letztlich bestimmendes Kriterium eine Rolle spielen.

Welche Größenordnungen?

Wer ist nun konkret der Arbeiter*innenklasse zuzuordnen und von welchen Größenordnungen sprechen wir in der Bundesrepublik? Die Angaben des Statistischen Bundesamtes sind an einigen Stellen nach Kriterien sortiert, die uns nicht viel nützen, aber die Größenordnungen lassen sich dennoch indirekt erschließen. Wir gehen von einer Gesamtzahl der (2018) statistisch erfassten Erwerbstätigen von 44,3 Mio. aus. Zusammen mit den in der Statistik erfassten zusätzlichen 1,7 Mio. "aktiv am Arbeitsmarkt verfügbaren Erwerbspersonen", sind wir dann bei insgesamt 46 Mio. (Die unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten sind hierin erfasst, nicht aber die verdeckt Erwerbslosen, die "stille Reserve", deren Zahl heute auf 1,5 - 2,5 Mio. geschätzt wird.).

Zur Arbeiter*innenklasse gehören diejenigen, die nach den o. g. Kriterien (nicht nur der Form nach) abhängig beschäftigt sind, kein Direktionsrecht ausüben und auch keine Leitungsfunktion oder Macht in staatlichen Stellen ausüben.

Ein Polizeipräsident, ein Richter oder ein hoher Ministerialbeamter können nicht als Teil der Arbeiter*innenklasse angesehen werden. Auf der anderen Seite sind die Scheinselbständigen natürlich Teil der Arbeiter*innenklasse. Nicht dazu gehören aber diejenigen, die mit ihrem Kleinbetrieb ein auskömmliches Einkommen erzielen und materiell und politisch andere Interessen haben als z. B. die bei ihnen abhängig Beschäftigten. Zu diesen "Kleinbürgern" gehören die Großbauern genauso wie die Zahnärzte oder der Handwerker, der etwa zehn Gesellen oder Gehilfen angestellt hat.

Von besonderer Bedeutung ist die Zahl der Solo-Selbstständigen, die von 1,84 Mio. im Jahr 2000 auf 2,31 Millionen im Jahr 2017 gestiegen ist. "Weit weniger Veränderungen gab es bei den Selbstständigen mit eigenen Beschäftigten. Deren Zahl lag im vergangenen Jahr [2016] bei 1,83 Millionen, 2000 waren es 1,8 Millionen. [...] 2016 bezogen etwas mehr als 105 000 Selbstständige ergänzende Hartz-IV-Leistungen." (WirtschaftsWoche). Die Entscheidung zur "Selbstständigkeit" ist in mindestens einem Viertel der Fälle keine freiwillige.

Die Zahl der wirklich Selbständigen unter den Erwerbspersonen, also die mit anderen Klasseninteressen als jenen der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen oder Scheinselbständigen, hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht

nennenswert verändert. Sie schwankt zwischen 4 und 4,3 Millionen (der Höchststand lag 2012 bei 4,3 Mio.). "Auch die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger [Hervorhebung J. S.] sank im selben Zeitraum um 26 000 Personen (-0,6 %) auf 4,3 Millionen."16

Die Zahl der traditionellen Freiberufler*innen (Ärzte usw.) stieg 2018 auf 1,4 Mio. Es ist nicht ganz einfach, eine einwandfreie Grenze zu ziehen, ab welchem Einkommen und ab welcher institutionellen Sicherheit (bzw. Unabhängigkeit) ein(e) Selbstständige(r) nicht durch andere fremdbestimmt ist und gleichzeitig so gut leben kann, dass wir bei ihm/ihr von anderen Klasseninteressen sprechen können (und sollten). Hier mögen unterschiedlich enge Maßstäbe angelegt werden, aber klar ist, dass ein Handwerker, der mehrere Menschen beschäftigt, keine "proletarische" Klassenlage hat, auch dann nicht, wenn er im Monat kaum mehr als 3000 Euro netto zur Verfügung hat. Somit ist klar, dass die Kriterien "Entfremdung" (wer hat das Direktionsrecht?) und materielle Lage immer im Zusammenhang gesehen werden müssen.

Zu denjenigen, die faktisch nicht auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, gehören vor allem die gut bezahlten Manager*innen, obwohl sie formal den Status von Beschäftigten haben. Von den 3,9 Mio. "Führungskräften" dürfte nach vorsichtigen Schätzungen etwa eine halbe Million dazu gehören. Ein Teil von ihnen gehört sogar zu den mehr als 19 000 Einkommensmillionären (andere Einkommensquellen sind Immobilienbesitz, Firmenanteile usw.). Ebenso wenig können als wirklich abhängig Beschäftigte all jene gelten, die genug geerbt haben (bzw. Aufsichtsratstantiemen beziehen) und gleichzeitig woanders noch in gut dotierter Stellung arbeiten. Die gut 1,3 Mio. Vermögensmillionäre bleiben bei der Betrachtung der Erwerbstätigen natürlich unberücksichtigt.

Neben der Höhe der Einkünfte und der Zugehörigkeit zum "gesellschaftlichen Gesamtarbeiter" ist noch die Frage der institutionellen Machtposition (in der Regel verbunden mit starker Beschäftigungsabsicherung) zu berücksichtigen. So sind die höheren Beamten nicht in der Lage eines Lohnabhängigen. Als grobe Anhaltspunkte können die Besoldungsstufen dienen, also in etwa: ab ab A16; ab B2; ab R2; teilweise W2 (mindestens aber W3).

Zusammen mit einem Teil der Soldaten (vornehmlich den Offizieren) sind dies im Bund: ca. 150 000; in den Ländern: ca. 120 000; in den Kommunen: 80 000; bei den Sozialversicherungen deutlich weniger als 10 000 Erwerbstätige. Zusammen sind das aber deutlich weniger als eine halbe Million Beschäftigte dieser Art, die nicht zur Arbeiter*innenklasse zu rechnen sind.

Wenn wir zusammenrechnen kommen wir auf ca. 3 Mio. (maximal 4 Mio.). erwerbstätige Großbürger*innen und Kleinbürger*innen (ohne die Scheinselbständigen, wozu auch der größte Teil der 2,31 Mio. Soloselbständigen gehört).

Fazit meiner Berechnungen: Von den 46 Mio. Erwerbstätigen und Erwerbslosen gehören ca. 91 % zur Klasse der Lohnabhängigen (zum "gesellschaftlichen Gesamtarbeiter"), also zu den Menschen, die für ihren Lebensunterhalt nichts anderes zur Verfügung haben als das Anbieten (und den Verkauf) ihrer Arbeitskraft und die auch nicht über ausreichend Macht verfügen, dass sie keine Angst um ihre Beschäftigung zu haben brauchen. Mit anderen Abgrenzungen bei Managern, hohen Beamten oder den Selbständigen mag man im Extremfall auf 86 % respektive auf 94 % kommen, aber insgesamt ist dies - bei Zugrundelegung der o. g. Kriterien - die Größenordnung.

III. Kursorischer Abriss einiger politischer Schlussfolgerungen

a. Wer hat nun ein objektives Interesse an einem radikalen Umbau der Gesellschaft?

Natürlich müssen wir hier die disparaten Lebenslagen der Lohnabhängigen im Auge behalten. Ganz ohne Zweifel sind die unmittelbarsten Interessenlagen der abhängig Beschäftigten extrem unterschiedlich, je nachdem ob sie zur Stammbelegschaft eines Großbetriebs gehören oder ob sie prekär beschäftigt sind, vielleicht ohne Papiere usw. Auch die Selbsteinschätzungen liegen weit auseinander. Die spannende und an anderer Stelle zu vertiefende Frage ist nun: Was sind die einigenden Momente (basierend auf welchen gemeinsamen objektiven Grundinteressen)? Und daraus abzuleiten: Mit welchen Hebeln, mit welchen Instrumenten der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit und mit welchem Programm (mit welchen Losungen) kann das gemeinsame Ziehen an einem Strang befördert werden?

Es ist letztendlich eine politische Bewertung (und geht über das Soziologische hinaus), an welcher Stelle man die anzunehmende Grenze zwischen den Verlierern (das ist die Minderheit) und den Gewinnern eines radikalen gesellschaftlichen Umbruchs ansiedelt. So kann man für die Gewinner*innen - unter Anwendung der hier dargelegten Methode - auf 86 bis 94 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung kommen.

Die Interessen der gesamten Menschheit als Maßstab für die Bereitschaft zur Änderung der Wirtschafts- und

Gesellschaftsordnung zu nehmen, führt in die Irre, denn aufgrund der gesellschaftlich bedingten Prägungen kann nicht von einem "die Menschheit" einigenden Interesse ausgegangen werden. Nach wie vor (und nicht nur im vorrevolutionären Frankreich) handelt die herrschende Klasse nach dem Prinzip: "Après moi le déluge" (Nach mir die Sintflut).

b. Für welche Ziele sollten wir uns stark machen? Von welchen Zielen wollen wir die große Mehrheit der Bevölkerung überzeugen? Welche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist anzustreben und wer ist dafür auf welche Weise zu gewinnen?

Dies sind im Grunde die spannendsten politischen Fragen, die sich aus jeder Beschäftigung mit einer Klassenanalyse ergeben bzw. ergeben sollten. Hier nur in der größtmöglichen Kürze: Die immer wieder aufs Neue Ungerechtigkeit und wachsende Ungleichheit erzeugende Wirtschafsordnung kann nur überwunden werden, wenn es nicht nur um eine Umverteilung von Reichtum geht, sondern wenn die Warenproduktion abgeschafft und durch eine demokratisch geplante Wirtschaft ersetzt wird, in der das Kollektiv (Marx nennt es die "assoziierten Produzenten") gemeinsam darüber entscheidet, wie was und unter welchen Bedingungen produziert und verteilt wird.

- c. Was sind unmittelbare Schlussfolgerungen Neu ist die größere Dringlichkeit, die ökologische und die soziale Frage miteinander zu verbinden. Nicht zuletzt deshalb geht es vor allem darum:
- eine durchgreifende Energie- und Verkehrswende und eine menschenfreundliche (und Wege sparende) Raumordnungs- und Strukturpolitik durchzusetzen; hierzu gehört auch die ständige Steigerung der Produktion und des Ressourcenverbrauchs zu stoppen und umzudrehen.
- Ohne einen umfassenden und gleichzeitig zu führenden Kampf für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich kann dieser Kampf niemals erfolgversprechend geführt werden; schließlich müssen alle objektiv Betroffenen mitziehen, was nur geht, wenn ökologische und soziale Fragen miteinander verbunden werden.
- Dazu muss der Kampf auf eine entschädigungslose Enteignung und Vergesellschaftung der entsprechenden Betriebe ausgerichtet werden, damit am Ende eine umfassende Konversion (Umstellung der Produktion sowie der Art des Produzierens) durchgesetzt werden kann. Stimmig wird diese Strategie aber nur, wenn gleichzeitig das Ziel einer demokratisch geplanten Wirtschaft vermittelt wird. Das sind vermutlich Herkulesaufgaben, aber es ist die

einzige Perspektive, die verhindert, dass wir uns im Kreis drehen bzw. sehenden Auges in die Klimakatastrophe treiben, von der Barbarei sich ausbreitender Kriege noch ganz abgesehen.

Um die Menschen mitzunehmen und dazu beizutragen, dass breitere Schichten sich aktivieren, müssen wirkliche Anstrengungen zur Ausarbeitung von eingängigen, überzeugenden Argumentationen unternommen werden, die deutlich machen, wo die gemeinsamen Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung liegen und wie mit diesem Kampf eine andere Welt durchsetzbar ist.

Voraussetzung dafür ist

- die gewerkschaftliche und politische Organisierung und Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen;
- die politische Unabhängigkeit der Organisierten;
- der Kampf für eine ökologische Zukunft (gemeinsam mit Umweltaktivist*innen für den Ausstieg aus der Kohle, aus der Autogesellschaft usw.) und die Nutzung aller Momente, die zu einer Politisierung und Aktivierung aller Betroffenen beitragen können;
- die Verteidigung der Schwächsten in der Gesellschaft (der Ausgegrenzten, der Menschen ohne Papiere usw.) sowie die internationale Solidarität.
- 1 "Klassen im Kapitalismus aber warum und wie viele?", abgedruckt in der Zeitschrift Z, Nr. 118 vom Juni 2019.
- 2 Wir gehen hier nicht näher auf Thomas Goes' im September 2019 erschienen Beitrag in Mario Candeias, Klaus Dörre und Thomas Goes "Demobilisierte Klassengesellschaft und Potenziale verbindender Klassenpolitik, Beiträge zur Klassenanalyse (2)" ein (https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/ Manuskripte/Manuskripte_23.pdf) Darin Goes' Beitrag: "Linke Potenziale und klassenpolitische Voraussetzungen. Empirische Befunde und Forschungsperspektiven"
- 3 Candeias/Dörre/Thomas Goes, a. a. O. S. 58
- 4 A. a. O. S. 59 f
- 5 Thomas E. Goes/Violetta Bock: "Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte", Köln (PapyRossa) 2017. Siehe hierzu auch: Jakob Schäfer: "Mit linkem Populismus gegen die Eliten?", in die internationale, 6/2017, https://intersoz.org/mit-linkem-populismus-gegendie-eliten/
- 6 Kim Moody: "On New Terrain. How Capital is Reshaping the Battleground of Class War", Chicago 2017.
- **7** Goes a. a. O. S. 116
- 8 N. Poulantzas: "Klassen im Kapitalismus heute", Hamburg
- 9 Milios, J./Economakis, G.: "Mittelklassen, Klassenstellung und politische Klassenposition" in PROKLA, Heft 176, S.
- 10 Jakob Schäfer: "Mit Linkspopulismus gegen die Eliten?", in die internationale, 6/2017 (S. 14-18)

- 11 So noch Anfang 2018, als sie auf die Kritik an ihrem Buch antworteten Siehe: Thomas Goes/Violetta Bock: "Links und popular. Eine Erwiderung der Autor*innen auf die Besprechung ihres Buches "Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte"; in: die Internationale Nr. 1/2018
- 12 Lutz Getzschmann: "Einheit der Arbeiter*innenklasse vs. Bündnis von ,Volksklassen". In: die internationale 2/2018 (März/April 2018), S. 6; https://www.inprekorr.de/556-linkspop-gesch.htm, S. 10 f
- 13 Getzschmann, a. a. O. S. 11
- 14 Getzschmann, a. a. O. S.12 f
- 15 "Es ist ja eben das Eigentümliche der kapitalistischen Produktionsweise, die verschiedenen Arbeiten, also auch die Kopf- und Handarbeiten - oder die Arbeiten, in denen die eine oder die andere Seite vorwiegt, - zu trennen und an verschiedene Personen zu verteilen, was jedoch nicht hindert, dass das materielle Produkt das gemeinsame Produkt dieser Personen ist oder ihr gemeinsames Produkt in materiellem Reichtum vergegenständlicht; was andererseits ebenso wenig hindert oder gar nichts daran ändert, dass das Verhältnis jeder einzelnen dieser Personen das des Lohnarbeiters zum Kapital und in diesem eminenten Sinn das des produktiven Arbeiters ist. Alle diese Personen sind nicht nur unmittelbar in der Produktion von materiellem Reichtum beschäftigt, sondern sie tauschen ihre Arbeit unmittelbar gegen das Geld als Kapital aus und reproduzieren daher unmittelbar außer ihrem Lohn einen Mehrwert für den Kapitalisten. Ihre Arbeit besteht aus bezahlter Arbeit plus unbezahlter Mehrarbeit." MEW 26.1: 387.
- 16 Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 2.1.2018

Save the date!

9./10. Mai 2020 · Ökosozialistische Konferenz der ISO in Köln

«System Change not Climate Change» ist eine zentrale Parole der Klimagerechtigkeitsbewegung. Was dies genau bedeutet, ist unklar. Ist es ein Umstieg vom fossilen zum grünen Kapitalismus? Oder müssen wir uns angesichts der drohenden Klimakatastrophe vom Prinzip, dass für den privaten Profit gewirtschaftet wird und der Markt alles regelt, verabschieden? Wie kann verhindert werden, dass die Energie- und Verkehrswende auf Kosten der abhängig Beschäftigten geht? Welche Bündnisse, welche Strategie brauchen wir dafür? Darüber wollen wir auf der Konferenz diskutieren und haben dazu Menschen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, aus Gewerkschaften und Betrieben eingeladen. Bitte merkt euch den Termin vor. Und sprecht schon mal Interessierte darauf an.



Internationale Sozialistische Organisation

https://intersoz.org/oekosozialistische-konferenz · konferenz@intersoz.org



MACHT UND EXTRAKTIVISMUS

Das Bergbauprojekt Casaya im Departement Chuquisaca zeigt sehr augenfällig die Widersprüche zwischen den offiziellen Aussagen der bolivianischen Regierung und ihrer tatsächlichen Politik auf. Es wurde zwar als gemeinnützig dargestellt, in Wirklichkeit wird dem Bergbau jedoch oftmals Priorität eingeräumt, und zwar zum Nachteil des Umweltschutzes und der indigenen Völker. Der Autor analysiert hier diese Widersprüche.

■ Frédéric Thomas

"Wir leben immer noch in einem Rechtsstaat." Das sind die ersten Worte von Santiago Yupari, Stadtrat der im Süden Boliviens gelegenen historischen Stadt Sucre, als ich mit ihm über das Bergbauprojekt Casaya spreche, dem in der Region großer Widerstand entgegenschlägt. Er fährt fort: "Die Regierung unterstützt mit ihrer klientelorientierten Position bestimmte Sektoren, wie z. B. den Bergbaubereich. Dem Wort nach leben wir in einem umweltbewussten Staat, der die indigenen Bevölkerungsgruppen schützt. In Wirklichkeit leben wir aber in einem Bergbaustaat und die Beziehungen zu den indigenen Gemeinschaften haben sich nicht geändert, da dieser Industriesektor als gemeinnützig gilt und eine wichtige Einnahmequelle darstellt."

Das Bergbauprojekt Casaya entlarvt deutlich die Doppelzüngigkeit des bolivianischen Staates sowie die Widersprüche in seiner Strategie. Auf der einen Seite wird die "Pacha Mama" (Mutter Erde) hervorgehoben und die der Geschichte und Identität der eingeborenen Bevölkerung sowie der Wille unterstrichen, eine alternative Entwicklung bzw. eine Alternative zum Produktivismus zu fördern. Auf der anderen Seite sind wir ein Land, das vom Extraktivismus abhängig ist: Der Bergbau und die

Förderung fossiler Energiequellen (vor allem Gas) erwirtschaften durchschnittlich 11 % des BIP und fast 40 % der Regierungseinnahmen, genverändertes Soja wird Jahr für Jahr in immer größerem Umfang angebaut und die Zahl der sozialen und ökologischen Konflikte nimmt rasant zu.

Der Bergbau befindet sich zu mehr als 60 % in den Händen privater Unternehmen, die vor allem Zink, Blei und Kupfer abbauen. Die Kooperativen (von denen es etwas mehr als 1800 geben dürfte) decken 30 % dieses Abbaus ab und sind damit eine der Hauptquellen des Landes für formelle Arbeitsplätze. Mit dem Unternehmen Comibol [Corporación Minera de Bolivia, staatliche Bergbaugesellschaft Boliviens] schließlich ist der öffentliche Sektor als dritter Akteur dabei. Die Zahlen dieser Auflistung sind insofern jedoch irreführend, als ein Teil der Comibol-Minen durch Kooperativen oder vertraglich mit dem Staat verbundene private Unternehmen ausgebeutet wird.

Bedrohung der Landwirtschaft

Die Einnahmen, die das Departement Chuquisaca (Hauptstadt ist Sucre) aus dem Bergbau erzielt, haben sich in zehn Jahren versiebenfacht. Zwischen 2007 und 2017 hat Chuquisaca 4,7 Millionen Dollar eingenommen. Nun klingen

diese Zahlen vielleicht recht beeindruckend, man muss sie jedoch mit denen des benachbarten Potosí vergleichen, der großen historischen Bergbauregion des Landes. Dort lag der Ertrag 2017 achtzig Mal so hoch.

Im Januar 2019 wurde innerhalb der Regierung von Chuquisaca ein Sekretariat für den Bergbau eingerichtet. Das Ziel? Das Bergbaupotenzial des Departements zu stärken und Investoren anzulocken. Die größte Herausforderung ist dabei der Widerstand der örtlichen Gemeinschaften, die einer von oben übergestülpten Aktivität ablehnend gegenüberstehen. David Telez, beim Bergbausekretariat verantwortlich für "Erschließung und Ertrag", erklärt den Grund: "Hier gibt es keine Bergbautradition und noch nicht mal eine Bergbaukultur wie in Potosí. Gleichwohl hat der Umfang des Abbaus seit 2013 und 2014 zugenommen. Die Menschen haben darin durchaus eine weitere Einkommensquelle gesehen. Allerdings gibt es in der Region keine Bergleute' im eigentlichen Sinne. Wir sind keine reinen Bergleute, wir sind ,Agrobergleute', das heißt, die Leute verbringen den einen Teil ihrer Zeit mit Landwirtschaft und Viehzucht und arbeiten den anderen Teil in den Minen."

2015 entstand im Departement eine Föderation aus 16 Bergbaukooperativen, neun werden zurzeit formalisiert. Insgesamt repräsentieren sie maximal 450 Bergleute und deren Familien. Eine dieser Kooperativen ist Casaya. Sie setzt sich u. a. aus Bauern, Kaufleuten, Taxifahrern zusammen. Niemand dort verfügt über Bergbauerfahrung. Als einige dieser Menschen nach den Gründen gefragt wurden, warum sie die Gründung dieser Kooperative vorangetrieben hätten, antworteten sie, dass Landwirtschaft eine sehr harte Arbeit sei und nicht genügend Geld einbringe ... 25 % des in Sucre konsumierten Gemüses kommt aus der Region Rio Chico, wo das Bergbauprojekt Casaya angesiedelt werden soll. "Für uns ist die öffentliche Gesundheit von großer Bedeutung", bestätigt der örtliche Abgeordnete Santiago Yupari. "Darüber hinaus hat die Stadtverwaltung bereits viel Geld investiert, um die lokale Produktion zu unterstützen, Schulungen zu organisieren und technische Innovation in der Landwirtschaft zu fördern. All das würde durch den Bergbau ruiniert."

"Die Verantwortlichen tun so, als hätte das Projekt keinerlei Auswirkungen, aber es gibt keinen Bergbau, der keine Auswirkungen hätte."

Die Gemeinschaften sind jedoch nicht gewillt, den Bergbau und dessen schädliche Auswirkungen einfach so hinzunehmen. "Wir wissen aus Erfahrung, dass all das Auswirkungen haben wird. Die Verantwortlichen tun so, als würde es dabei keinerlei Auswirkungen geben,

aber es gibt kein einziges Bergbauprojekt, das ohne Auswirkungen ist", betont Trevor Hirsche, ein seit Jahren in Sucre tätiger Umweltingenieur und technischer Berater des dortigen Umweltkomitees. Da Studien zum Thema sozioökologischer Einflüsse fehlen, Studien, die eigentlich eine Grundvoraussetzung für jeglichen Bergbaubetrieb darstellen, hat er auf Bitten der örtlichen Gemeinschaften eine unabhängige Studie durchgeführt. "Meine Hauptsorge sind die Rückstände, die das Wasser zu verseuchen drohen. Sechzig Ortschaften mit insgesamt 8000 bis 9000 Einwohner*innen aus der indigenen Volksgruppe der Puca Puca sind auf das Wasser des Flusses Chico angewiesen. Die Bergwerksbetreiber behaupten, vor Ort keine Mineralien zu verarbeiten. Daher gäbe es auch keine Umweltverschmutzung. Aber selbst wenn Rohstoffe tatsächlich nur abgebaut werden, enthält das dabei in riesigen Mengen bewegte Fels- und Erdmaterial eine ganze Anzahl toxischer oder potenziell toxischer Produkte und Mineralien. Ganz zu schweigen davon, dass diese Masse an 'Abfall' den Lauf des Flusses verändern und dessen Wasser zudem mit durch Regen ausgewaschene Schadstoffe verseuchen kann."

Auf jeden Fall sind die Schäden bereits vorprogrammiert, warnt Roman Villa, einer der örtlichen Gemeindevorsteher der Region. "Schon heute gibt es aufgrund der Verschmutzung durch die Abwässer von Sucre weniger Fische im Fluss. Wenn auch noch das Bergwerk dazukommt, laufen wir Gefahr, dass es dann gar keine Fische mehr gibt. Und sobald die Menschen im Land wissen, dass das Gemüse in einer Bergbauzone produziert wird, werden darüber hinaus die Preise dafür sinken und der Absatz wird zurückgehen." Die Menschen haben dann kein Vertrauen mehr in die Qualität des Gemüses. Auch das wissen die Gemeinden bereits aus Erfahrung.

Davon zeugt das Beispiel von Yotala, einer Ortschaft, bei der mehrere von Sucre kommende Abwässer zusammenfließen. Momentan richten dort die Ortschaft und die NGO Funddasur alternative, ökologische Produktionsbetriebe ein, die durch ein wirkungsvolles, von anderen Wasserquellen gestütztes Bewässerungssystem versorgt werden. Damit wollen sie die Möglichkeit einer Landwirtschaft vor Ort demonstrieren und die Verbraucher*innen von der Qualität der Produkte überzeugen. Und letztendlich wollen sie so einer Ortschaft, die durch eine fehlende Abfallwirtschaft in Not geriet, wieder eine Zukunft geben.

Eine "selbstmörderische Entwicklungsstrategie"

Die für die sinnvolle Regulierung der Bergbauaktivitäten zuständige Behörde AJAM [Autoridad Jurisdiccional Administrativa Minera = Regulierungsbehörde für den Bergbausektor] hatte sich von Anfang an auf die Seite von Casaya geschlagen, falsche Informationen herausgegeben und bekräftigt, dass das Bergbauprojekt umgesetzt würde, ganz gleich, ob sich die Gemeinden dagegenstellten oder nicht. "Die Wirtschaftslage des Landes ist tatsächlich ziemlich heikel", warnt Roxana Liendo, Expertin für ländliche Entwicklung und Klimawandel und stellvertretende Ministerin für ländliche Entwicklung in der ersten Regierung von Evo Morales (2006 bis 2010). "Die schwierige Situation wird von der Regierung allerdings totgeschwiegen, da sie ein Bild der Investitionsbereitschaft und Stabilität verbreiten will. Dieses Bild ist jedoch eine reine Fiktion, die auf einer selbstmörderischen, auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen basierenden Entwicklungsstrategie fußt." Und eine Fiktion, die sich nur mit Mühe aufrechterhalten lässt.

Mehr als drei Viertel des bolivianischen Gases (dasselbe gilt für Zink) waren 2017 für Argentinien und Brasilien bestimmt. Die Gasverkäufe an diese beiden Länder haben inzwischen allerdings abgenommen. Ganz generell wirft Boliviens Wirtschaftsstrategie Fragen in puncto mehrfacher Abhängigkeiten auf: zum einen bezüglich der starken Preisschwankungen bei einigen Rohstoffen (Gas, Zink und Gold machen fast zwei Drittel der Exporte aus), über die sie keine Kontrolle hat, und zum anderen bezüglich einiger Länder (ein Drittel der Exporte geht nach Brasilien und Argentinien, 21 % der Importe kommen aus China).

Statt der Industrialisierung und einer wirtschaftlichen Diversifikation zu dienen, hat der Rohstoffboom den extraktivistischen Charakter des Landes nochmals vertieft. Und er hat Bolivien noch weiter in die Falle einer internationalen Arbeitsteilung gelockt, der gemäß das Land natürliche Ressourcen exportiert und fertige Industrieerzeugnisse importiert. Der Bergbausektor ist davon noch mehr betroffen, da er sich weitgehend dem Staat entzieht. Letzterer erhält nur etwa 10 % der durch den Bergbau generierten Erträge, geschätzt etwa 2,5 bis 3,6 Milliarden Dollar pro Jahr.

Der Teufelskreis des Bergbaus

Eine solche Situation bringt einen Teufelskreis hervor. Der Bergbau wird ständig ausgedehnt, um den Preisverfall auf dem internationalen Markt auszugleichen, die Umweltstandards werden aufgeweicht, die Einbeziehung der indigenen Gemeinschaften wird umgangen, die Förderung fossiler Energieträger und der Bergbau werden für gemeinnützig oder als im vorrangigen nationalen Interesse liegend erklärt, und in der Konsequenz verschärfen sich die sozioökologischen Konflikte. Diese treiben gleicherma-Ben die Landflucht an, die laut Roxana Liendo mit einer zunehmenden "Verländlichung" der Städte einhergeht, denn die Phänomene der Prekarisierung, der Unsicherheit, des Mangels an öffentlichen Dienstleistungen pflanzen sich auch im städtischen Milieu fort. Darüber hinaus schadet das der Umwelt. Unter dem ökologischen Deckmantel von Pacha Mama gehört Bolivien zu den drei am stärksten durch Quecksilber vergifteten Ländern der Welt. Quecksilber wird beim Abbau von Gold benötigt (2013 fielen dafür geschätzte 120 Tonnen pro Jahr im Land an).

Ist das der Preis, der für die Ausmerzung der Armut gezahlt werden sollte? Für Roxana Liendo ist er das definitiv nicht: "Viele Menschen sind der Armut entkommen, aber das ist ein unsicheres Entkommen, denn es ist von Zuschüssen abhängig." Sie rechnet mit unpopulären Maßnahmen nach den Wahlen im Oktober 2019, ganz gleich, ob der dann gewählte Kandidat Evo Morales (der trotz des "Nein" beim Referendum des Jahres 2016 antritt) oder ein anderer ist. Angesichts der Verschuldung und des Defizits in der Handelsbilanz seit 2015 kann diese Fiktion einer Stabilität nicht mehr viel länger aufrechterhalten werden.

"Der Staat kann vielleicht nicht gezwungen werden, auf uns zu hören, aber er ist gezwungen, auf das Gesetz und die Verfassung zu hören", sagt Santiago Yupari. Eine Verfassung, die 2009 verabschiedet wurde und für die die indigene Bevölkerung gekämpft hat. "Wenn Geld im Spiel ist, können sich aber leider sogar die Gesetze ändern", warnt er. Die Hoffnung liegt in der Mobilisierung, sagt Santiago Yupari: "Es ist das erste Mal in 30 Jahren, dass ich einen Marsch von 10 000 Menschen bei einer Demonstration gegen ein Bergbauprojekt gesehen habe!"

6. September 2019

Frédéric Thomas ist Doktor der Politikwissenschaften und Honorarprofessor am CETRI (Centre tricontinental, Belgien).

■ Übersetzung: Antje Hink

IST DIE REGIERUNG **BOLSONARO FASCHISTISCH?**

In dem folgenden Interview mit Brasil de Fato vergleicht der brasilianische marxistische Soziologe Michael Löwy den früheren Fallschirmjäger mit dem "Mussolini der 1920er Jahre".

Brasil de Fato (BdF): Zu Beginn möchte ich verstehen, in welchen Begriffen und wie Sie die Regierung von Jair Bolsonaro in Brasilien charakterisieren?

Michael Löwy: In Brasilien erleben wir heute eine Dystopie, den Gegensatz zur Utopie. Für uns von der brasilianischen Linken, die wir so lange gekämpft haben, um die Ideen, die Kämpfe und die Ansprüche der Arbeitenden, den Fortschritt und den Sozialismus voranzubringen, ist es schon traurig, mit ansehen zu müssen, dass Brasilien eine solche Regierung bekommen hat, die ich als halbfaschistisch charakterisieren möchte.

Es handelt sich nicht um eine faschistische Regierung, denn es fehlen einige Aspekte des totalitären Staates, die bewaffneten Gangs, so wie Mussolini über die "fascios" verfügte. Aber es gibt zahlreiche Aspekte des Faschismus. Ich meine, dass man Bolsonaro gut mit dem Mussolini der 1920er Jahre vergleichen kann. In diesen Jahren hat Mussolini noch einige Aspekte der parlamentarischen Republik beibehalten. Im Parlament gab es sogar eine Opposition, deren wichtigster Führer ein Demokrat war, Giacomo Matteotti. Auch Antonio Gramsci gehörte zu den Abgeordneten. Das dauerte bis 1926, als er das Parlament schloss und Gramsci verhaften ließ, der dann bis zu seinem Tod (1937) im Gefängnis saß. Er ordnete auch die Ermordung von Matteotti an. Das war das Ende; ich hoffe, dass es in Brasilien nicht soweit kommt.

Ich sehe in der Figur von Jair Bolsonaro und einem Großteil seiner Regierung faschistische Spuren des Autoritarismus, die Idee, man müsse den Gegner "eliminieren". Die Feinde sind für ihn die Linken, die Feministinnen, die Indigenen, die MST (Bauernorganisation) usw. Dieser Hass auf den "Kommunismus", der ihn ganz und gar umtreibt, stellt ein Charakteristikum des Faschismus dar - wie auch die Idee, dass die "einzige Lösung" in der Repression

Heute gibt es auf der Welt leider viele rechtsradikale Regierungen, so Donald Trump in den USA oder Viktor Orban in Ungarn, oder Narendra Modi in Indien. Doch die Regierung Bolsonaro weist die deutlichsten halbfaschistischen oder neofaschistischen Züge auf. Zum Glück verfügt sie nicht über die ganze Macht. Im Gegensatz zu den totalitären Staaten wie Italien, Deutschland (ab 1933) oder den Franquisten (in Spanien) muss er mit dem Parlament, dem Senat und sogar der Armee verhandeln. Das unterscheidet seine Regierung noch vom klassischen Faschismus der 1930er Jahre. Die Geschichte wiederholt sich natürlich nicht, doch die Lage ist besorgniserregend.

Ein weiterer Unterschied zum Faschismus liegt in der demokratischen Wahl des Präsidenten durch die Bevölkerung. Es handelte sich nicht um einen Militärputsch, von denen wir in Lateinamerika in den 1960er und 1970er Jahren so viele gesehen haben. Es war eine demokratische Wahl und das stimmt traurig.

Andererseits sehen wir, dass die Leute, die in diese Falle gegangen sind, aufwachen. Die Popularität von Bolsonaro ist auf dramatische Weise gesunken; es gibt bereits Mobilisierungen und Widerstand. Darunter ist die Mobilisierung der Gewerkschaften gegen die ultrareaktionäre Reform der Sozialversicherung für mich besonders bedeutsam.

Ganz offensichtlich profitieren die herrschenden Klassen von der Regierung. Unter den Oligarchen, Land- und Großgrundbesitzern und Bankern gibt es einen Konsens, dass Bolsonaro die Lösung sei, denn er setzt auf brutale Weise ein neoliberales Programm um, wie das die herrschende brasilianische Oligarchie schon seit langem wollte. Einen anderen Widerstand finde ich auch äußerst wichtig, den der Indigenen im Amazonas-Gebiet, die für die Verteidigung ihrer Wälder und Flüsse kämpfen. Der Regenwald des Amazons gehört dem brasilianischen Volk und der Menschheit. Ohne ihn wird sich der Klimawandel weiter beschleunigen.

Es scheint, dass die Sozial- und die Umweltpolitik in der Regierung Bolsonaro jede Bedeutung verloren haben. Seit seiner Regierungsübernahme gab es eine schnelle Freigabe von Pestiziden und die Entwaldung des Amazonasgebiets hat sich um fast 90 Prozent beschleunigt. Sogar die fortschrittlichen Kräfte haben lange gebraucht, um das Ausmaß und die Bedeutung dieses Programms zu begreifen.

Wie sehen Sie diese Thematik heute?

Ich bin überzeugt, dass die Fragen der Umwelt, der Natur und der Ökologie im 21. Jahrhundert einen immer wichtigeren Platz einnehmen werden, auch jenseits der Verteidigung der Umwelt, unserer Wälder und der Tierarten. Es geht nun um den Fortbestand des Lebens auf diesem Planeten generell. Wenn der Prozess der Klimaveränderung und der Aufheizung der Erde ein bestimmtes Niveau übersteigt, wird er unumkehrbar.

Ab einem bestimmten Punkt stellt sich die Frage nach den Lebensbedingungen des Menschen auf diesem Planeten überhaupt. Es geht um Leben und Tod. Daher wird die Ökologie zum entscheidenden Angelpunkt jedes politischen Projektes sozialer Veränderung. Es ist äußerst wichtig, dass die Linke, die sozialen Bewegungen, die Arbeiter*innen, die Bauern und Bäuerinnen, das Problem der Umwelt und der Ökologie als grundlegende politische Frage begreifen, sowie als entscheidenden Grund, gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Denn dafür hat sich der Kapitalismus zu verantworten.

Es ist ganz wichtig, dass die Sozialist*innen das begrei-

MICHAEL LÖWY ...

... war Forschungsdirektor am Centre national de la recherche scientifique in Paris. Seit mehr als 40 Jahren lebt er in Frankreich. In Europa wurde er zu einem sehr bekannten und respektierten marxistischen Intellektuellen. In langen Jahrzehnten wurde der heute 81 jährige Löwy zu einer Referenzperson in den linken Debatten nicht nur in Brasilien, sondern in ganz Lateinamerika. An der Wende zum ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre ist ein neues Thema aufgetaucht, das mit seinem Namen verbunden ist. Der Soziologe wurde für seine Studien zum Thema Ökosozialismus weltweit bekannt, in denen er die Dringlichkeit der ökologischen Debatte im marxistischen Lager betonte. Löwy hat auf einen Bericht von Brasil de Fato geantwortet, um von der neuen Version des Buches Notícias von Lugar de Nada zu sprechen. Dazu hat er eine Einleitung geschrieben.

Im Verlauf der Unterredung hat der marxistische Denker auch Themen der gesellschaftspolitischen Lage in Brasilien und weltweit analysiert. Der Aufstieg der extremen Rechten in Brasilien, die Ähnlichkeiten mit den faschistischen Regierungen in Europa im 20. Jahrhundert, der Abbau der Umweltpolitik unter der Regierung Jair Bolsenaro und der politische Widerstand waren von Löwy behandelte Themen. Angesichts eines Szenarios, das er als "Wiederauftauchen von neofaschistischen oder halbfaschistischen Formen" bezeichnet hat, betonte der Soziologe, er setze seine Hoffnung auf die Jugend.

fen und diesen Kampf als zentrales Element und nicht nur als einen Punkt auf einer Liste von 45 Programmpunkten betrachten. Es geht um einen entscheidenden Kampf für die Zukunft der Menschheit. Meine "Botschaft" ist: Wir müssen uns die ökologische Frage als Waffe im Kampf gegen den Kapitalismus aneignen.

Was ist das Gemeinsame am Aufstieg der Rechten in Europa und Lateinamerika?

Die neoliberale Globalisierung und die Wirtschaftskrise seit 2008 haben einen günstigen Kontext für den spektakulären Aufstieg nicht nur der klassischen neoliberalen Rechten, sondern auch der halbfaschistischen, rassistischen und autoritären extremen Rechten in vielen Ländern der Welt geschaffen - von Japan über Indien, einem Großteil der Länder Europas bis zu den USA und Brasilien.

Ich habe keine Erklärung für die Ursachen dafür. Hier nur ein paar elementare Hinweise: Die Krise des Neoliberalismus ist ein Aspekt, die Schwächung der Linken ein weiterer. Doch weshalb wir gerade in den letzten Jahren dieses Phänomen beobachten, auch wenn es nicht exakt die Geschehnisse der Dreißigerjahre reproduziert, finde ich mysteriös, denn die Geschichte wiederholt sich nie. Und doch handelt es sich um ein erneutes Auftreten von Formen des Neo- oder Halbfaschismus.

Sprechen wir zuletzt über die Hoffnung. Was wäre für Sie der Ausweg?

Die Lösung für mich sind der Kampf und der Widerstand. Hier in Lateinamerika in erster Linie der der indigenen Bevölkerung und insbesondere der Bauern und Bäuerinnen. Ein anderes Element, das Hoffnung macht, sind die Jugendlichen. Junge Menschen der ganzen Welt setzen sich am 20. September gegen die untätigen Regierungen für einen internationalen Generalstreik gegen den Klimawandel in Bewegung.

Die Jugend ist die Zukunft. Wenn sich die jungen Leute mobilisieren, handeln, sich der Lage bewusst werden und sich an die Losung "Ändern wir das System, nicht das Klima" halten, dann besteht Hoffnung.

Autokonzerne und die Klimakrise Wie kann eine ökosozialistische Antwort aussehen?



Diese Broschüre der ISO beleuchtet folgende Themen: Der Autoindividualverkehr hat keine Zukunft hat; Die Ressourcenkrise und der Individualverkehr; SUV: Gipfel automobiler Unvernunft; Sackgasse Elektroauto; Irrweg Digitalisierung und autonome Autos; Autokonzerne im Angesicht der neuen kapitalistischen Krise; Ökologischer Umbau des Verkehrssektors; Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung; Konversion der Autoindustrie - wie kann das gehen?; Praktische Schritte für ein ökologisches Verkehrssystem ...

Die Broschüre enthält zwei Grafiken und ausführliche Quellenverweise.

Sie ist zu beziehen über: iso@intersoz.org 24 Seiten A 5, Preis 1.- €



IRGENDWIE GEHT ALLES **SCHIEF**

Lässt sich die sich abzeichnende Rezession in der Weltwirtschaft durch finanzpolitische Maßnahmen aufhalten? In seinem Blog kommt der Autor zu dem Schluss, dass die durch den Handels- und Technologiekrieg ausgelöste Krise so nicht zu lösen ist.

■ Michael Roberts

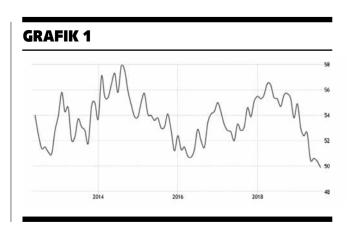
Genau zum Zeitpunkt des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten kapitalistischen Volkswirtschaften (G7) im französischen Biarritz kündigte China eine neue Zollrunde für US-Importgüter im Wert von 75 Mrd. USD an. Dies war eine Vergeltung für eine neue Zollrunde für chinesische Waren, die die USA für Dezember planen. US-Präsident Trump reagierte verärgert und kündigte sofort an, dass er die Zollsätze für seine bereits bestehenden Zölle auf chinesische Waren im Wert von 250 Mrd. USD anheben und für weitere Importe im Umfang von 350 Mrd. USD einführen werde.

Der US-Präsident sagte auch, er befehle US-Unternehmen, nach Möglichkeiten zu suchen, ihre Aktivitäten in China abzuwickeln. "Wir brauchen China nicht und wären ehrlich gesagt ohne sie viel besser dran", schrieb Trump. "Unsere großartigen amerikanischen Unternehmen werden hiermit angewiesen, sofort nach einer Alternative zu China zu suchen, unter anderem unsere Unternehmen nach HAUSE zu holen und die Produkte in den USA herzustellen."

Diese Verschärfung des Handelskrieges traf natürlich die Finanzmärkte. Der US-Aktienmarkt fiel stark, die Anleihepreise stiegen, weil die Anleger nach "sicheren Häfen" bei Staatsanleihen suchten, und der Rohölpreis fiel, weil China die US-Ölimporte drosselte.

Diese Entwicklungen kamen nur einen Tag, nachdem die jüngsten Daten zum Zustand der wichtigsten kapitalistischen Volkswirtschaften einen deutlichen Abschwung zeigten. Der US-amerikanische Index für die verarbeitende Industrie (PMI) lag im August zum ersten Mal seit dem Ende der Großen Rezession im Jahr 2009 unter 50. (Grafik 1)

In der Tat liegen die Indizes der USA, der Eurozone und Japans unter 50, was darauf hinweist, dass eine umfassende Rezession im verarbeitenden Gewerbe bereits Tatsache ist. Und die Zahlen der "Auftragseingänge" für jede Region waren noch schlechter – der Index für das verarbeitende Gewerbe wird also weiter sinken. Bisher haben sich die Dienstleistungssektoren der großen Volks-



wirtschaften gehalten, wodurch ein vollständiger Konjunktureinbruch noch nicht festgestellt werden muss. "Dieser Rückgang erhöht das Risiko, dass die Schwäche des verarbeitenden Gewerbes allmählich auf Dienstleistungen übergreift, was zu einer unerwartet starken Abschwächung der US-amerikanischen und globalen Arbeitsmärkte führen könnte." (JPM) Insgesamt geht JP Morgan davon aus, dass die Weltwirtschaft nur um 2,4 % pro Jahr wächst – in der Nähe des Niveaus, das als "Stillstandsgeschwindigkeit" vor einer völligen Rezession angesehen wird.

Trotz all seines Getöses darüber, wie gut es der US-Wirtschaft geht, ist Trump besorgt. Zusätzlich zum Angriff auf China kritisierte er erneut den Vorsitzenden der US-Notenbank ("Fed") Jerome Hayden ("Jay") Powell, weil der die Zinsen nicht weiter senke, um die Wirtschaft anzukurbeln, und bezeichnete Powell als einen ebenso großen "Feind" der US-Wirtschaft wie China!

Powell hatte gerade beim jährlichen Sommertreffen der Weltzentralbanker in Jackson Hole, Wyoming, gesprochen. In seiner Rede sagte er im Kern, dass es nur wenig gebe, was Geldpolitik erreichen könne. Handelskriege und andere globale "Erschütterungen" könnten nicht durch Geldpolitik allein überwunden werden. Powells geldpolitisches Komitee ist gespalten darüber, was zu tun ist. Einige wollen die Zinssätze dort halten, wo sie sind, weil sie befürchten, dass zu niedrige (oder sogar negative) Zinssätze einen nicht nachhaltigen Kreditboom und -zusammenbruch auslösen werden. Andere wollen die Zinsen senken, um, wie Trump fordert, den Rezessionskräften Widerstand zu leisten, die die Wirtschaft nach unten ziehen. Powell dazu: "Wir prüfen die geldpolitischen Instrumente, die wir sowohl in ruhigen Zeiten als auch in Krisenzeiten eingesetzt haben, und wir fragen uns, ob wir unsere Werkzeugkiste erweitern sollten."

Das Problem ist, dass den Zentralbankern in Jackson Hole klar wurde, was bereits vorher offensichtlich geworden war, dass die Geldpolitik, ob konventionell (Zinssenkung) oder unkonventionell (Geld drucken oder "quantitative Lockerung"), nicht funktioniert, um die Volkswirtschaften aus einem Tief bei Wachstum und Produktivität zu bringen oder eine neue Rezession zu vermeiden.

Viele der akademischen Arbeiten, die den Zentralbankern in Jackson Hole vorgelegt wurden, waren pessimistisch. Eine trat dafür ein, dass die Banker die Geldpolitik um einen globalen "natürlichen Zinssatz" für alle herum koordinieren müssten. Das Problem dabei wäre aber, dass "eine erhebliche Unsicherheit darüber besteht, wo die neutrale Quote wirklich liegt" - für jedes einzelne Land und

erst recht global. Wie ein Redner es ausdrückte: "Ich bin sehr vorsichtig, dieses nicht messbare Konzept zu verwenden, um den Grad der politischen Divergenz auf der Welt (oder sogar nur der G4) einzuschätzen." Soviel zur Grundlage der Geldpolitik der meisten Zentralbanken in den letzten zehn Jahren.

Ein anderes Papier wies darauf hin, dass "die Divergenz der Geldpolitik in den USA größere Auswirkungen auf die Schwellenländer hat als auf die fortgeschrittenen Volkswirtschaften." So "ist die Transmission der nationalen Geldpolitik unvollkommen, und folglich können die von Schwellenländern zur Begrenzung von Wechselkursschwankungen entwickelten geldpolitischen Maßnahmen kontraproduktiv sein". Mit anderen Worten sind die Auswirkungen der Leitzinspolitik der Fed und des Dollars auf schwächere Volkswirtschaften so groß, dass kleinere Zentralbanken bei der Geldpolitik nichts tun können, außer es noch schlimmer zu machen!

Kein Wunder, dass der Gouverneur der Bank of England, Mark Carney, in seiner Rede vor seinem Rücktritt die Gelegenheit nutzte, vorzuschlagen, dass die Herrschaft des Dollars auf den Handels- und Finanzmärkten beendet werden sollte. Auf die USA entfallen nur 10 Prozent des Welthandels und 15 Prozent des globalen BIP, aber die Hälfte der Handelsrechnungen und zwei Drittel der weltweiten Wertpapieremissionen lauten auf Dollar, so der BoE-Gouverneur. Infolgedessen "bleibt der US-Dollar trotz der Umstrukturierung der Weltwirtschaft genauso wichtig wie beim Zusammenbruch von Bretton Woods" im Jahr 1971. Dies verursache zu viele Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft und drohe schwächere Schwellenländer hinunterzuziehen, die nicht genug Dollars bekommen konnten. Es ist Zeit für einen globalen Fonds zum Schutz vor Kapitalflucht und später ein Weltwährungssystem mit einem Weltgeld! Welche Art von Hoffnung! Aber immerhin zeigt Carneys Äußerung, wie verzweifelt die Zentralbanker sind.

Die bevorstehende globale Rezession hat auch die Köpfe der Mainstream-Wirtschaft beschäftigt. Unter den etablierten Ökonomen ist eine Meinungsverschiedenheit darüber aufgetreten, welche Wirtschaftspolitik zu ergreifen ist, um eine neue globale Rezession zu vermeiden. Der orthodoxe Keynesianer Larry Summers, ehemaliger US-Finanzminister unter Clinton und Harvard-Professor, hat argumentiert, die großen kapitalistischen Volkswirtschaften seien in einer "säkularen Stagnation". Er geht davon aus, dass eine Lockerung der Geldpolitik, ob konventionell oder unkonventionell, nicht funktionieren werde. Konjunkturprogramme seien erforderlich.

Auf der anderen Seite meint Stanley Fischer, ehemaliger stellvertretender Chef der US-Notenbank und jetzt Geschäftsführer des Mega-Investmentfonds Blackrock, dass Konjunkturprogramme nicht funktionieren, weil sie nicht "flink genug" sind, d. h. zu lange dauern, um Wirkung zu entfalten. Außerdem bestehe die Gefahr, dass Staatsverschuldung und Zinssätze auf ein nicht mehr tragbares Niveau steigen. Geldpolitische Maßnahmen seien also immer noch besser.

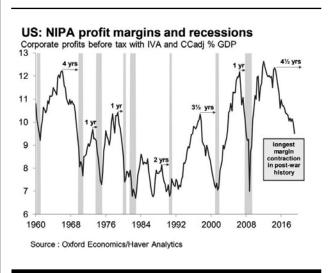
Die Ökonomen des Post-Keynesianismus und der Modern Monetary Theory (MMT) waren elektrisiert, weil Summers ihnen am Ende zuzustimmen schien – dass nämlich durch Haushaltsdefizite gedeckte Konjunkturprogramme und Staatsausgaben den Zusammenbruch der "Gesamtnachfrage" stoppen könnten. Es scheint, dass sich der Konsens unter den Ökonomen dahingehend verschiebt, dass die Zentralbanker 2019 wenig oder gar nichts tun können, um die kapitalistische Wirtschaft zu stützen.

Aber meiner Meinung nach haben weder die Monetaristen noch die Keynesianer/MMT Recht. Weder geldpolitische Lockerungen noch Konjunkturprogramme, nichts wird den bevorstehenden Konjunktureinbruch aufhalten. Das liegt daran, dass es nicht um eine schwache "Gesamtnachfrage" geht. Der Konsum der privaten Haushalte ist in den meisten Volkswirtschaften relativ hoch, da die Menschen weiterhin mehr ausgeben, teilweise durch zusätzliche Kredite zu sehr niedrigen Zinssätzen. Der andere Teil der "Gesamtnachfrage", die Unternehmensinvestitionen, ist schwach und wird schwächer. Dies ist jedoch auf die geringe Profitabilität zurückzuführen, und im letzten Jahr sind die Profite in den USA und anderswo gesunken. In der Tat sind die Gewinnspannen der US-Unternehmen (Gewinne als Anteil am BIP) seit über vier Jahren gesunken (von Rekordhöchstwerten), der längste Rückgang seit dem Krieg. (Grafik 2)

Die Keynesianer, Post-Keynesianer (und MMT-Befürworter) sehen Konjunkturprogramme durch mehr Staatsausgaben und höhere Haushaltsdefizite als den Weg, um die lange Depression zu beenden und einen neuen Einbruch zu vermeiden. Es hat jedoch nie einen belastbaren Beweis dafür gegeben, dass solche Haushaltsausgaben funktionieren, außer in der Kriegswirtschaft der 1940er Jahre, als der Großteil der Investitionen von der Regierung oder unter der Leitung der Regierung getätigt wurde und die Investitionsentscheidungen den kapitalistischen Unternehmen weggenommen wurden.

Ironischerweise sind die größten Haushaltsausgabensteigerer weltweit zum einen Japan, wo seit 20 Jahren

GRAFIK 2



Haushaltsdefizite bestehen, ohne dass man seit dem Ende der Großen Rezession viel Erfolg gehabt hätte, das Wirtschaftswachstum auf nennenswert mehr als 1 % pro Jahr zu heben, und zum anderen Trumps Amerika mit seinen Steuersenkungen und Körperschaftsteuerbefreiungen im Jahr 2017. Die US-Wirtschaft verlangsamt sich rapide und Trump deutet weitere Steuersenkungen an und ruft Powell auf, die Zinsen zu senken. In Europa bereitet die Europäische Zentralbank eine neue Runde von geldpolitischen Lockerungsmaßnahmen vor. Und auch die deutsche Bundesregierung deutet für die Zukunft Haushaltsdefizite an.

Wir werden also wahrscheinlich eine neue Runde von Maßnahmen zur Lockerung der Geldpolitik und von Konjunkturprogrammen erleben, um alle Teile der etablierten und heterodoxen Wirtschaft zu befriedigen. Aber sie werden nicht funktionieren. Der Handels- und Technologiekrieg ist der Auslöser für einen neuen globalen Einbruch.

Quelle: https://thenextrecession.wordpress.com/ 2019/08/24/its-all-going-pear-shaped/

■ Übersetzung: Björn Mertens

FLIESSEN DIE PROTESTE **INEINANDER?**

Mit Sicherheit steht bei Abschluss dieses Artikels (am 10./11. Oktober 2019) noch nichts fest. Doch es bestehen erste Anzeichen für den Aufbau eines Kräftemessens mit der Regierung unter Präsident Emmanuel Macron und Premierminister Edouard Philippe.

■ Bernard Schmid

In Frankreich, wo fünf staatlich anerkannte Gewerkschafsdachverbände nebeneinander existieren, trafen sich am 1. Oktober mehrere Verbände vom eher linken Flügel. Es handelte sich erstens um die CGT (ältester und noch immer relativ kämpferischer Gewerkschaftsdachverbände in Frankreich), zweitens um die Union syndicale Solidaires (ein nicht offiziell als Dachverband anerkannter Zusammenschluss linker und linksalternativer Basisgewerkschaften, die meist unter der Bezeichnung SUD firmieren) und drittens um die FSU, also den spezifischen Zusammenschluss von Gewerkschaften im Bildungswesen. Viertens nahm auch Force Ouvrière oder FO (ungefähr "Arbeiterkraft", der drittstärkste Dachverband unter den französischen Gewerkschaften) an dem Treffen teil. Die drei zuerst genannten (CGT, Solidaires, FSU) waren in den letzten Jahren häufig Verbündete, wenn es um den Protest gegen regressive Regierungsreformen im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik ging. FO hingegen ist in der Regel zuvörderst um die eigene Profilierung bemüht und sicherlich kein zuverlässiger Bündnispartner für linksgewerkschaftliche Kräfte, zieht jedoch bisweilen mit am selben Strang.

Am Ende des Treffens erklärten die vier Verbände gemeinsam, "die Perspektive eines berufsgruppenübergreifenden Streiks (grève interprofessionnelle)" eruieren zu wollen. Garantie, dass es zu einem größeren Arbeitskampf kommt, ist dies in diesem Stadium noch keine. Doch die Idee ist ausgesprochen, der Vorschlag liegt auf dem Tisch.

Rentenreform

Doch worum ginge es bei einer breiteren Streikbewegung, wenn es dazu kommt? Derzeit plant die französische Regierung eifrig an der nächsten sogenannten Rentenreform. Sie folgt jenen von 1995, die durch eine Streikbewegung zum Gutteil jemer verhindert werden konnte, und denen von 2003, 2010 und 2013/14. Im Kern wird es darum gehen, dass das Mindestalter für die Rente auf 64 angehoben wird, auch wenn diese Grenze regierungsoffiziell anders firmiert, nämlich als "Scharnieralter" (âge pivot). Letztere Formulierung soll bedeuten, dass es auch vor Erreichen dieses Mindestalters möglich bleiben soll, in Rente zu gehen, doch nur mit Strafpunkten bzw. Abschlägen bei der Rente.

Zurzeit gilt noch das Mindestalter von 62 Jahren (vor den "Reformen" dieses Jahrzehnts lag es bei 60 Jahren). Vor Erreichen dieses Alters ist es auch mit dem Vorweisen aller Beitragsjahre bisher schon nur mit finanziellen Einbußen möglich, in Rente zu gehen, von historisch erkämpften Sonderregelungen für einzelne Beschäftigtengruppen (bspw. im Transportsektor) abgesehen. Erforderlich dafür waren:

- vor der "Reform" von 1993 in der Privatwirtschaft bzw. 2003 in den öffentlichen Diensten: 37,5 Beitragsjahre;
- danach: zunächst 40 Jahre (mit schrittweiser Anhebung: je ein Quartal mehr pro ablaufendem Jahr, d. h. die Reform greift für mittlere und jüngere Jahrgänge voll);
- nach einer "Reform" unter Nicolas Sarkozy im Jahr 2010: perspektivisch 41,5 Jahre (mit schrittweiser Anhebung);
- nach einer "Reform" unter dem Spezialdemokraten François Hollande: künftig 43 Beitragsjahre (mit schrittweiser Anhebung bis zum Rentenjahrgang 2035);
- Strafpunkte bzw. finanzielle Abzüge bei fehlenden Beitragsjahren entfallen erst ab Erreichen eines Alters von 67.

Das künftige "Scharnier"alter von 64 soll bedeuten, dass es auch bei Vorliegen aller oben genannten erforderlichen Beitragsjahre vor Eintritt dieses Alters nur mit Einbußen möglich ist, aus dem Erwerbsleben auszuscheiden.

Ferner sollen künftig die erworbenen Rentenrechte nicht mehr in Höhe eines festen Geldbetrags ausgedrückt werden, sondern in "Punkten". Bislang ergab sich der Geldbetrag aus einem Prozentsatz vom bisherigen Einkommen, zuzüglich jährlich stattfindender prozentualer Erhöhungen für den Inflationsausgleich, der allerdings in den letzten Jahren schon ausgebliebenen war.

Den Wert eines "Punktes" wird jedoch die jeweilige parlamentarische Mehrheit alljährlich (neu) berechnen. Wer im Erwerbsleben steht und in die Rentenkassen einzahlt, wird also nicht wissen, wie viel ihre oder seine Rentenpunkte konkret wert sein werden, wenn es dann einmal so weit ist.

Kalkuliert werden soll die Rente künftig auf der Grundlage der individuellen Einkünfte des gesamten Erwerbslebens. Bislang hatte gegolten, dass die 25 Jahre des besten Einkommens im Laufe eines Erwerbslebens (vor der "Reform" von 1993: die zehn besten Einkommensjahre) dafür angerechnet werden; mit Ausnahme des öffentlichen Diensts, wo es quasi automatische Gehaltsentwicklungsund Laufbahnregeln gibt. Dort werden die letzten sechs Monate der Laufbahn zur Berechnung herangezogen.

Offiziell hat die Regierung es jedoch derzeit auf einmal überhaupt nicht mehr eilig, nachdem die "Reform" ursprünglich in diesem Frühherbst 2019 hätte auf dem Tisch liegen sollen. Ihre Inhalte sollen nun im Sommer 2020 konkret verkündet werden - nach den wichtigen Kommunalwahlen (in ganz Frankreich am selben Datum) von Ende März 2020, und wohl mitten im Hochsommer nächsten Jahres.

Premierminister Edouard Philippe kündigte dies am 19. September beim TV-Sender TF1 an, mit der Begründung, man habe doch Zeit, "um alle Situationen in Augenschein zu nehmen". Der Regierung wurde es aber wohl doch inzwischen ein bisschen heiß unter den Füßen. Der Hintergrund ist die mangelnde Popularität des Präsidenten (auch wenn sie nach ihrem Einknicken im Winter 2018/19 im Zuge des Gelbwestenprotests wieder leicht auf gut dreißig Prozent angestiegen ist) wie auch die schlechten Werte für den Premier und natürlich vor allem die Protest-Androhungen.

Streiks im öffentlichen Verkehr

Am 13. September hatten bereits die Beschäftigten der Pariser Metro- und Buslinien (des Betreibers RATP) massiv dagegen gestreikt, und einen Tag lang den öffentlichen Verkehr wirklich so gut wie komplett lahmgelegt - wie es zuletzt im November/Dezember 1995 tatsächlich der Fall gewesen war.

Am 24. September 2019 fanden ferner die seit mehreren Wochen angekündigte Protestdemonstrationen zum Thema statt. Diese waren ursprünglich durch die CGT anberaumt worden, dann hatte sich auch Solidaires ihrem Aufruf angeschlossen. Dann auch die Eisenbahnerbranche des "unpolitischen", faktisch eher rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftszusammenschlusses UNSA, jedoch ohne Streikaufruf bei der Bahn.

Das Ergebnis ist allerdings bislang eher lauwarm, CGT-Generalsekretär Philippe Martinez selbst sprach im Fernsehen am Abend von einem Warmlaufen. In Paris demonstrierten - laut Angaben einer durch die Presse eingerichteten Messstation für Teilnehmer*innen - 12 300 Menschen.

Frankreichweit gingen laut Angaben der CGT 150 000 Menschen in insgesamt 166 Städten auf den Asphalt. Die bürgerlich-konservative Tageszeitung Le Figaro erlaubte es sich, diesbezüglich von einem "Flop" zu sprechen. Wahrscheinlich ist – so steht jedenfalls zu hoffen! – die These vom Warmlaufen eher richtig; sonst gilt es tatsächlich, ein Problem festzustellen.

Dass etwas in Vorbereitung sein dürfte, deutet sich jedoch dadurch an, dass fünf Gewerkschaften beim Pariser Nahverkehrsbetreiber RATP nun geschlossen für den 05. Dezember 2019 zum "unbefristeten" Streik aufrufen; ihnen schloss sich am Abend des 24. September dann auch die Eisenbahngewerkschaft von Solidaires an, also die Branchengewerkschaft SUD Rail (SUD Schienenverkehr). Am 11. Oktober kam die CGT-Branchengewerkschaft in den öffentlichen Diensten (CGT services publics) hinzu, deren

Branchenführung eher deutlich links und kämpferisch ist.

Dem Vernehmen nach diskutiert die CGT bei der Eisenbahn (SNCF) hingegen bisher noch. Seit den Sozialprotesten im Frühjahr 2016 zählt die Eisenbahner-CGT eher deutlich zu den Bremsern bei Streikbewegungen, die auch den Transportsektor erfassen oder erfassen könnten, wie auch auf dem Gewerkschaftskongress des Dachverbands CGT im April 2016 in Marseille deutlich wurde.

Das Datum wurde wohl mit Bedacht gewählt: Am 05. Dezember 1995 fand im Zuge der damaligen Herbststreiks (welche am 24. Nov. 1995 begonnen hatten und bis kurz vor Weihnachten '95 andauerten) der erste Aktionstag mit Demonstrationen statt, bei denen die Millionengrenze bei den Teilnehmer*innen überschritten wurde.

Die Herbststreiks 1995 bilden zusammen mit dem Kampf gegen den "Ersteinstellungsvertrag" CPE (d. h. Angriff auf den Kündigungsschutz für bis 26- bis 30jährige Lohnabhängigen) im März/April 2006 die bislang letzte Streik- und Protestbewegung in Frankreich, welche auf zentraler Ebene der damaligen Regierung eine Niederlage beizubringen vermochte und weitgehend die Rücknahme einer Reform erreichte. Seitdem hat sich die französische Gesellschaft freilich verändert, es bleibt also zu beobachten und zu analysieren, ob bzw. wie schnell und wie weit eine vergleichbare Dynamik erneut greifen kann.

Septemberproteste

Im Laufe des Septembers 2019 wurde in Frankreich zu unterschiedlichen Themen protestiert. Der Regierung ging es dabei ihrerseits weniger darum, solche Proteste zu unterbinden – dies hätte ihr auch nicht gelingen können –, sondern eine *convergence*, d. h. ein Zusammengehen oder Zusammenfließen der verschiedenen Proteste zu verhindern.

Am Samstag, den 21. September d. J. fanden drei Protesttermine am selben Tag statt. Beim ersten ging es um das mittlerweile als traditionell zu bezeichnende samstägliche Stelldichein der Gelbwesten, wie es an jedem Wochenende seit mittlerweile über zehn Monaten, also seit dem 17. November 2018 stattfindet. Den zweiten Protesttermin machten die Klimaproteste aus: Seit September 2018 fanden dazu mehrere große Demonstrationen, mit jeweils mehreren Zehntausenden Menschen allein in Paris, statt. Zum Dritten wurde an diesem Tag auch gegen die drohende nächste Rentenreform protestiert.

Die Mobilisierung zum Rententhema war allerdings nicht der soziale Protest der Lohnabhängigen, den es brauchen wird. Hier handelte es sich eher um ein Schaulaufen einer einzelnen Gewerkschaftsorganisation zum Thema, also darum, deren Apparat zu profilieren. (Vgl. unten)

Klimaprotest und "Gelbwesten": ehrenwerter Versuch von ATTAC und Solidaires, doch repressiv unterbunden

Dass Klimaschützer*innen und Gelbwesten zusammengehen, versteht sich oberflächlich betrachtet nicht unbedingt von selbst, da der Auslöser für die Entstehung der Gelbwestenbewegung im November 2018 ja eine durch die Regierung (unter dem Vorwand einer Reduzierung von CO₂-Emissionen) angeblich ökologisch begründete Spritsteuererhöhung war.

Tatsächlich fanden sich vor allem in der Frühphase der Gelbwestenbewegung auch reaktionäre Dumpfbackenfraktionen innerhalb dieser heterogenen Protestbewegung ein, deren Position zum Autofahren sich mit dem Slogan "Freie Fahrt für freie Bürger" (Copyright bei CDU Hessen 1987) zusammenfassen lässt. Mittlerweile allerdings hat sich das Spektrum dieser heterogenen Protestbewegung hinreichend ausdifferenziert und die reaktionären Kräfte führen diese nicht länger an, da an ihrer Basis recht massiv linke, auch gewerkschaftsnahe Kräfte bereits seit Ende November/Anfang Dezember 2018 hinzugekommen sind. Auch wenn man in den kleineren Städten und ländlichen Gegenden jeweils darauf schauen muss, mit wem man es konkret zu tun hat, wenn man auf Gelbwestengruppen trifft: Vom Besten bis zum Schlimmsten ist in inhaltlicher Hinsicht alles vertreten, wobei örtlich meistens je eine Couleur prägend wirkt.

Kurz, es schien möglich, auf eine "Konvergenz" (convergence) zu setzen. Die Vereinigung ATTAC und die Union syndicale Solidaires, also der Zusammenschluss linker Basisgewerkschaften (kurz Solidaires) – meldeten eine Kundgebung in Paris für den Samstagvormittag (21.09.) unter dem Motto "für Klima und soziale Gerechtigkeit" an. Dadurch dockten sie sowohl an den Klimaschutz an als auch an die sozialen Anliegen, die mittlerweile die Gelbwestenbewegung doch stark prägen (auch wenn es örtlich immer noch hier und da eher reaktionäre, kleinbürgerliche Steuersenkerfraktionen gibt).

Diese Kundgebung wurde jedoch nicht nur nicht genehmigt, sondern sogar ausdrücklich behördlich verboten. Die Regierung versuchte also, das, was für sie mutmaßlich inhaltlich am riskantesten ist – also das Zusammengehen unterschiedlicher Protestkräfte, die aktiv zusammenarbeiten – mit repressiven Methoden zu unterbinden.

Vordergründig und offiziell berief die Regierung sich

natürlich nicht auf dieses Ansinnen, sondern darauf, dass von "schwarzen Blöcken" und ihren Protestmethoden eine Gefahr bereits im Vorfeld ausgehe (vor allem Glasbruch + Kamerapräsenz, was den Eindruck radikaler Aktion vermitteln soll). Dies war eine öffentlichkeitswirksame Stellungnahme der Regierung, die natürlich, wie in einer selbsterfüllenden Prophezeiung, ebenjene "schwarzen Blöcke" in den Augen besonders auch vieler junger Menschen als a.) besonders radikal, b.) besonders gefährlich, c.) besonders verboten und deswegen d.) besonders interessant erscheinen lässt. Es handelt sich um eine Scheinpolarisierung zwischen Regierenden und vermeintlich besonders radikal agierenden Kräften, die der Regierung durchaus gelegen kommt - da sie dadurch das Terrain der Auseinandersetzung wählt, die demnach zuvörderst mit polizeilichen Mitteln statt mit Massenkämpfen und Streiks ausgetragen wird.

Und natürlich kam es ungefähr so, wie es nach solcherlei selbsterfüllenden Ankündigungen aus dem Regierungslager beinahe zwangsläufig kommen musste...

Bereits am Vormittag kam es gegen 11 Uhr auf den Champs-Elysées zu massiven Tränengaseinsätzen. Einmal mehr hatten Angehörige der Gelbwestenbewegung (von denen viele inzwischen bei heißeren Aktionen just keine gelben Westen mehr tragen, um weniger leicht polizeilich identifizierbar zu sein) auf der so genannten Prachtmeile und dadurch in der Nähe des Elysée-Palasts zu demonstrieren versucht. Dies steigerte selbstredend die Wut unter den jungen Linksradikalen plus aktionsdurstigem Anhang - mit und ohne Vermummung - einerseits und den Wutbürgerfraktionen der Gelbwesten andererseits, die entsprechend motiviert in kleineren Gruppen durch die Stadt zogen. Die sozialdemokratische Tageszeitung Libération stellte im Anschluss bilanzierend fest, der "Akt 45" (d.h. fünfundvierzigste Protestsamstag in Folge) der "Gelbwesten" in Paris sei "durch die Staatsgewalt anästhesiert" worden.

Um 14 Uhr sollte dann im Pariser Zentrum, in der Nähe des Jardin du Luxembourg, die Demonstration zum Klimaschutz losgehen. Bis zu einem Drittel hatten sich dort gelbe Westen angelegt, was auch ein wichtiges Symbol darstellt, dafür, dass tatsächlich eine gewisse "Konvergenz" stattfindet.

Erwartungsgemäß (weil im Vorfeld herbeibeschworen) formierte sich dort aber auch ein Pulk von circa 1000 teilweise Vermummten, den die Polizei wiederum zum Vorwand nahm, um ziemlich frühzeitig massiv in die Demonstration hineinzugrätschen und auch Reizgas einzusetzen. Dies geschah auch ohne Rücksichtnahme auf anwesende Frauen und Kinder.

Am Ende vom Lied musste die Demonstration vorzeitig abgebrochen werden bzw. konnte nicht geschlossen zu ihrem Ziel im Pariser Süden laufen. Organisationen wie Greenpeace forderten im Laufe des Nachmittags die gewaltlos Demonstrierenden dazu auf, den Protestzug zu verlassen - beschuldigten jedoch in ihren Presseverlautbarungen auch und besonders das eskalierende Vorgehen der Polizei. Am Ende des Tages befanden sich 158 Personen im Polizeigewahrsam.

Eher institutionell orientierte Verbände wie Greenpeace schafften es am Spätnachmittag dann auf ihre Weise, doch noch ein öffentlichkeitswirksames Zeichen zu setzen, indem sie Riesentransparente von mehreren Pariser Seine-Brücken abrollten Inhaltlich wurde darauf auch Emmanuel Macron, als heuchlerischer Klimaschutz-Redner auf internationalem Parkett - wie am Abend desselben Tages bei der UN-Vollversammlung in New York - mit magerer Bilanz im eigenen Land, attackiert.

In den folgenden Stunden gab die Pariser Polizeipräfektur stolz bekannt, sie sei "Herrin der Situation" geblieben. Insgesamt nahmen laut Presseangaben 15 000, laut Veranstalterzahlen eher 50 000 Menschen an der samstäglichen Klimademonstration teil; die Polizeipräfektur erwähnte ihrerseits die Zahl 16 000. Es lässt sich damit aber auch festhalten, dass die Demonstration zum Klimathema erheblich unterhalb ihrer quantitativen Möglichkeiten blieb, in Anbetracht des internationalen Protestkontextes besonders bei diesem Thema und angesichts dessen, dass etwa im September 2018 schon locker 50 000 Menschen für dieses Thema in Paris auf die Straße gegangen waren. Zweifellos trug zum relativen Misserfolg die Polarisierung in der Medienberichterstattung zum "Gewaltthema" im Vorfeld bei.

Rententhema: FO macht den Alleinreiter am 21.09.19

Am selben Samstag fand aber auch – wie erwähnt - eine Demonstration zur anstehenden Rentenreform statt, veranstaltet allerdings durch einen einzigen Gewerkschaftsverband.

Organisatorin des Samstagsmanövers war der drittstärkste Gewerkschaftsdachverband in Frankreich unter dem Namen Force Ouvrière (FO, ungefähr "Arbeiterkraft"), eine politisch höchst schillernde Vereinigung. Entstanden war sie 1947/48 (während des Kalten Krieges) aus einer Abspaltung von der CGT, die damals tatsächlich noch von der französischen KP dominiert war.

Bis heute umfasst FO ein Spektrum von rechten bis rechtsextremen Kräften, sozialdemokratischen Fraktionen (die den Dachverband de facto weitgehend leiten) und einer als links geltenden Politsekte, die gemeinhin als "Lambertisten" bezeichnet werden. Es ist eine skurrile Unterströmung im inhaltlich heterogenen Spektrum des französischen Trotzkismus, die aber eher nach stalinistischem Modus funktioniert. Die Lambertisten kontrollieren nicht unerhebliche Teile des Apparats von FO, treten intransparent und mafiaartig auf und reißen sich Posten unter den Nagel, wo immer möglich; inhaltlich sind sie heute (de facto) weitgehend nationalistisch, da an allem Unheil in Frankreich die EU als große-böse-schlimme Verschwörung gegen die Republik (die nach ihrem Urteil eigentlich eine grundsoziale Veranstaltung ist) die Schuld

Zusammen hält der Laden nur deswegen, weil zwischen diesen unterschiedlichen Strömungen, von weit rechts stehenden Kräften bis "Lambertisten", über Politik – auch im Sinne von Gesellschaftspolitik - nicht gesprochen wird, sondern nur jeweils innerhalb des eigenen Klüngels. Nach außen hin tritt FO als vorgeblich "unpolitisch und reinen Gewerkschaftsthemen verbunden" auf, was in Wirklichkeit auf keine einzige der beteiligten Fraktionen zutrifft.

Sicherlich: An der Basis von FO trifft man, je nach Unternehmen und Branche, mitunter auch auf "ehrliche", keinem/r der beteiligten Fraktionen und Politklüngel verbundene und an sozialem Protest orientierte Gewerkschafter*innen. Denn zwar trat FO bis in die frühen 1990er Jahre als "moderateste" unter den grö-Beren Gewerkschaftsvereinigungen in Frankreich auf, doch seit ihrer Teilnahme an den Herbststreiks im November/Dezember 1995 hat die Leitung des Dachverbands diesbezüglich das Ruder herumgeworfen. Denn damals verfolgte sie das Kalkül, infolge des Verschwindens des sowjetischen Blocks und der UdSSR und des erwarteten bzw. bereits eintretenden Bedeutungsverlusts der französischen KP werde man durch ein protestorientiertes Auftreten die bisherige Basis der CGT herüberziehen. Dies ist so nicht gelungen, doch FO hat seitdem den Platz als privilegierten "Sozialpartner" von Regierung & Kapital an die rechtssozialdemokratisch geführte CFDT (d. h. den nach Mitgliederzahlen zweitstärksten, laut Wahlergebnissen seit kurzem stärksten Gewerkschaftsdachverband in Frankreich) abgetreten und tritt verbal eher als "Protestgewerkschaft" auf. Auch wenn in einzelnen Branchen FO mitunter die

schlimmsten Abkommen mitunterzeichnet, ähnlich wie

Zwar ging also die Demonstration vom 21. September als "Auftakt zum Protest gegen die Rentenreform" durch die Presse. Doch den wirklichen Kampf der Lohnabhängigen gegen die Regierungspläne, unabhängig von Organisationsinteressen gilt es erst noch zu organisieren. Möglicherweise kommt er in den kommenden Monaten in die Gänge.

11.10.2019 Bernard Schmid lebt und arbeitet in **Paris**

FÜR EINE PERMANENTE KOORDINATION DER KÄMPFERISCHEN LINKEN

Das folgende Interview mit Olivier Besancenot führte Agathe Mercante.

Agathe Mercante: Die Rentenreform, das Bioethikgesetz, die in diesem Sommer verstohlen verabschiedete Reform der Arbeitslosenversicherung ... Wie wird der Wiederbeginn [nach der Sommerpause] sich anlassen?

Olivier Besancenot: Er sollte sozial und politisch sein. Aber mehr als ein Wiederbeginn wird er auch die Verlängerung alles dessen sein, was im letzten Jahr passiert ist. Die Sache mit den Gelbwesten ist noch nicht abgeschlossen. Nur auf der Seite der Mächtigen kann man sich vorstellen, dass dieses "Intermezzo" definitiv abgeschlossen ist und die Dinge "endlich" wieder in der Reihe sind. Die Anfälligkeit der Regierung hat sich diesen Sommer erneut im Verlauf der Affäre Rugy [der Umweltminister, der gezwungen war zurückzutreten] gezeigt sowie am 14. Juli, als Macron auf den Champs-Élysées ausgepfiffen wurde. All das zeigt uns, dass sich das Regime in einer permanenten Krise befindet, was schon vor dem Beginn der Gelbwestenbewegung der Fall war. Eben deshalb ist die Mobilisierung besonders explosiv gewesen.

Angesichts dieser unfertigen Entwicklung hat die Regierung nachdrücklich die Absicht, mit den weitreichenden strukturellen Reformen alles auf eine Karte zu setzen. Dazu gehören die diesen Sommer verabschiedeten Dekrete zur Arbeitslosenversicherung, die sehr große Auswirkungen für mindestens die Hälfte der Arbeitslosengeldbeziehenden haben werden - sowohl die Dauer des Bezugs als auch die Anzahl der Bezugsberechtigten

betreffend. Da die Arbeitslosen in diesem Land aufgrund des ideologischen Gifts, das gegen sie verspritzt wird, keine sehr gute Presse haben, ist die Antwort, die zu erwarten gewesen wäre, ausgeblieben.

Ganz anders wird es bei der anderen Strukturreform aussehen, der Rentenreform - weil es sich hierbei historisch um eine heikle Frage handelt. Die Kombination dieses traditionell explosiven Bereichs mit der Fortsetzung der Gelbwestenbewegung legt nahe, dass alles möglich ist. Es geht darum, dass der Neubeginn schnell wieder auf dasselbe Niveau gelangt wie die Wochen der intensivsten Kämpfe des vergangenen Jahres.

Was halten Sie vom Bericht Delevoye¹, der in diesem Sommer veröffentlicht wurde?

Die Argumentation der Regierungsmitglieder zu den Renten ist eine pure Heuchelei. Sie denken vielleicht, den kleinen semantischen Kniff gefunden zu haben, damit sie sagen können, dass sie ihre Versprechen gehalten haben und das gesetzliche Renteneintrittsalter bei 62 Jahren bleibt, aber niemand lässt sich täuschen. Mit einer Richtschnur von 64 Jahren und dem Bonus-Malus-System, das uns der vollen Rente beraubt, ist klar, dass sich nicht viele Menschen den Luxus leisten können, allein auf der Grundlage ihrer Beiträge in Rente zu gehen, vor allem wenn man die Höhe der aktuellen Renten kennt.

Eine Abkehr von den 64 Jahren und eine gleichzeitige Erhöhung der Beitragsdauer, wie es Macron sich vorzustellen scheint, läuft exakt auf dasselbe hinaus. Es ist der Baum, der den Wald verbirgt, denn diese Reform zielt im Kern darauf ab, ein System zu kippen, das bereits unzureichend und kritikwürdig war, aber das dennoch auf einer Logik der Aufteilung – also der Solidarität – beruhte, zugunsten eines individualisierten Punktesystems, mit dem man gewiss weniger erhalten wird als mit dem aktuellen System. Für die Berechnung der Rente wird die gesamte berufliche Karriere in Rechnung gestellt werden, nicht nur die besten Jahre, d. h. die besten Löhne. Automatisch werden damit die Renten sinken.

Zweitens ist gewiss, dass wir den exakten Betrag unserer Renten nicht im Voraus kennen werden, denn der Berechnungspunkt wird jedes Jahr neu bestimmt werden. Dies sind alles Vorhaben, die wir im Detail noch nicht kennen, und das für einen Lebensabschnitt, der keine kurze Episode ist, denn in ihm entgehen wir der Ausbeutung bei der Arbeit. In der Praxis werden alle vor dem 64. manchmal sogar, ohne die Wahl zu haben – infolge von Umstrukturierungen der Betriebe und von Arbeitsplatzabbau, aber mit einer Elendsrente. Einfach um zu leben, werden wir gezwungen sein, unsere Renten mit zusätzlicher Altersversorgung aufzufüllen und wider Willen den einträglichen Markt aufzupäppeln, auf den die privaten Versicherungen warten.

Könnte die individualistische Mentalität, die unsere Gesellschaften kennzeichnet, dazu führen, dass diese Reform glatt über die Bühne geht?

Alle werden begreifen, dass sie weniger bekommen. Denn es gibt eine weitere, sehr tiefsitzende Tradition in diesem Land: Wenn man an unser Portemonnaie geht, sind wir schnell gereizt. Im allgemeinen glaube ich nicht an die Mär, dass es eine massive Unterstützung für das Projekt von Macron gibt. Es geht vielmehr darum, ob sich Angst und Resignation breitmachen oder stattdessen die Revolte und die Wut wieder zutage treten.

Die Regierung täuscht sich, wenn sie sich einbildet, dass sie uns gleichzeitig an allen Fronten angreifen kann, ohne dass es in dem einen oder anderen Moment eine Antwort unsererseits gibt, und ohne zu erkennen, dass die soziale Protestbewegung erneut auf die politische Bühne stürmt. So konnte man Anfang Dezember 2018 feststellen, an welchem Punkt sie rasch subversiv werden konnte.

Könnte diese Reform eine umfassende soziale Protestbewegung auslösen?

Die Frage der Renten ist Dynamit in diesem Land. Ich weiß nicht, ob sie die Mutter aller Schlachten ist, aber sie beschwört in jedem Fall viele Dinge herauf. Die Renten sind ein Recht, das durch einen großen Kampf errungen wurde. Hinter dieser Reform steckt die Absicht, einen bestimmten Teil des gesellschaftlichen Lebens abzuschaffen. Auch wenn sie bereits in den letzten dreißig bis vierzig Jahren stark eingeschränkt wurde.

Die sozialen Bewegungen und die politischen Parteien in der Opposition treten jedoch nicht einheitlich auf. Wie kann eine Einheit hergestellt und Protest gefördert werden?

Wir erleben gerade den Beginn eines neuen Zyklus des Klassenkampfs. Dies zeigt uns die Bewegung der Gelbwesten. Der Klassenkampf ist nie so, wie wir ihn uns wünschen, er ist wie er ist. Nach einem Ausdruck von Rosa Luxemburg ist er ein "Teil des wirklichen Lebens".

Wir haben die Demonstration, die inzwischen Zehntausende - vielleicht mehr - Ausgebeutete, Unterdrückte umfasst, die neue Formen des Kampfes erproben werden, ohne dafür um Erlaubnis zu fragen – mit dem einzigen Ziel, dort zu gewinnen, wo die früheren Aktionsformen in diesen letzten dreißig Jahren gescheitert sind. Denn es ist eine Tatsache, dass wir, außer gegen die Reform der Sozialversicherung 1995 unter Juppé und gegen den CPE (Contrat premiere embauche, Ersteinstellungsvertrag) 2006 unter Villepin, nur Niederlage auf Niederlage aufgehäuft haben. Was ist da in diesem Kontext natürlicher, als neue Formen des Widerstands und des Kampfes zu entwickeln? Unsere Rolle besteht darin zu versuchen, eine Synthese zwischen den besten Traditionen der Arbeiterbewegung und diesem neuen Typ von Mobilisierungen herzustellen. Wann? Wie? Das lässt sich nicht dekretieren. Niemand kann den Beginn der großen sozialen Protestbewegung anpfeifen. Sie wird nicht "inszeniert", um noch einmal Rosa Luxemburg zitieren.

Aus der Sicht der organisierten Kräfte besteht dagegen unsere Verantwortung darin, ein Sammelbecken entstehen zu lassen, das eine Verbindung zu dieser Kampfkraft bildet, ein gemeinsamer Ort, wo wir unsere Taktiken in den Mobilisierungen diskutieren können, aber auch die Politik im besten Sinne des Wortes. Daher rührt unser Vorschlag der "permanenten Koordination der kämpferischen Linken" – der Name, dem wir dem geben werden, spielt keine Rolle. Es geht darum, einen neuen demokratischen Ort zu erfinden, auf lokaler wie auf nationaler Ebene, wo wir uns regelmäßig treffen können, um Strategien und Aktionen frei

zu diskutieren. Es geht nicht darum, eine x-te Koalition zu schaffen, die die bestehenden Parteien, Gewerkschaften, Bewegungen oder Kollektive ersetzen will.

Worin besteht dieser Vorschlag?

Dies wird von dem Bestreben nach Einheit der einen wie der anderen abhängen. Kein Projekt dieser Art kann auf der Grundlage des Vorschlags einer einzigen Organisation oder einer einzigen Denkrichtung basieren. Wir stellen diese Perspektive nur zur Diskussion. Man muss sich für die Diskussion Zeit nehmen. Augenblicklich wirken die Europawahlen noch auf einen Teil unseres Milieus und unseres Lagers nach. Man muss das noch verdauen, verrauchen lassen, aber vor allem begreifen. Gehen wir also nicht schneller, als die Musik spielt.

Gleichwohl bleibt die oben gestellte Frage: Was kostet es uns, wenn wir akzeptieren, uns regelmäßig zu treffen, um zu diskutieren, einschließlich über unsere Fähigkeit gemeinsam zu handeln? Nehmen wir die Renten: Beschließen wir, ja oder nein, zu Beginn des neuen Zyklus gegen das ganze Szenario vorzugehen, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, um den ideologischen Schlachtplan der Regierenden zu durchkreuzen?

Die Privatisierung des Pariser Flughafens ist auch eine wichtige politische Frage. Wenn die Möglichkeit besteht, bei einem so sensiblen Thema wie den Privatisierungen der Regierung eine Niederlage beizubringen, stellen wir uns das Ausmaß vor, das das annehmen kann. Unter der Bedingung, dass die radikale Linke eine entsprechende Kampagne führt. Zwei Prozesse finden statt: Einerseits antworten wir – was uns eine gute Lösung scheint – auf den Appell von Attac und der Fondation Copernic, um eine Kampagne vom selben Typ zu führen wie 2005 gegen den europäischen Verfassungsvertrag, andererseits fangen einige an, eine schmutzige Kampagne mittels Allianzen mit der Rechten zu führen, im Namen der Verteidigung des Familiensilbers und des nationalen Erbes. Die Einheitskampagne, die viele von uns erwarten, beruht auf unserer gemeinsamen Ablehnung von Privatisierungen im Namen einer bestimmten Idee vom öffentlichen Dienst. Auf diese Weise können wir hoffen, die Verbindung mit allem herzustellen, was anderswo passiert: bei den Notaufnahmen, in den Schulen, bei der Post, der Eisenbahn ...

Im Jahr 2018 waren Sie der Architekt der Allianz von Gewerkschaften und Parteien der Linken gegen die Bahnreform. Daraus ist aber nicht wirklich etwas geworden ...

Das ist nicht wahr: Es ist einiges geschehen, Demonstrationen, Versammlungen, Initiativen, gemeinsame Aktionen an der Seite von Streikposten. Wir wollen uns nicht an die Stelle der sozialen Mobilisierung stellen, die wir nicht dekretieren, sondern unterstützen, um ihr Kraft und Zuversicht zu verleihen. Den einen wie den anderen zu zeigen, dass sie nicht allein sind. Diese Einheitsinitiativen sind nützlich, aber sie geschahen in einer Phase, in der wir geschlagen wurden. Seitdem hat sich die Lage passabel entwickelt, aber dieses Beispiel gibt uns eine Lehre: Vor einem Jahr fragten wir uns, was wir tun müssten, um uns nach den Streiks der Studierenden gegen die restriktive Studienplatzvergabe und den Streiks der Eisenbahner wieder aufzurichten. Wir vergessen nie, dass nur vier Monate später die Gelbwesten die Regierenden für mehrere Wochen zittern ließen. Die Besitzenden hatten wirklich Angst, die Kontrolle über die Lage zu verlieren, das war ein freudiger Moment.

Worin liegt nun das Problem? Allgemein gesehen war diese beispiellose Mobilisierung für die soziale, gewerkschaftliche und politische Linke eine verpasste Gelegenheit. Auch wenn Aktive der verschiedenen Organisationen, darunter wir, an den Demonstrationen, den Versammlungen an den Kreisverkehren und den Versuchen zur Koordination teilgenommen haben. Es ist jedoch nicht nützlich, in den Rückspiegel zu schauen. Es bedeutet einfach, dass wir uns von nun an entschließen müssen, vollständig dabei zu sein, was auch immer die Zweifel oder die legitimen Kritikpunkte sein mögen.

Weder bei den Klimademonstrationen noch bei der Gelbwestenbewegung ist es einer Politik gelungen, die Einheit der Kämpfe herzustellen. Was ist Ihre Rolle?

Jeder macht seine eigene Erfahrung. Wie wir hat die Gelbwestenbewegung gelernt, die eigenen Grenzen zu erkennen. Sie sind sich darüber klar geworden, dass es nicht ausreicht, jeden Sonnabend Demonstrationen durchzuführen. Es hat Versuche von Koordinationen in Commercy, Saint-Nazaire gegeben. Beziehungen wurden geknüpft mit dem Komitee "Gerechtigkeit für Adama". Das meine ich, wenn ich von Einvernehmen und Bündnissen spreche. Es ist nicht erforderlich, sich an die Gelbwestenbewegung zu wenden und zu sagen: "Wir haben die Antwort." Das Bestreben besteht vielmehr darin, auf der Höhe einer Situation zu sein, die alle überrumpelt hat, indem man sich kollektiv zum Engagement entscheidet. Aber an unserem angemessenen Platz, in solidarischer Beziehung mit

denjenigen, die diese soziale Protestbewegung bilden. Es bleibt das politische Hauptproblem. In dieser sozialen und politischen Gärung haben die antikapitalistischen Kräfte beschlossen, nicht wahrnehmbar zu sein.

Warum?

Ich denke, dass wir nicht hoffen können, etwas politisch zu erreichen, wenn derartige Gelegenheiten versäumt werden. Gewiss haben Einheitstreffen während der Mobilisierung stattgefunden, aber sie haben leider wenig Auswirkungen gehabt, entgegen dem, was uns während des Bahnstreiks gelungen ist. Da diese Art sozialer Konflikte sich zu wiederholen verspricht, ist es nötig zusammenzukommen, auch mit lauten Zweifeln oder gemeinsamem Zögern.

Die radikale Linke ist weitgehend Gefangene der Agenda der Fünften Republik geworden. Doch alle sagen, dass sie sich daraus befreien wollen. Aber wenn Sie alle für die Präsidentschaftswahlen 2022 vorgesehenen Rennställe auf der Linken der Linken zusammenaddieren, füllen Sie alle Pferderennbahnen Frankreichs! Es ist höchste Zeit, über Politik im guten Sinne des Wortes, Taktik und Strategie ohne elektoralistische Hintergedanken zu sprechen. Das ist die einzige Methode, die wir nie versucht haben! Versammeln wir uns, um alles zu diskutieren, Themen, die uns ärgern, wie jene, die uns einen. Und was ist das alles? Die Aufteilung des Reichtums, die Ökologie, Flüchtlingsrechte, Frauenrechte, die Alternative gegenüber dem autoritären Kurs, den die Regierenden eingeschlagen haben Zahllose Themen, die uns zusammenschweißen.

Doch jetzt sind wir unfähig, gemeinsam in dasselbe Horn zu stoßen. Was bei den Europawahlen geschehen ist, sollte alle alarmieren. Alle verstehen gut das politische Vabanquespiel, das Macron gerade betreibt. Er ist bestrebt, für eine weitere Amtszeit zu kandidieren, indem er die einzige Munition verwendet, die ihm noch bleibt: sich als einziges Bollwerk gegen die extreme Rechte zu präsentieren.

Was ihr seit 2017 alle sagt, von der PS bis zur radikalen Linken ...

Wir repräsentieren bescheiden, was wir sind. Wir treffen nicht notwendigerweise das Richtige, aber wir sind da, präsent, mit unserer Aufrichtigkeit und unserem militanten Enthusiasmus. Die Situation ist nicht mehr dieselbe wie 2017, die Karten wurden neu gemischt – einschließlich links der Linken. Heute kann sich niemand mehr eine Sekunde lang vorstellen, allein um sich herum alle Kräfte

zu versammeln und alle Formen der Radikalität links der Linken zu verkörpern. Ich glaube, ich hoffe, dass viele sich dessen bewusst geworden sind. Was will La France insoumise, wenn es die Idee eines "Bündnis des Volkes" (fédération populaire) beschwört? Diesen gemeinsamen Raum? Eine neue Bewegung für 2022? Das müssen sie sagen, debattieren. Was mich betrifft, so benutze ich das Bild eines Gewerkschaftshauses, das "remastered" ist, wo jede und jeder hinein- und herausgehen kann, wie sie oder er will, wo alle ihre Lokale haben, mit oder ohne Organisation. Aber wenn es eine bessere Idee gibt, nehme ich sie, ohne zu zögern.

Warum arbeitet Ihre Partei, die NPA, an dieser Annäherung?

Wir waren immer traditionell für die Einheit. Das Ergebnis der Europawahlen war leider vorherzusehen. Das soll nicht heißen, dass die Geschichte zu Ende ist. Im Gegenteil, das Scheitern sollte uns erlauben, die Situation anders anzugehen, indem wir beschließen, 30 Sekunden an die Wahlen zu denken, und politisch diskutieren, ausgehend von der Gesellschaft, wie sie ist, wie sie auseinanderbricht, wie sie Widerstand leistet, mit ihren Stärken, ihren Schwächen, in ihrer ganzen Komplexität. Und indem wir akzeptieren, dass wir versuchen, gemeinsam zu handeln, gemeinsam zu schlagen. In den politischen Bewegungen und sozialen Organisationen bahnt sich die Idee ihren Weg. Man muss sich Zeit lassen, die guten Kader für ihre Verwirklichung zu finden, auch wenn dies ein wenig frustrierend ist: Es wäre wünschenswert, dass wir sofort beim Neubeginn dem Zeitgeist eine deutliche politische Antwort entgegensetzen. Allein schon, um den schlimmsten Feinden, Macron und Le Pen, nicht länger zu erlauben, das politische Leben nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen.

Aus: Politis, 4. September 2019

- Übersetzung: HGM
- 1 "Pour un système universel de retraite", Bericht, den der Hochkommissar für die Rentenreform, Jean-Paul Delevoye, am 19. Juli 2019 der Regierung unterbreitet hat.

DER KAPITALISMUS GEGEN DEN KOHLENSTOFFKREISLAUF

Kohlenstoffkreisläufe regulieren die Temperatur auf der Erde und sind für wesentliche Voraussetzungen des Lebens verantwortlich. Die kapitalistische Industrie und Landwirtschaft sprengen diese lebenswichtigen Systeme.

■ Ian Angus

Entgegen den Behauptungen der Wissenschaftsleugner ist der Treibhauseffekt eine erwiesene Tatsache. Die Rolle von Kohlendioxid bei der Erwärmung der Erde wurde 1859 vom Physiker John Tyndall nachgewiesen, und seine Arbeit wurde mehrfach bestätigt. Wenn es kein CO₂ in der Luft gäbe, wäre die Durchschnittstemperatur der Erde bei minus 18 Grad Celsius (null Grad Fahrenheit), die Ozeane wären gefroren und das Leben, wie wir es kennen, wäre nie entstanden.

Alle, die behaupten, dass die Erhöhung der Kohlendioxidmenge in der Atmosphäre die Temperatur auf der Erde nicht erhöht, müssen also erklären, warum die Gesetze der Physik nicht gelten.

Doch während die Physik des Treibhauseffekts längst bekannt ist, hat die Wissenschaft erst in den letzten Jahrzehnten die natürlichen Prozesse, die den CO₂-Spiegel in der Atmosphäre und damit die globalen Temperaturen seit Millionen von Jahren stabilisieren, vollständig verstanden.

Dieser Artikel beschreibt, wie der globale Kohlenstoffkreislauf funktioniert, wie er gestört wird und warum er den durch den Kapitalismus verursachten metabolischen Riss nicht heilen kann.¹

Kohlenstoff ist der Grundstoff jeden Lebens. Jedes Lebewesen, von Mikroben bis zu Walen, von Algen bis zu Mammutbäumen, besteht aus Kohlenstoffmolekülen. Das planetarische Klima wird durch Kohlendioxid reguliert, das seit Milliarden von Jahren die globalen Temperaturen in einem Bereich hält, in dem Lebewesen überleben können.

Wie die anderen Elemente, die von der lebenden Materie benötigt werden, wäre die Kohlenstoffversorgung längst erschöpft, wenn sie nicht ständig neu eingespeist würde. Allein die Pflanzen könnten das gesamte Kohlendioxid in der Atmosphäre in lediglich 8 000 Jahren aufbrauchen. Das Leben geht nur weiter, weil Kohlenstoffmoleküle ständig wiederverwertet und in zwei separaten, aber verwandten bio-geo-chemischen Kreisläufen wiederverwendet werden, einem schnellen Zyklus, der durch biologische Prozesse in mikroskopischen Zellen gesteuert wird, und einem langsamen Zyklus, der durch tektonische Kräfte angetrieben wird, die den gesamten Planeten formen.

Schneller Kohlenstoffkreislauf

Der schnelle (oder kurzfristige) Kohlenstoffzyklus dauert von Sekunden bis zu Jahrhunderten, um Kohlenstoff durch lebende Materie, Boden, Ozeane und die Atmosphäre zu schleusen. Sein Antriebsmotor ist die Photosynthese, jener komplexe Prozess, bei dem sich Pflanzen aus der Kombination von Kohlendioxid, Wasser und Sonnenenergie Zucker (Kohlenhydrate) produzieren, den sie zum Wachsen benötigen, und Sauerstoff als Abfallprodukt freizusetzen. Da alle Tiere entweder Pflanzenmaterial direkt konsumieren oder Tiere essen, die dies tun, ist die Photosynthese die Grundlage aller Nahrungsnetze und damit aller komplexen Lebensformen.

Fast das gesamte CO_2 , das die Pflanzen verbrauchen, wird schließlich in die Atmosphäre, ins Wasser oder in den Boden zurückgeführt. Einiges davon wird fast sofort eingeatmet. Einiges kehrt zurück, wenn Pflanzen sterben und durch Mikroben und Pilze zersetzt werden – bei großen Bäumen kann das Jahrzehnte dauern – oder wenn sie verbrennen. Einiges wird von Tieren gefressen und bewegt sich weiter im Kreislauf, wenn sie ausatmen und wenn sie sterben.

Ein Teil des durch Atmung und Zersetzung freigesetzten CO₂ wird von der nahen Pflanzenwelt wiederverwendet, während der Rest in der Atmosphäre diffundiert (svw. gleichmäßig verteilt) oder in Wasser gelöst wird. Wie die Keeling Kurve² zeigt, spiegeln sich saisonale Veränderungen in der CO₂-Produktion schnell in veränderten atmosphärischen Konzentrationen auf der ganzen Welt wider. Ein ähnlicher, wenn auch langsamerer Prozess zirkuliert gelöstes Kohlendioxid in den Ozeanen bei dem an der Meeresoberfläche ein ständiger Austausch von CO₂ zwischen Luft und Wasser stattfindet, der den Gasdruck zwischen den beiden Bereichen ausgleicht.

Diese Prozesse stellen sicher, dass das Pflanzenleben überall Zugang zu den Dutzenden von Milliarden Tonnen Kohlenstoff hat, die es jedes Jahr benötigt. Die ganze Luft, die Sie atmen und alle Lebensmittel, die Sie essen, enthalten Kohlenstoffatome, die den schnellen Kohlenstoffkreislauf schon unzählige Male durchlaufen haben.

Langsamer Kohlenstoffkreislauf

Der langsame (oder langfristige) Kohlenstoffzyklus erstreckt sich über Hunderttausende bis Millionen von Jahren, um Kohlenstoff zwischen der Erdkruste, der Atmosphäre und den Ozeanen zu bewegen.

Sein Motor ist die Plattentektonik, der langsame, aber unermesslich kraftvolle Prozess, der Kontinente bewegt und Materie von tief in der Erde in die Atmosphäre und zurück zirkuliert.

Im langsamen Zyklus gelangt Kohlendioxid bei Vulkanausbrüchen in die Atmosphäre, die, bevor es die Photosynthese gab, die Hauptquelle für atmosphärisches CO₂ waren. Die jährliche Menge ist im planetarischen Maßstab nicht groß, aber sie wird seit Milliarden von Jahren aus der Tiefe an die Oberfläche geschoben, so dass die Summe immens ist. Wäre dies ein Einwegprozess, wäre die Erde längst den Weg der Venus gegangen, mit ihrer dichten CO₂-Atmosphäre und Oberflächentemperaturen, die heiß genug sind, um Blei zu schmelzen.

Glücklicherweise für das Leben auf der Erde wirkt ein weiterer langfristiger Prozess, die *chemische Verwitterung*, die CO₂ etwa so schnell in den Untergrund befördert, wie Vulkane es hinaufbefördern. Es wirkt auf die Erdkruste, die wesentlich mehr Kohlenstoff enthält als die Atmosphäre, die Ozeane, die Erdscholle und alle Lebewesen zusammen.

Regen, der leicht sauer ist, weil er gelöstes CO₂ enthält, baut allmählich freiliegendes Gestein ab. Chemische Reaktionen zwischen Gestein, Wasser und Kohlendioxid produzieren Kalziumkarbonat, das von Flüssen in die Ozeane transportiert wird, wo Plankton, Korallen und andere Tiere es zum Bau ihrer Schalen und Skelette verwenden. Mit der Zeit sterben diese Tiere und ihre harten Teile sinken und bilden schließlich eine Schicht aus kohlenstoffhaltigem Gestein, meist Kalkstein, auf dem Meeresboden. Dadurch wird der Kohlenstoff für Millionen von Jahren gebunden.³

Der Zyklus wird durch die Plattentektonik abgeschlossen. Die Erdlithosphäre (Kruste und oberer Mantel) besteht aus acht großen und etwa 20 kleineren Platten, die jeweils bis zu 100 Kilometer dick sind. Unterhalb der Lithosphäre sind Hitze und Druck so groß, dass das Gestein tatsächlich fließt und die starren Platten sehr langsam mit sich führt. Die Platte zum Beispiel, die Nordamerika trägt, bewegt sich derzeit nur etwa zweieinhalb Zentimeter pro Jahr, aber in Milliarden von Jahren waren solche Geschwindigkeiten ausreichend, um das Gesicht des Planeten immer wieder neu zu erschaffen.

Wenn Platten kollidieren und eine unter die andere geschoben wird, werden riesige Mengen an Gestein in den darunter liegenden Mantel abgetragen. Die Reibung und Wärme dieser "Subduktion" kratzt einen Großteil des Kalksteins ab, der sich auf dem Meeresboden abgelagert hat, und er schmilzt. Dieser bildet zusammen mit anderen umgebenden Gesteinen das Magma und die Gase, die die Vulkane an der Oberfläche ausstoßen.

Kollidierende Platten pressen auch Berge in die Höhe: Der Himalaya zum Beispiel entstand, als die Platte mit Indien vor 50 Millionen Jahren mit der eurasischen Platte kollidierte. Wenn Berge steigen, wird das Altgestein der chemischen Verwitterung ausgesetzt, es bildet sich Kalziumkarbonat und der Kreislauf geht weiter.

Der Geophysiker Roy Livermore fasst die klimatischen Auswirkungen des langsamen Kohlenstoffkreislaufs knapp zusammen: "Kurz gesagt, führt eine Erhöhung des CO₂-Anteils durch den Vulkanismus zu einem Anstieg der Oberflächentemperatur durch den Treibhauseffekt, was zu einer schnelleren Verwitterung führt, was zu einer schnelleren Ableitung von CO2 aus der Atmosphäre führt, gefolgt vom Transport von Karbonaten in Flüssen und dann Ablagerungen in den Ozeanen, was eine Verringerung des atmosphärischen CO2 zur Folge hat, dem eine Abnahme der Oberflächentemperatur folgt".4

Thermostate im Widerstreit

Atmosphärisches Kohlendioxid wurde als Drehknopf des Klimathermostaten der Erde bezeichnet. Wenn mehr CO2 in der Luft ist, steigen die globalen Temperaturen. Wenn es weniger gibt, sinken die Temperaturen. In den letzten 800 000 Jahren, und wahrscheinlich noch viel länger, schwankte der CO₂-Gehalt zwischen 180 ppm in eiszeitlichen (kalten) Perioden und 280 ppm in zwischeneiszeitlichen (warmen) Perioden. Die Tatsache, dass dieser trotz der außergewöhnlichen Prozesse so wenig variierte, zeigt, dass der globale Kohlenstoffkreislauf gut ausbalanciert ist, dass die CO2-Zugabe im Laufe der Zeit eng mit dessen Abbau verbunden war.

Das ist umso bemerkenswerter, als die langsamen und schnellen Zyklen tatsächlich entgegengesetzt funktionieren. Wie der Geophysiker David Archer schreibt:

"In einigen Fällen und auf einigen Zeitskalen wirkt der Kohlenstoffkreislauf als stabilisierender Faktor auf das Klima, als negatives Feedback. ... In anderen Fällen kann der Kohlenstoffkreislauf auf verschiedenen Zeitskalen und mit unterschiedlichen Webdiagrammen von Ursache und Wirkung ein Verstärker der Klimaschwankungen sein, wie er zum Beispiel ein Komplize in den eiszeitlichen Klimazyklen war, die das Gesicht der Erde in den letzten 2 Millionen Jahren verändert haben ..."⁵

Im langsamen Kohlenstoffkreislauf ist die chemische Verwitterung ein Lehrbuchbeispiel für negative Rückkopplungen, ein Prozess, der Veränderungen begrenzt. Wenn die Temperaturen steigen, gibt es mehr Regen und mehr Verwitterung, sodass mehr CO2 entfernt wird und die Temperaturen sinken. Wenn die Temperaturen fallen, gibt es weniger Regen und weniger Verwitterung, so dass der CO₂-Gehalt und die Temperaturen steigen. Dieser Zyklus stabilisiert das Klima der Erde – aber nur im Durchschnitt, über Millionen von Jahren. Auf kürzeren Zeitskalen können die Temperaturen stark variieren.

Der schnelle Kohlenstoffkreislauf hingegen neigt dazu, Temperaturänderungen durch solche positiven Rückkopplungen zu verstärken:

- Kaltes Wasser kann mehr CO₂ als warmes lösen, wie Holli Riebeek von der NASA schreibt: «Mit zunehmenden Temperaturen tritt Kohlendioxid aus dem Meer aus, wie ein Glas Stangenbier, das über einen warmen Tag hinweg schal wird."6
- Wenn sich die Luft erwärmt, nimmt sie mehr Wasserdampf auf, was ein starkes Treibhausgas ist.
- Eis reflektiert viel Sonnenenergie zurück in den Weltraum. Während Gletscher und Meereis schmelzen, nimmt die Rückstrahlfähigkeit der Erde ab - die dunkleren Oberflächen von Land und Meer speichern mehr Energie und verursachen Erwärmung.
- Ein wärmeres Klima führt zu mehr Waldbränden, die CO₂ ausstoßen und die Abdeckung entfernen, die es dem Boden ermöglicht, vergrabenen Kohlenstoff zurückzuhalten.

Es gibt gegenläufige Tendenzen: Mehr Wasserdampf in der Luft bedeutet zum Beispiel auch, dass es mehr Wolken gibt, die verhindern, dass Sonnenenergie an die Oberfläche gelangt. Insgesamt hat der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen jedoch mit großer Überzeugung festgestellt, dass «die Rückkopplung zwischen Klimawandel und Kohlenstoffkreislauf die globale Erwärmung verstärken wird".7

Kurz gesagt, Erwärmung verursacht mehr Erwärmung. Natürlich ist auch das Gegenteil der Fall - Abkühlung bewirkt mehr Abkühlung –, aber es gibt nichts innerhalb des schnellen Zyklus, das eine Gegenbewegung auslösen könnte, abgesehen von einem externen Auslöser wie etwa die «Wobbelungen" in der Erdumlaufbahn, die den Wechsel von Eiszeiten zu Zwischeneiszeiten und zurück einleiten⁸.

Chemische Verwitterung wirkt natürlich gegen Erwärmung oder Abkühlung, aber sie ist zu langsam, um für die menschliche Gesellschaft relevant zu sein.

"Kein natürlicher Retter"

Im schnellen Zyklus wird etwas organische Substanz vergraben, bevor sie sich zersetzen kann. Unter geeigneten Bedingungen und über Millionen von Jahren wird ein Teil durch Hitze und Druck in Torf, Kohle, Erdgas oder Erdöl umgewandelt. Sofern sie nicht gestört wird, bleibt sie unter der Oberfläche, obwohl etwas davon von tektonischen Platten hinaufgestoßen wird und durch den langsamen Zyklus in die Atmosphäre zurückkehren kann.

Stattdessen haben der Abbau und die Verbrennung fossiler Brennstoffe jährlich Milliarden Tonnen Kohlenstoff aus dem langsamen Kreislauf in den schnellen Kreislauf übertragen und beide gestört. Die wesentliche Energiequelle für das Wachstum und die Macht des Kapitalismus bewirkt die Zerstörung der wesentlichen Lebenserhaltungssysteme der Erde.

Das Anthropozän wurde als die Epoche beschrieben, in der die menschliche Aktivität «die großen Kräfte der Natur überwältigt".9 Es steht außer Frage, dass die kapitalistische Industrie und die Landwirtschaft beide Komponenten des globalen Kohlenstoffkreislaufs überwältigen.

- Im langsamen Zyklus fördern Vulkane jedes Jahr etwa 200 Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre. Gleichzeitig werden durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe und die Landnutzung über 30 Milliarden Tonnen freigesetzt – 150 mal mehr als bei Vulkanen.¹⁰
- In den vergangenen 800 000 Jahren des schnellen Zyklus erreichte die Konzentration des atmosphärischen CO₂ einmal kurzzeitig 300 ppm, ansonsten aber nie mehr als 280 ppm. Im Mai 2019 erreichte sie 414,7 ppm – 39 Prozent höher als der vorindustrielle Höchstwert und 48 Prozent höher als das langfristige Maximum¹¹.

Diese als Kohlenstoffriss bezeichnete massive Störung des Stoffwechsels der Erde hat das Erdsystem in einen Zustand versetzt, der bisher ohne Vergleich ist. Die Treibhausgaswerte sind noch nie zuvor so schnell und so stark gestiegen.

Die nächste Parallele in der langen Geschichte der Erde ist das Paläozän-Eozän-Temperaturmaximum (PETM) vor 56 Millionen Jahren, als die globalen Temperaturen plötzlich um 5 bis 8°C anstiegen und bis zur Hälfte des gesamten Meereslebens starb. Das PETM wurde durch eine massive Freisetzung von Treibhausgasen verursacht, möglicherweise durch Supervulkanausbrüche im Nordatlantik. Über zwei Billionen Tonnen lange vergrabenes Kohlendioxid sind in 2000 Jahren in die Atmosphäre gelangt, ein Wimpernschlag in geologischen Zeiträumen.

Für diese Diskussion ist der wichtige Punkt: Nachdem die Emissionen gestoppt waren, dauerte es über 100 000 Jahre, bis die Temperaturen erneut auf das Niveau vor dem PETM zurückkehrten.

Heute werden der Atmosphäre zehnmal so schnell Treibhausgase zugeführt wie beim Höhepunkt des PETM. Seit 1750 beliefen sich die Emissionen auf fast 1,5 Billionen Tonnen, mehr als die Hälfte davon seit 1988. Wenn wie gewohnt weitergewirtschaftet wird, werden die Gesamtemissionen in diesem Jahrhundert das PETM-Niveau erreichen. Schnelle Maßnahmen zur Emissionssenkung könnten das verhindern, aber selbst dann werden viele kommende Generationen mit einem viel wärmeren globalen Klimaregime konfrontiert sein, als es die Menschheit je erlebt hat.

Vor fast zwei Jahrzehnten, nach einem Jahrzehnt intensiver Forschung, kam die Carbon Working Group des International Geosphere-Biosphere Project zu dem Schluss, dass "während natürliche Senken die Zunahme des atmosphärischen CO2 potenziell verlangsamen können, es jedoch keinen natürlichen Retter gibt, der darauf wartet, das gesamte anthropogene CO₂ im kommenden Jahrhundert aufzunehmen. ... es wird die biogeochemischen Zyklen der Erde für die nächsten Jahrhunderte beeinflussen."¹² Das Ausmaß und die Dauer dieser Auswirkungen hängen davon ab, welche Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen ergriffen und wie schnell diese reduziert werden.

- 1 Dies ist notwendigerweise eine vereinfachte Darstellung. Es gibt viele Bücher und wissenschaftliche Texte zum Thema des Kohlenstoffkreislaufes; die Forschung auf diesem Gebiet läuft weiter.
- 2 https://climateandcapitalism.com/2018/04/24/the-keelingcurve-a-portrait-of-climate-crisis/
- 3 Roy Livermore, The Tectonic Plates Are Moving! Oxford University Press, 2018, S. 327.
- 4 Ebd. S. 437.
- 5 David Archer, The Global Carbon Cycle (Princeton University Press, 2011), S. 10.
- 6 Holli Riebeek, "The Ocean's Carbon Balance," NASA Earth Observatory, 1. Juli 2008. https://earthobservatory.nasa.gov/ features/OceanCarbon
- **7** IPCC, Climate Change 2014 Synthesis Report, S. 62.
- 8 Die "Wobbelungen" werden zu Recht als Milankovitch-Zyklen bezeichnet. Sie treten in Perioden von $100\,000,\,40\,000$ und 20 000 Jahren auf, sodass sie bei der heutigen globalen Erwärmung keine Hilfe sein werden. Siehe Ian Angus, Facing the Anthropocene (Monthly Review Press, 2016). S. 61-62.
- 9 Will Steffen, Paul J. Crutzen, John R. McNeill. "The Anthropocene: Are Humans Now Overwhelming the Great Forces of Nature?" Ambio, Dezember 2007, S. 614-621.
- 10 Verschiedene Studien führen unterschiedliche absolute Größen an, aber alle zeigen, dass Vulkane weniger als ein Hundertstel an CO₂ freisetzen als fossile Brennstoffe und Veränderungen in der Landnutzung. https://skepticalscience.com/ volcanoes-and-global-warming.htm
- 11 Rob Monroe, "Carbon Dioxide Levels Hit Record Peak in May," The Keeling Curve, 4. Juni 2019. https://scripps.ucsd. edu/programs/keelingcurve/2019/06/04/carbon-dioxidelevels-hit-record-peak-in-may/
- 12 Falkowski, P. et al. "The Global Carbon Cycle: A Test of Our Knowledge of Earth as a System," Science, Oktober 13, 2000, S. 295.
- Übersetzung Willi Eberle

DIE KURDEN ALS SPIELBALL IMPERIALER INTERESSEN

Die Autorin liefert eine pointierte und weitsichtige Analyse der Situation im Nordosten Syriens nach der Offensive der türkischen Armee und ihrer Milizen. Leila al-Shami

Die jüngste türkische Offensive gegen Nordostsyrien und der Abzug der US-Truppen aus der Region lösen eine weitere humanitäre Katastrophe von epischem Ausmaß aus. In den letzten Tagen sind über 130 000 Syrer*innen voller Verzweiflung geflohen, um ihr Leben zur retten und sich in Sicherheit zu bringen. Dutzende von Zivilist*innen sind durch türkische Bomben getötet und durch die mit der Türkei verbündeten Milizen ermordet worden. In dieser chaotischen Situation sind IS-Gefangene aus ihren Lagern ausgebrochen und befinden sich jetzt in Freiheit. Viele von ihnen stammen aus dem Ausland, darunter sind auch Kinder, deren Heimatstaaten sich geweigert haben, die Verantwortung für ihre Staatsangehörigen zu übernehmen.

Für die türkische Invasion gab es von Trump (und wahrscheinlich auch von Russland) grünes Licht und sie hat dazu geführt, dass die USA ihre Verbündeten, die von den kurdischen Milizen dominierten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), mit denen sie bei der Bekämpfung des islamischen Staates kooperiert hatten, im Stich gelassen haben. Es war nicht das erste Mal, dass die USA ihre Bündnisse in Syrien aufgekündigt haben, und diejenigen, die unter den Folgen dieses Verrats zu leiden haben, werden dies wahrscheinlich nicht so leicht vergessen.

Das Kalkül der Türkei ...

Die Türkei verfolgt mit ihrer Operation zwei Ziele. Einerseits will sie so die kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien zerschlagen, die großteils seit 2012 unter der Kontrolle der kurdischen PYD steht, die wiederum mit der PKK verbunden ist, die dem türkischen Staat schon lange als innerer Feind gilt. Andererseits will sie eine Pufferzone einrichten und dort die syrischen Flüchtlinge "repatriieren", die in der Türkei auf zunehmende Feindseligkeit und Fremdenfeindlichkeit stoßen. Da viele der Flüchtlinge Araber sind und diese in ein Gebiet zurückgebracht würden, in dem viele Minderheiten – kurdische und andere – leben, würde ein solcher Schritt wahrscheinlich zu einem weiteren demografischen Wandel führen, der bereits heute ganz wesentlich zu der syrischen Tragödie beiträgt. Zumal die syrischen Oppositionsgruppen, die mit der Türkei verbündet sind, für eine türkische Agenda kämpfen, die keine Ähnlichkeit mit der syrischen Revolution für Freiheit und Würde hat, die vor acht Jahren begonnen hat.

Die Bewohner*innen der Region haben gute Gründe, die türkische Besatzung zu fürchten. Die mehrheitlich kurdische Stadt Afrin, die im vergangenen Jahr von der Türkei und deren Bündnispartner besetzt worden ist, liefert ein erschreckendes Beispiel. Weite Teile der Zivilbevölkerung wurden aus ihren Häusern vertrieben und von dort ferngehalten, das so "verlassene" Eigentum wurde oftmals geplündert und es kam zu breit angelegten Verhaftungen, Vergewaltigungen und Morden.

Da die syrischen Kurden befürchten müssen, dass die türkischen Streitkräfte zu ethnischen Säuberungen übergehen, und sie keine Verbündeten haben, die zu ihrer Verteidigung bereit sind, bleibt der PYD wenig anderes übrig, als eine Übergabe der Region unter die Kontrolle des syrischen Regimes auszuhandeln und somit ein Experiment kurdischer Selbstverwaltung zu beenden. Diese Autonomie hat der dortigen Bevölkerung zu erheblichen Errungenschaften verholfen und viele Rechte verschafft, die das arabische Regime lange verweigert hat.

... spielt Assad in die Hände

Letztlich war diese Entwicklung nur eine Frage der Zeit. Als das Assad-Regime der PYD die Macht überließ, spielten vermutlich drei Faktoren eine Rolle: Erstens, dass diese Machtübergabe die Kurden daran hindern würde, weiter gegen das Regime zu kämpfen und das Regime so seine militärischen Ressourcen anderweitig ausspielen könnte;

zweitens, dass es die syrische Opposition gegen Assad entlang sektiererischer Divergenzen spalten und somit schwächen würde; drittens, dass die Türkei intervenieren würde, wenn die PYD zu mächtig würde, um diese an einer weiteren Expansion zu hindern, so dass letztlich wieder das Assad-Regime die Kontrolle übernehmen könnte.

Berichten zufolge beinhaltet das zwischen dem Regime und dem von der PYD dominierten SDF vermittelte Geschäft eine Garantie für volle kurdische Rechte und Autonomie. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass das Regime jemals die kurdische Unabhängigkeit akzeptieren wird, wie auch die öffentlichen Verlautbarungen immer wieder deutlich gemacht haben. Bereits zuvor waren die anderweitig erteilten Versprechungen des Regimes in sogenannten "Versöhnungsabkommen" nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurden. Regimegegner*innen, ob Araber oder Kurden, laufen nun Gefahr, verhaftet und eingekerkert oder gar zu Tode gefoltert zu werden. Auch die SDF-Milizen können sich nicht sicher fühlen. Vor wenigen Tagen erst erklärte der stellvertretende syrische Außenminister Faisal Maqdad, dass sie "ihr Land verraten und damit Verbrechen begangen haben".

Während sich viele Kurden, die von den USA im Stich gelassen wurden, unter Assad sicherer fühlen können als unter den türkischen Invasoren, hat die arabische Zivilbevölkerung teilweise in den von der SDF kontrollierten Gebieten wie Deir al-Zour und Ragga eine Rückeroberung durch das Regime und vor allem die iranischen Milizen zu fürchten, während sie sich unter türkischem Schutz sicherer fühlen können. Die Syrer befinden sich in einer verzweifelten Lage, so sehr ist ihr Überleben von fremden Kräften abhängig. Ausländische Journalist*innen sind aus Syrien geflohen, weil sie vom Regime bedroht werden, so dass dessen Gräueltaten nunmehr vor der Weltöffentlichkeit verborgen bleiben.

Die blinden Flecken bei Teilen der Linken

Die Entscheidungen, die momentan getroffen werden, sind die Machenschaften ausländischer Mächte und die syrischen Zivilist*innen zahlen den Preis dafür. Die gegenwärtigen Machtkämpfe zwischen den Staaten befördern ethnische Spaltungen, die zu noch mehr Sektierertum führen, unter dem Syrien in nächster Zeit zu leiden haben wird. Assads Weigerung, der Rücktrittsforderung der syrischen Bevölkerung nachzukommen, hat zu diesem Blutbad geführt. Die gleiche Schuld trifft die internationale Gemeinschaft, die wiederholt dabei versagt hat, die syrische Bevölkerung vor ihren Schlächtern zu schützen, und eben-

so die arabischen wie auch die kurdischen Oppositionsführer, die ihre eigenen Interessen über die Einheit all derer stellten, die das autoritäre Regime zum Teufel wünschten. Das Regime hat alle demokratischen Organisationsansätze und Selbstverwaltungsstrukturen im ganzen Land nach und nach zerstört. Dies scheint die internationale Gemeinschaft nicht daran zu hindern, die Beziehungen zu einem Regime zu normalisieren, das sich nur durch breiteste Massaker an der Macht gehalten hat. Was heute geschieht, ist nicht nur für die Kurd*innen, sondern für alle freien Syrer*innen eine Katastrophe.

Die Situation in Syrien hat einmal mehr den moralischen Bankrott von Teilen der Linken deutlich gemacht. Viele, die jetzt gegen den Angriff der Türkei auf Nordostsyrien protestieren, blieben stumm gegenüber den anhaltenden Bombardements der russischen und syrischen Streitkräfte auf Idlib, wo drei Millionen Zivilisten den täglichen Terror erleben. Sie haben nicht einmal wahrnehmen wollen, dass die Syrer*innen seit Jahren durch Bomben, chemische Waffen und perfektionierte Folter massakriert werden. Einige von ihnen, die nun eine Flugverbotszone zum Schutz der kurdischen Zivilbevölkerung vor Luftangriffen fordern, haben zuvor die Syrer als Kriegshetzer und Agenten des Imperialismus beschimpft, als diese bei anderer Gelegenheit Schutzmaßnahmen forderten. Wieder einmal scheint die Solidarität nicht von der Empörung über Kriegsverbrechen abhängig zu sein, sondern davon, wer der Täter und wer das Opfer ist. Das Leben der Syrer*innen zählt nicht, wenn es um die großen Debatten und ideologischen Grabenkämpfe geht.

Die syrische Tragödie ist ein Schandfleck auf dem reinen Gewissen der Menschheit.

14. Oktober 2019

Leila Al-Shami ist Koautorin des Buches Burning country : Syrians in Revolution and War (Pluto Press, 2016) und Gründungsmitglied von Tahrir-ICN, einem internationalen Netzwerk zur Koordinierung der Befreiungskämpfe.

■ Übersetzt nach https://leilashami.wordpress.com/ 2019/10/14/on-the-turkish-offensive-on-north-easternsyria/ von MiWe

REGISTER 2019

REGISTER NACH LÄNDERN						
Titel	Autorin	Heft	Seite			
Afrika						
Der Schein trügt	Paul Martial	1/2019	61			
Algerien Massenproteste in Algerien: Das ist erst der Anfang	Hocine Belallouf	3/2019	47			
Belgien Klimabewegung – Fortschritte und Hindernisse	Mauro Gasparini, Axel Farkas	4/2019	29			
Bolivien						
Macht und Extraktivismus Brasilien	Frédéric Thomas	6/2019	39			
Zur Lage in Brasilien Gemeinsamkeiten und Bruchlinien der Regierungskoalition	IV. Internationale Ana Cristina Car- valhaes	1/2019 4/2019	43 38			
Ist die Regierung Bolsonaro faschistisch?	Michael Löwy	6/2019	42			
Burkina Faso						
Die Aktualität des Thomas Sankara EU – MERCOSUR	Paul Michel	1/2019	6			
Ein Abkommen des "ungleichen Tauschs"	Eduardo Lucita	5/2019	59			
Europa	- I I I	4 /20 40				
Nach den Europawahlen	Erklärung des Büros der Vierten Internationale	4/2019	57			
Frankreich						
Gelbwesten – eine vorläufige Bilanz	Christine Poupin, Patrick Le Moal	2/2019	35			
Fließen die Proteste ineinander?	Bernard Schmid	6/2019	48			
Für eine permanente Koordination der kämpferischen Linken	Olivier Besancenot	6/2019	53			
Griechenland		E/2010	42			
Syriza hat der Rechten das Nest gebaut "Tsipras hat die Hoffnung vernichtet"	Stathis Kouvelakis	5/2019 5/2019	43 43			
Der Kreis schließt sich	Michael Roberts	5/2019	46			
Großbritannien						
Brexit-Farce und die Lexit-Linke	Neil Faulkner	3/2019	24			
Hongkong Die Proteste in Hongkong verschärfen sich	Au Loong Yu	5/2019	62			
Solidarität mit den Kämpfen in Hongkong	NPA	5/2019	68			
Iran						
Solidarität mit den Kämpfen im Iran!	M. Weis	2/2019	53			
Protestwelle im Iran Klassenkämpfe in Iranisch-Kurdistan	Frieda Afary Kamran Matin	2/2019 2/2019	54 56			
Gegen den Kopftuchzwang	Leila Rezaie	2/2019	64			
Droht eine US-Intervention?	Frieda Afary	4/2019	62			
Kurdistan Die Kurden als Spielball imperialer Interessen	Leila al-Shami	6/2019	61			
Lateinamerika						
Lateinamerika aus Sicht der Dependenztheorie	Claudio Katz	4/2019	44			
Nicaragua Nicaragua 1979–2019	Eric Toussaint,	5/2019	50			
Micaragua 1979-2019	Nathan Legrand	JI 2013	50			

Niederlande			
Der Untergang des Tieflands	Alex de Jong	3/2019	29
Portugal	, and the second		
Frauen in der Nelkenrevolution	Mariana Carneiro	2/2019	45
Slowenien			
Radikale Linke und Parlamentarismus	Marko Kržan	3/2019	40
Spanischer Staat			
Rechtsextremismus im Spanischen Staat	Miguel Urbán Crespo	3/2019	35
Syrien			
Die Kurden als Spielball imperialer Interessen	Leila al-Shami	6/2019	61
Türkei			
Die Offensivkraft schmilzt dahin	Metin Feyyaz	1/2019	50
Wahlen unter dem Vorzeichen der Krise	Uraz Aydın	1/2019	53
40 Jahre revolutionärer Marxismus	Uraz Aydın	1/2019	57
Ungarn			
Protest gegen das "Sklavengesetz"	Kristof Szombati	2/2019	49
Venezuela			
Krise in Venezuela: weder Guaidó noch Maduro. Das venezolanische Volk muss alleine entscheiden	Christian Zeller	2/2019	60
Das Volk will Maduro nicht, und niemand hat Guaidó gewählt	Marea Socialista	2/2019	61
Nein zum Putsch in Venezuela! Für eine demokratische Lösung der Krise!	Erklärung der Vier- ten Internationale		63
Venezuela am Abgrund	Mike Gonzalez	3/2019	55
Soforthilfe statt Schuldenzahlung	Eric Toussaint	3/2019	63

REGISTER NACH THEMEN (AUSWAHL)

	(2-0-2	,	
Titel	Autorin	Heft	Seite
1989			
Ende der Geschichte		6/2019	7
Ein Jahrhundert geht zu Ende	Julien Salingue	6/2019	8
Der sowjetische Block	Laurent Ripart	6/2019	8
Warum Berlin?	Cathy Billard	6/2019	10
Die Widersprüche des "realen Sozia- lismus"	Catherine Samary	6/2019	11
Revolution oder Konterrevolution?	Laurent Ripart	6/2019	12
Der Osten wird kapitalistisch	Catherine Samary	6/2019	14
Unsere Lehren	Henri Wilno	6/2019	16
BDS			
Zur Verunglimpfungskampagne des BDS-Aufrufs als antisemitisch	Walter Wiese	6/2019	25
Buchbesprechung			
Marx, der konsequente Kritiker kapi- talistischer Umweltzerstörung	Jakob Schäfer	1/2019	11
Dahmers Wiederherstellung der Freud'schen Psychoanalyse	Jakob Schäfer	4/2019	12
Was kommt nach dem Kapitalismus?	Johann-Friedrich Anders	5/2019	9
COP24			
Ein Schelm, wer Böses dabei denkt	Daniel Tanuro	1/2019	38
COP24 – ein Trauerspiel	Daniel Tanuro	1/2019	40
Debatte			
Von schwarzen Löchern und weißen Flecken	Paul Michel	5/2019	6
Zum Aufbau revolutionärer Organisationen heute	Manuel Kellner	5/2019	17

Gelbwesten				Verkehr			
"Gelbwesten" – die Herausforderung einer Volksbewegung	Léon Crémieux	1/2019	29	Die Orientierung auf Elektroautos – ein verhängnisvoller Irrweg	Jakob Schäfer	4/2019	10
Macron in der Defensive	Léon Crémieux	1/2019	33	Für einen kostenlosen Nahverkehr	Wojciech Kębłowsł	ki6/2019	19
Gelbwesten und Klimaschutz – ein	Andreas Malm	1/2019	36				
Lehrstück					_		
Geschichte Die 133 Tage der ungarischen Rätere-	Anton Dannat	2/2019	26	DIE INTERNATIONAL			
publik 1919				·			
Zum deutschen Widerstand	Horst Hilse	5/2019	3	Titel	Autorin	Heft	Seite
Trotzki-Kongress in Havanna	Helmut Dahmer	5/2019	29	Thesen zur Migrationsdebatte	Koordination der ISO	1/2019	3
Internationalismus Internationalismus konkret	Hans Peiffer	1/2019	17	Die Aktualität des Thomas Sankara	Paul Michel	1/2019	6
ISO	rialis i cirici	1/2019	17	Marx, der konsequente Kritiker kapi-	Jakob Schäfer	1/2019	11
Zur strategischen Orientierung der	Bundeskonferenz	1/2019	21	talistischer Umweltzerstörung			
ISO	der ISO			Selim Ergunalp (1948–2018)		1/2019	15
Klimabewegung				Ralf Schubert (1956–2018)		1/2019	16
Es braucht Verbote – und nicht nur	Jakob Schäfer	6/2019	3	Internationalismus konkret	Hans Peiffer	1/2019	17
das!				Zur strategischen Orientierung der ISO	Bundeskonferenz der ISO	1/2019	21
Letzte Seite Wochenendseminar der ISO		1/2019	64	Kohleausstieg erst 2038? Es kann	Klaus Meier	2/2019	3
Migration		1/2019	04	schneller gehen!	Maas Miciel	2,2015	3
Thesen zur Migrationsdebatte	Koordination der	1/2019	3	Rätedemokratie? Was sonst!	Jakob Schäfer	2/2019	16
<u> </u>	ISO			Die 133 Tage der ungarischen Rätere- publik 1919	Anton Dannat	2/2019	26
Nachruf Selim Ergunalp (1948–2018)		1/2019	15	Welche Urbanität wollen wir?	Jakob Schäfer	3/2019	3
Ralf Schubert (1956–2018)		1/2019	16	Räte mit Parlament verbinden!	Paul B. Kleiser	3/2019	14
Karol Modzelewski: Zwischen den	David Ost	4/2019	53	Antizionismus = Antisemitismus?	Dominique Vidal	3/2019	18
Fronten				Brauchen wir den neuen Mobilfunk-	Hans-Ulrich Hill	4/2019	3
Ökologie				standard 5G?		4/2040	40
Kohleausstieg erst 2038? Es kann schneller gehen!	Klaus Meier	2/2019	3	Die Orientierung auf Elektroautos – ein verhängnisvoller Irrweg	Jakob Schäfer	4/2019	10
Brauchen wir den neuen Mobilfunk- standard 5G?	Hans-Ulrich Hill	4/2019	3	Dahmers Wiederherstellung der Freud'schen Psychoanalyse	Jakob Schäfer	4/2019	12
Die Orientierung auf Elektroautos – ein verhängnisvoller Irrweg	Jakob Schäfer	4/2019	10	Von der Rätedemokratie in Rojava Iernen	Jakob Schäfer	4/2019	15
Klimabewegung – Fortschritte und Hindernisse	Mauro Gasparini, Axel Farkas	4/2019	29	Ökosozialistische Revolution oder Klimakatastrophe	Nationale Leitung der Gauche anti-	4/2019	19
Menschliche Zivilisation vor dem Aus?		5/2019	39		capitaliste		
Der Kapitalismus gegen den Kohlen-	lan Angus	6/2019	57	Zum deutschen Widerstand	Horst Hilse	5/2019	3
stoffkreislauf	J			Von schwarzen Löchern und weißen	Paul Michel	5/2019	6
Ökonomie				Flecken	Johann-Friedrich	5/2019	9
Von der sozialistischen Ökonomie hin zur ökologischen Planung	Michel Husson	5/2019	25	Was kommt nach dem Kapitalismus?	Anders		
Irgendwie geht alles schief Ökosozialismus	Michael Roberts	6/2019	45	Zum Aufbau revolutionärer Organisationen heute		5/2019	17
Ökosozialistische Revolution oder Klimakatastrophe	Nationale Leitung der Gauche anti-	4/2019	19	Von der sozialistischen Okonomie hin zur ökologischen Planung	Michel Husson	5/2019	25
	capitaliste			Trotzki-Kongress in Havanna	Helmut Dahmer	5/2019	29
Register				Es braucht Verbote – und nicht nur das!	Jakob Schäfer	6/2019	3
Jahresregister 2019		6/2019	63	Ende der Geschichte		6/2019	7
Sommercamp		2/2010	C 0	Ein Jahrhundert geht zu Ende	Julien Salingue	6/2019	8
Internationales sozialistisches Jugend- sommerlager		3/2019	68	Der sowjetische Block	Laurent Ripart	6/2019	8
Technologie				Warum Berlin?	Cathy Billard	6/2019	10
IT-Giganten, Algorithmen und die	Silas L. Marker	5/2019	35	Die Widersprüche des "realen Sozia-	Catherine Samary	6/2019	11
Linke Theorie				lismus" Revolution oder Konterrevolution?	Laurent Ripart	6/2019	12
Rätedemokratie? Was sonst!	Jakob Schäfer	2/2019	16	Der Osten wird kapitalistisch	Catherine Samary	6/2019	14
Welche Urbanität wollen wir?	Jakob Schäfer	3/2019	3	Unsere Lehren	Henri Wilno	6/2019	16
Räte mit Parlament verbinden!	Paul B. Kleiser	3/2019	14	Für einen kostenlosen Nahverkehr	Wojciech Kębłowsk		19
Antizionismus = Antisemitismus?	Dominique Vidal	3/2019	18	Zur Verunglimpfungskampagne des	Walter Wiese	6/2019	25
Von der Rätedemokratie in Rojava	Jakob Schäfer	4/2019	15	BDS-Aufrufs als antisemitisch Ein Beitrag zur Klassenzugehörigkeit	Jakob Schäfer	6/2019	31
lernen Ein Beitrag zur Klassenzugehörigkeit	Jakob Schäfer	6/2019	31	0.0.00 _003501120501101151011		2, 2012	٥.
Lin beitiag zur Klassenzugenongkeit	JANUD JUIIAITI	0/2013	۱ د				